

Abfallsatzung der Stadt Oberursel (Taunus)

Aufgrund der §§ 5, 51 der Hessischen Gemeindeordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. März 2005 (GVBl. I S. 142), zuletzt geändert durch Gesetz vom 21. Juni 2018 (GVBl. S. 291), des § 20 Abs. 1 des Kreislaufwirtschaftsgesetzes vom 20. Februar 2012 (BGBl. I S. 212), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20. Juli 2017 (BGBl. I S. 2808), in Verbindung mit § 1 Abs. 6 und § 7 Abs. 3 des Hessischen Ausführungsgesetzes zum Kreislaufwirtschaftsgesetz vom 6. März 2013 (GVBl. S. 80), zuletzt geändert durch Gesetz vom 3. Mai 2018 (GVBl. S. 82), des § 37 des Hessischen Straßengesetzes in der Fassung vom 8. Juni 2003 (GVBl. I S. 166), zuletzt geändert durch Gesetz vom 28. Mai 2018 (GVBl. S. 198), hat die Stadtverordnetenversammlung am 23.05.2019 folgende Satzung beschlossen:

§ 1 Aufgabe

- (1) Die Stadt betreibt die Abfallentsorgung in ihrem Gebiet nach Maßgabe des Kreislaufwirtschaftsgesetzes (KrWG) und des Hessischen Ausführungsgesetzes zum Kreislaufwirtschaftsgesetz (HAKrWG) in der jeweils geltenden Fassung und dieser Satzung als öffentliche Einrichtung.
- (2) Die Abfallentsorgung der Stadt umfasst das Einsammeln der in ihrem Gebiet angefallenen und überlassenen Abfälle im Hol- und Bringsystem und die Abgabe der eingesammelten Abfälle an den oder die Entsorgungspflichtigen.
- (3) Sofern im Rahmen der Aufgaben nach Abs. 1 und 2 mit anderen Kommunen Vereinbarungen zur Zusammenarbeit getroffen werden, die über das Gebiet der Stadt Oberursel (Taunus) hinausgehen, ist es zulässig, die Abfallentsorgung im Rahmen der Vereinbarungen zu betreiben.
- (4) Die Stadt informiert und berät im Rahmen der Erfüllung ihrer Einsammlungspflicht über Möglichkeiten der Vermeidung, Verwertung und Beseitigung von Abfällen. Diese Abfallberatung i.S.v. § 46 KrWG zählt ebenfalls zur öffentlichen Einrichtung.
- (5) Bei Veranstaltungen in öffentlichen Einrichtungen und auf Grundstücken der Stadt einschließlich öffentlicher Verkehrsflächen sind die Veranstalter verpflichtet, anstelle von Einweg-Plastikgeschirr und Einweg-Plastikgefäßen entweder Mehrwegerzeugnisse zu verwenden oder, wenn das aus organisatorischen oder wirtschaftlichen Gründen nicht möglich ist, alternative Einwegprodukte aus Pappe, anderen organischen Materialien wie Zellulose oder Holz oder solche, die verzehrbar sind, einzusetzen.
- (6) Zur Erfüllung ihrer Aufgaben kann sich die Stadt Dritter bedienen.

§ 2 Begriffsbestimmungen

- (1) Anschlusspflichtiger ist jeder Eigentümer, Erbbauberechtigte, Nießbraucher oder sonst zur Nutzung eines Grundstücks dinglich Berechtigte.
- (2) Benutzungspflichtiger ist jeder Anschlusspflichtige und sonstige Abfallerzeuger oder –besitzer.

- (3) Bewohner ist jeder beim Einwohnermeldeamt mit Haupt- oder Nebenwohnsitz gemeldete Einwohner.
- (4) Als Grundstück im Sinne dieser Satzung gilt ohne Rücksicht auf die Eintragung im Liegenschaftskataster oder im Grundbuch jeder zusammenhängende Grundbesitz (auch Teilgrundstücke) desselben Anschlusspflichtigen, der eine selbständige wirtschaftliche Einheit bildet.
- (5) Bioabfälle im Sinne dieser Satzung sind pflanzliche Küchenabfälle (z.B. Gemüse-, Obst- und Blumenabfall), Fette und tierische Erzeugnisse (z.B. Wurst, Fleisch, Gräten, Knochen), soweit diese nicht unter die Vorschriften zur Tierkörperbeseitigung fallen, Speisereste sowie haushaltsübliche Mengen von Gartenabfällen (z.B. Laub, Gras, Unkraut, Baum- und Strauchschnitt). Keine Bioabfälle im Sinne dieser Satzung sind Küchen- und Speiseabfälle aus anderen Herkunftsbereichen als privaten Haushaltungen sowie Erdaushub. Ebenfalls keine Bioabfälle sind Biokunststoffe, auch wenn sie als biologisch abbaubar gekennzeichnet sind.
- (6) Kompostierbare Gartenabfälle sind biologisch abbaubare pflanzliche Abfälle, die typischerweise im Garten anfallen (z.B. Laub, Gras, Unkraut, Baum- und Strauchschnitt).
- (7) Sperrige Abfälle sind alle sperrigen Gegenstände, die wegen ihrer Größe, auch nach einer zumutbaren Zerkleinerung, nicht in die Abfallgefäße passen, wie Möbelstücke, Matratzen und Ähnliches. Die sperrigen Gegenstände dürfen ein Gewicht von 50 kg und die Maße von 2 m x 1 m x 1 m nicht überschreiten. Von der Sperrmüllabfuhr ausgeschlossen sind:
 - a) Restabfall, der nach zumutbarer Zerkleinerung in die Abfallgefäße passt,
 - b) Bauschutt, Steine, Erde, Sand, Zement, Baumwurzeln, Baumstümpfe sowie Baumstämme,
 - c) Baustellenabfälle, A4 Holz, sowie fest verbaute Bestandteile des Hauses, wie z.B. Fenster, Türen, Bodenbeläge, Sanitäreinrichtungen, usw.,
 - d) Fäkalien, ekelerregende Stoffe und Tierkadaver,
 - e) flüssige Stoffe aller Art, z.B. Farbreste, Öl usw.,
 - f) gefährliche Abfälle wie Säuren, wassergefährdende, ölhaltige, zündfähige, explosive, radioaktive, giftige sowie gasentwickelnde Stoffe,
 - g) Autowracks, Maschinen und Teile derselben über 50 kg,
 - h) Altreifen,
 - i) Ölöfen und Öltanks,
 - j) kompostierbare Gartenabfälle,
 - k) Zeitungen, Zeitschriften, Kartonagen,
 - l) Altglas, Glasplatten, Spiegel, Fensterglas, Schranktüren mit Glasscheiben,
 - m) Elektro- und Elektronikschrott,
 - n) Säcke oder Kartons mit Kleinteilen, Altkleidern, usw.

§ 3

Ausschluss von der Einsammlung

- (1) Der städtischen Abfalleinsammlung unterliegen alle Abfälle, soweit sie nicht nach Maßgabe dieser Satzung von der Einsammlung ausgeschlossen sind.
- (2) Von der Einsammlung ausgeschlossen sind:

- a) Abfälle zur Beseitigung aus anderen Herkunftsbereichen als privaten Haushaltungen, soweit diese nicht in den bereitgestellten Abfallgefäßen, Depotcontainern, durch die Abfuhr sperrigen Abfalls oder andere Einsammelaktionen nach dieser Satzung durch die Stadt eingesammelt, befördert oder beseitigt werden können oder die Sicherheit der umweltverträglichen Beseitigung im Einklang mit dem Abfallwirtschaftsplan des Landes durch einen anderen öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger oder Dritten gewährleistet ist. Hierzu zählen insbesondere gefährliche Abfälle i.S.d. § 3 Abs. 5 KrWG und Erdaushub und Bauschutt,
 - b) Kleinmengen gefährlicher Abfälle (§ 1 Abs. 4 HAKrWG), die vom Entsorgungspflichtigen (Landkreis) eingesammelt werden und diesem zu überlassen sind,
 - c) Abfälle, die aufgrund eines Gesetzes oder einer Verordnung nach § 25 KrWG einer Rücknahmepflicht unterliegen, soweit entsprechende Rücknahmeeinrichtungen tatsächlich zur Verfügung stehen, und bei denen die Stadt nicht durch Erfassung als ihr übertragene Aufgabe bei der Rücknahme mitwirkt.
- (3) Die von der Einsammlung ausgeschlossenen Abfälle sind von den Erzeugern und Besitzern dieser Abfälle zum Zwecke der Entsorgung entsprechend der Abfallsatzung des Hochtaunuskreises in der jeweils aktuellen Fassung zu der vom Landkreis angegebenen Sammelstelle, Behandlungsanlage oder Abfallentsorgungsanlage zu befördern oder befördern zu lassen. Soweit der Landkreis die Entsorgung dieser Abfälle ebenfalls ausgeschlossen hat, sind diese Abfälle zum Zwecke der Entsorgung zu einer sonstigen dafür zugelassenen Abfallentsorgungsanlage zu befördern bzw. befördern zu lassen. Abfälle, die einer Rücknahmepflicht aufgrund eines Gesetzes oder einer Verordnung nach § 25 KrWG unterliegen, sind dem Rücknahmepflichtigen zu überlassen.

§ 4 Einsammlungssysteme

- (1) Die Stadt führt die Einsammlung von Abfällen im Hol- und Bringsystem durch.
- (2) Beim Holsystem werden die Abfälle am Grundstück des Abfallbesitzers abgeholt.
- (3) Beim Bringsystem hat der Abfallbesitzer die Abfälle zu aufgestellten Sammelgefäßen oder zu sonstigen Annahmestellen zu bringen.

§ 5 Getrennte Einsammlung von Abfällen zur Verwertung und sperriger Abfälle im Holsystem

- (1) Die Stadt sammelt im Holsystem folgende Abfälle ein:
 - a) sperrige Abfälle,
 - b) kompostierbare Gartenabfälle,
 - c) Papier, Pappe und Kartonagen,
 - d) Bioabfälle.

- (2) Die in Abs. 1 Buchstabe a) genannten sperrigen Abfälle werden auf Abruf eingesammelt. Pro Haushalt sind maximal vier Abholungen im Kalenderjahr mit einem Gesamtvolumen von 3 m³ pro Abholung zulässig.
- (3) Zur Einsammlung der in Abs. 1 Buchstabe b) genannten Gartenabfälle veranstaltet die Stadt jährlich besondere Abfahren. Die Gartenabfälle (max. Länge: 1 m, max. Durchmesser: 0,1 m) sind an den dafür vorgesehenen Abfahrtagen gebündelt oder in verrottbarem Material verpackt (z.B. Jute-, Papiersack) vom Abfallbesitzer zur Abfuhr bereitzustellen. Ausgenommen sind Baumstümpfe oder Wurzelballen sowie Erdaushub. Die Abfuhr erfolgt in der Regel zweimal im Jahr. Zusätzlich wird Anfang des Jahres eine Weihnachtsbaumsammlung durchgeführt. Die Regelungen des § 9 Abs. 1 und 2 gelten entsprechend.“
- (4) Die in Abs. 1 Buchstabe c) genannten Abfälle zur Verwertung sind in den dazu bestimmten Gefäßen in den Nenngrößen 120 l, 240 l und 1100 l vom Abfallbesitzer zu sammeln und unter Beachtung der weiteren Regelungen dieser Satzung, insbesondere des § 8, zur Abfuhr bereitzustellen. Die Abfuhr erfolgt alle vier Wochen.
- (5) Die in Abs. 1 Buchstabe d) genannten Abfälle zur Verwertung sind in den dazu bestimmten Gefäßen in den Nenngrößen 120 l und 240 l vom Abfallbesitzer zu sammeln und unter Beachtung der weiteren Regelungen der Satzung, insbesondere des § 8, zur Abfuhr bereitzustellen. Die Abfuhr erfolgt alle zwei Wochen.

§ 6

Getrennte Einsammlung von Abfällen zur Verwertung und sperriger Abfälle im Bringsystem

- (1) Die Stadt sammelt im Bringsystem folgende Abfälle zur Verwertung:
 - a) Papier, Pappe und Kartonagen,
 - b) Schrott und sonstige Metalle,
 - c) Altholz,
 - d) Altreifen,
 - e) Elektro- und Elektronikschrott aus Privathaushalten (z. B. Haushaltsgroßgeräte, Kühlgeräte, Informations- und Telekommunikationsgeräte, Geräte der Unterhaltungselektronik, Gasentladungslampen, Elektrokleingeräte),
 - f) kompostierbare Gartenabfälle,
 - g) Batterien und Fahrzeugbatterien,
 - h) Bauschutt /Baustellenabfälle,
 - i) Textilien,
 - j) sperrige Abfälle.
- (2) Die Stadt stellt zur Einsammlung der in Abs. 1 Buchstabe i) genannten Abfälle Sammelbehälter an allgemein zugänglichen Plätzen auf. Die Sammelbehälter tragen Aufschriften zur Kennzeichnung der Abfälle, die in die Behälter eingegeben werden dürfen. Andere Abfälle als die so bezeichneten dürfen nicht in diese Sammelbehälter eingegeben werden.
- (3) Die in Abs. 1 Buchstabe a) bis h) und j) genannten Abfälle sind vom Abfallbesitzer zur Annahmestelle des Wertstoffhofes des Bau & Service Oberursel, Eigenbetrieb der Stadt Oberursel (Taunus) zu bringen und dem dort anwesenden Personal zu überlassen. Die in Abs. 1 Buchstabe a) und j)

genannten Abfälle sind vorrangig im Holsystem zu überlassen; eine Überlassung am Wertstoffhof ist nur in Ausnahmefällen möglich.

- (4) Der Magistrat kann - um Belästigungen Anderer zu vermeiden - Einfüllzeiten festlegen, zu denen bestimmte Sammelbehälter benutzt werden dürfen. In diesen Fällen werden die Einfüllzeiten auf den davon betroffenen Behältern deutlich lesbar angegeben. Außerhalb dieser Einfüllzeiten dürfen die davon betroffenen Behälter nicht benutzt werden.
- (5) Auf dem Betriebsgelände des vom BSO betriebenen Wertstoffhofes gilt zur Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung die Hausordnung, welche auf dem Wertstoffhof in aktueller Fassung aushängt.

§ 7

Einsammlung von Abfällen zur Beseitigung (Restabfall)

- (1) Abfälle, die nicht der Verwertung zugeführt werden (Restabfall), werden im Holsystem eingesammelt. Die Abfuhr erfolgt alle zwei Wochen.
- (2) Der Restabfall ist vom Benutzungspflichtigen in den dafür vorgesehenen Gefäßen zu sammeln und an den Abfuhrtagen unter Beachtung der weiteren Regelungen in dieser Satzung bereitzustellen.
- (3) Zur Sammlung von Restabfall sind Gefäße mit nachfolgend genannten Nenngrößen zugelassen:
 - a) 60 l,
 - b) 80 l,
 - c) 120 l,
 - d) 240 l,
 - e) 770 l,
 - f) 1.100 l.
- (4) Andere als die von der Stadt bereitgestellten Abfallgefäße dürfen nicht benutzt werden. Sie werden von der Ausleerung ausgeschlossen.
- (5) In die Restabfallgefäße dürfen keine von der Einsammlung ausgeschlossenen Abfälle nach § 3 und keine Abfälle zur Verwertung eingegeben werden, die nach den §§ 5 und 6 getrennt gesammelt werden. Verstöße gegen diese Bestimmungen berechtigen die Stadt oder die von ihr mit der Abfuhr beauftragten Dritten, die Abfuhr des Restabfalls zu verweigern, bis diese Abfälle aus dem Restabfallgefäß entnommen worden sind. Die Ahndungsmöglichkeit als Ordnungswidrigkeit bleibt in diesem Fall unberührt.

§ 8

Abfallgefäße

- (1) Die Gefäße für den Restabfall und für andere Abfälle, die im Holsystem entsorgt werden, stellt die Stadt den Abfallbesitzern leihweise zur Verfügung. Die Anschlusspflichtigen haben diese Gefäße pfleglich zu behandeln. Sie haften für schuldhaft Beschädigungen und für Verluste. Der Verlust oder die Beschädigung ist der Stadt unverzüglich vom Anschlusspflichtigen mitzuteilen.
- (2) Die Abfallgefäße dürfen nicht zweckwidrig verwendet werden, insbesondere dürfen sie nur so weit gefüllt werden, dass ihre Deckel sich gut schließen lassen

und bei Gefäßen, bei denen die maximal zulässige Befüllung bis zu einer bestimmten Füllstandmarkierung zulässig ist, darf diese nicht überschritten werden. Einschlämmen und Einstampfen des Inhalts ist nicht gestattet. Die Deckel sind geschlossen zu halten. Die folgenden Gesamtgewichte dürfen nicht überschritten werden:

60 l-Gefäß	50 kg
80 l-Gefäß	50 kg
120 l-Gefäß	60 kg
240 l-Gefäß	110 kg
770 l-Gefäß	300 kg
1.110 l-Gefäß	400 kg

Eine Verpflichtung der Stadt zur Entleerung eingefrorener, eingestampfter und überfüllter Abfallgefäße besteht nicht.

- (3) Die Abfallgefäße sind an den öffentlich bekanntgegebenen Abfuhrtagen und -zeiten an gut erreichbarer Stelle an dem zur Fahrbahn liegenden Rand des Gehweges oder - soweit keine Gehwege vorhanden sind - am äußersten Fahrbahnrand für eine gewünschte Entleerung bereitzustellen. Der Straßenverkehr darf nicht oder nicht mehr als notwendig und vertretbar beeinträchtigt werden. Die Gefäße sind am Vorabend des Abfuhrtages ab 18:00 Uhr oder aber an den Abfuhrtagen bis spätestens 6.00 Uhr bereit zu stellen. Nach erfolgter Leerung oder unterbliebener Leerung aufgrund von Fehl- oder Überfüllungen der Gefäße, sind diese unverzüglich durch den Anschlusspflichtigen oder den von ihm Beauftragten auf das Grundstück zurückzustellen.“
- (4) In besonderen Fällen, insbesondere wenn Grundstücke aus rechtlichen (z.B. aufgrund von Unfallverhütungsvorschriften) oder tatsächlichen Gründen nicht von den Abfuhrfahrzeugen angefahren werden können, kann der Magistrat bestimmen, an welcher Stelle die Abfallgefäße zur Entleerung aufzustellen sind, wobei die betrieblichen Notwendigkeiten der Abfalleinsammlung zu berücksichtigen sind.
- (5) Abfallsäcke können ausnahmsweise anstelle von oder zusätzlich zu Restabfallgefäßen zugelassen werden, wenn auf dem anschlusspflichtigen Grundstück nur vorübergehend geringe Restabfallmengen anfallen oder wenn vorübergehend zusätzliche Restabfallmengen anfallen, die in den Abfallgefäßen nicht untergebracht werden können. Die Abfallsäcke sind bei den vom Magistrat zu benennenden Stellen zu beziehen.
- (6) Die Zuteilung der Restabfallgefäße auf die anschlusspflichtigen Grundstücke erfolgt durch den Magistrat nach Bedarf, wobei sich der Bedarf bei privaten Haushaltungen an einem Gefäßvolumen von 6 l/Woche und Bewohner und bei Gewerbebetrieben an einem Gefäßvolumen von 3 l/Woche und Beschäftigten orientiert. Auf jedem anschlusspflichtigen Grundstück muss mindestens das kleinste zugelassene Gefäß für den Restabfall vorgehalten werden. Die Stadt ist bei Mehrfamilienhäusern berechtigt, zwei oder mehrere kleine Restabfallgefäße in ein größeres Restabfallgefäß umzutauschen. Auf schriftlichen Antrag kann die gemeinsame Nutzung von Restabfall-, Bioabfall- und Altpapiergefäßen auf zwei benachbarten Grundstücken zugelassen werden. Die Anschlusspflichtigen haften als Gesamtschuldner.“
- (7) Für Betriebe und ähnliche Einrichtungen wird das erforderliche Gefäßvolumen für den Restabfall vom Magistrat unter Beachtung der regelmäßig anfallenden Restabfallmengen auf dem jeweiligen Grundstück festgesetzt.

- (8) Für die Einsammlung von Papier, Pappe und Karton orientiert sich die Regelzuteilung der Abfallgefäße an der Aufstellung der Restabfallgefäße, d.h.:
pro 60 l oder 80 l Restabfallgefäß ein 120 l Abfallgefäß,
pro 120 l oder 240 l Restabfallgefäß ein 240 l Abfallgefäß und
pro 770 l oder 1.100 l Restabfallgefäß ein 1.100 l Abfallgefäß.
- (9) Für die Einsammlung von Bioabfällen orientiert sich die Regelzuteilung der Abfallgefäße an der Aufstellung der Restabfallgefäße, d.h.:
pro 60 l Restabfallgefäß ein 120 l Abfallgefäß mit maximal zulässiger Befüllung bis zur 60 l-Füllstandsmarkierung,
pro 80 l Restabfallgefäß ein 120 l Abfallgefäß mit maximal zulässiger Befüllung bis zur 80 l-Füllstandsmarkierung,
pro 120 l Restabfallgefäß ein 120 l Abfallgefäß,
pro 240 l Restabfallgefäß ein 240 l Abfallgefäß,
pro 770 l Restabfallgefäß bis zu drei 240 l Abfallgefäße,
pro 1.100 l Restabfallgefäß bis zu vier 240 l Abfallgefäße.
- (10) Die Stadt bestimmt, welche und wie viele Behälter vorzuhalten sind. Wird festgestellt, dass die vorhandenen Abfallgefäße für die Aufnahme des regelmäßig anfallenden Abfalls nicht ausreichen und sind zusätzliche Abfallgefäße nicht beantragt worden, so haben die Anschluss- und Benutzungspflichtigen nach Anordnung durch die Stadt die erforderlichen zusätzlichen bzw. größeren Abfallgefäße entgegenzunehmen und zu benutzen. Die vorhandenen festen Abfallgefäße reichen in der Regel dann nicht aus, wenn an drei Entleerungsterminen innerhalb von drei aufeinander folgenden Monaten festgestellt wird, dass der Abfallbehälter so gefüllt ist, dass sich der Deckel nicht mehr schließen lässt oder dass Abfälle neben den Abfallbehältern liegen. Gleiches gilt bei der Befüllung der Bioabfallgefäße, die nur bis zu einer bestimmten Füllstandsmarkierung befüllt werden dürfen, wenn an drei Entleerungsterminen innerhalb von drei aufeinander folgenden Monaten festgestellt wird, dass die Befüllung des Abfallbehälters die Füllstandsmarkierung sichtlich überschreitet. Handelt es sich um ein Bioabfallgefäß nach § 11 Abs. 4 (genehmigte Eigenkompostierung), so stellt dieses Verhalten einen Grund für den Widerruf der Genehmigung dar.
- (11) Bioabfallgefäße, die nicht ordnungsgemäß gefüllt sind, bei denen insbesondere andere Abfälle als Bioabfälle eingefüllt wurden, werden von der Stadt nicht im Rahmen der regulären Leerungstour Bioabfall geleert, sondern es erfolgt auf Antrag eine gesonderte Zwischenleerung dieses Gefäßes. Hierfür werden gesonderte Gebühren entsprechend § 14 Abs. 10 Satz 2 und Satz 4 erhoben. Wird an drei Entleerungsterminen innerhalb von drei aufeinander folgenden Monaten festgestellt, dass das Bioabfallgefäß nicht ordnungsgemäß befüllt wurde, wurden insbesondere andere Abfälle als Bioabfälle eingefüllt, so haben die Anschluss- und Benutzungspflichtigen nach Anordnung durch die Stadt die erforderlichen zusätzlichen bzw. größeren Restabfallgefäße entgegenzunehmen und zu benutzen. Die Bioabfälle dürfen nur lose oder unter Verwendung von Papiertüten bzw. Zeitungspapier in die Bioabfallgefäße eingebracht werden. Die Verwendung von Kunststoff- oder Maisstärketüten (sogenannte Biobeutel) ist - vorbehaltlich zukünftiger Zulässigkeit - derzeit nicht gestattet.
- (12) Änderungen im Gefäßbedarf hat der Anschlusspflichtige unverzüglich schriftlich der Stadt mitzuteilen und auf Verlangen zu begründen.
- (13) Die Abfallgefäße sind sachgemäß und pfleglich zu behandeln und stets in sauberem und gebrauchsfähigem Zustand zu halten. Sind sie stark verschmutzt, müssen die Benutzer diese durch Spülen reinigen. Werden Rest-

oder Bioabfallgefäße abgemeldet oder umgetauscht, sind sie in gereinigtem Zustand zum Abholen bereitzustellen.

§ 9

Bereitstellung sperriger Abfälle

- (1) Sperrige Abfälle sind an dem von der Stadt dem Grundstückseigentümer mitgeteilten Termin an den Grundstücken zur Einsammlung so bereitzustellen, dass sie ohne Aufwand aufgenommen werden können. Die Regelungen des § 8 Abs. 3 und 4 sind entsprechend zu beachten.
- (2) Die zur Einsammlung bereitgestellten sperrigen Abfälle werden mit der Bereitstellung Eigentum der Stadt. Unbefugten ist es verboten, diese wegzunehmen, zu durchsuchen oder umzulagern.
- (3) Die Absätze 1 und 2 gelten auch für andere Abfälle, die in besonderen, von der Stadt öffentlich bekannt gemachten Einsammelaktionen und -terminen außerhalb von Abfallgefäßen, zum Beispiel gebündelt oder verpackt, zur Einsammlung bereitgestellt werden.

§ 10

Einsammlungstermine/Öffentliche Bekanntmachung

- (1) Der Magistrat bestimmt, wie oft und zu welchem Zeitpunkt der Abfall eingesammelt wird. Die Einsammlungstermine werden auf der Homepage des Bau & Service Oberursel, Eigenbetrieb der Stadt Oberursel (Taunus) (www.bso-oberursel.de) bekannt gemacht.
Werden Abfallgefäße nicht rechtzeitig bereitgestellt, so ist die Benutzungsgebühr gleichwohl zu entrichten.
Die Sammelfahrzeuge befahren ab 6.00 Uhr die Abfuhrbezirke.
- (2) Ist der Zeitpunkt der Müllabfuhr aus besonderen Gründen nicht einzuhalten, wird der neue Abfuhrplan nach Möglichkeit öffentlich bekannt gemacht.
- (3) Können die -Abfallgefäße aus einem von der Stadt nicht zu vertretenden Grund nicht entleert werden, so werden diese am nächsten regelmäßigen Abfuhrtag geleert. Auf Antrag können in Ausnahmefällen die Abfallgefäße gegen Zahlung einer Sondergebühr gemäß § 14 Abs. 10 entleert werden.
- (4) Die Stadt gibt nach Möglichkeit in ihrem in Abs. 1 genannten Mitteilungsorgan auch die Termine für die Einsammlung von Abfällen nach § 1 Abs. 4 HAKrWG ("Schadstoff-Kleinmengen") und anderen Abfällen bekannt, die nicht von ihr, sondern von Dritten zulässigerweise durchgeführt werden.

§ 11

Anschluss- und Benutzungszwang

- (1) Jeder Anschlusspflichtige ist verpflichtet, sein Grundstück an die öffentliche Abfallentsorgung anzuschließen, wenn dieses Grundstück bewohnt oder gewerblich genutzt wird oder hierauf aus anderen Gründen Abfälle anfallen. Das Grundstück gilt als angeschlossen, wenn das Restabfallgefäß (§ 7 Abs.3) und das Bioabfallgefäß (§ 8 Abs. 9) aufgestellt worden ist. Für die privaten Haushalte ist darüber hinaus die Aufstellung des Altpapiergefäßes erforderlich.

- (2) Von dem Zwang, auf dem anschlusspflichtigen Grundstück Gefäße entsprechend der Regelausstattung nach § 8 (9) zur Aufnahme von Bioabfällen aufzustellen, lässt der Magistrat auf schriftlichen Antrag des Anschlusspflichtigen eine Ausnahme zu, wenn der Anschlusspflichtige nachweist und schriftlich bestätigt, dass alle auf dem Grundstück anfallenden zur Eigenkompostierung geeigneten Abfälle ordnungsgemäß und schadlos selbst verwertet werden (Eigenkompostierung) und wenn für die Ausbringung des Kompostes eine eigene gärtnerisch genutzte Grundstücksfläche von mindestens 25 m² nachgewiesen wird.
Ein Transport von Bioabfällen über die Grundstücksgrenzen des Entstehungsortes ist unzulässig.
Zum Nachweis der fachgerechten Eigenkompostierung ist das Vorhandensein mindestens eines Komposthaufens oder eines Komposters mit in Rotte befindlichem Material erforderlich.
Eine Kompostierung von Speiseresten (gekochte Essensreste, Brot, Käse, fleischhaltige Lebensmittel, Knochen und Gräten, u.ä.) ist nicht zulässig. Hierfür ist auch bei einer Befreiung von der Regelausstattung nach § 8 Abs. 9 die Mindestausstattung für Eigenkompostierer nach Abs. 4 vorzuhalten.
- (3) Mit dem Antrag auf Eigenkompostierung ist die Zahl der Grundstücksbewohner zu benennen und es ist ein Grundstücksplan beizufügen, aus dem die Lage und Größe der gärtnerisch genutzten Fläche ersichtlich ist. Für die Bearbeitung des Antrags wird eine Verwaltungsgebühr in Höhe von 24,49 EUR erhoben.
- (4) Bei von der Stadt genehmigter Eigenkompostierung ist für Speisereste, die nicht kompostiert werden dürfen, folgende Ausstattung mit Bioabfallgefäßen erforderlich:
pro 60 l, 80 l oder 120 l Restabfallgefäß ein 120 l Abfallgefäß mit maximal zulässiger Befüllung bis zur 40 l-Füllstandsmarkierung,
pro 240 l Restabfallgefäß ein 120 l Abfallgefäß mit maximal zulässiger Befüllung bis zur 80 l-Füllstandsmarkierung,
pro 770 l oder 1.100 l Restabfallgefäß ein 240 l Abfallgefäß.
- (5) Bei Abfällen aus anderen Herkunftsbereichen als privaten Haushaltungen lässt der Magistrat auf schriftlichen Antrag des Anschluss- und Benutzungspflichtigen von dem Zwang, auf dem anschlusspflichtigen Grundstück Gefäße entsprechend der Regelausstattung nach § 8 Abs. 9 zur Aufnahme von Bioabfällen aufzustellen, eine Ausnahme zu, wenn die ordnungsgemäße Verwertung der auf dem Grundstück anfallenden Bioabfälle nachgewiesen wird. Eine Mindestausstattung nach Abs. 4 ist in diesen Fällen nicht erforderlich. Mit dem Antrag auf Befreiung vom Anschluss- und Benutzungszwang ist die ordnungsgemäße Verwertung der Bioabfälle nachzuweisen. Für die Bearbeitung des Antrags wird eine Verwaltungsgebühr in Höhe von 24,49 EUR erhoben.
- (6) Der Anschlusspflichtige nach Abs. 1 hat jeden Wechsel unverzüglich der Stadt mitzuteilen; diese Verpflichtung hat auch der neue Anschlusspflichtige.
- (7) Darüber hinaus hat der Anschlusspflichtige der Stadt alle für die Abfallentsorgung und Gebührenerhebung erforderlichen sachbezogenen Auskünfte zu erteilen.
- (8) Jeder Abfallerzeuger oder -besitzer ist verpflichtet, seine Abfälle, soweit sie nicht von der städtischen Abfallentsorgung gemäß § 3 Abs. 2 ausgeschlossen sind, der öffentlichen Abfallentsorgung zu überlassen und sich hierbei der angebotenen Systeme (Hol- und Bringsystem) zu bedienen. Dies gilt nicht für

- a) Abfälle aus privaten Haushaltungen, soweit ihre Erzeuger oder Besitzer selbst zu einer Verwertung in der Lage sind und diese beabsichtigen,
- b) Abfälle, die durch gemeinnützige oder gewerbliche Sammlungen einer ordnungsgemäßen und schadlosen Verwertung zugeführt werden,
- c) Abfälle zur Verwertung aus anderen Herkunftsbereichen als privaten Haushaltungen,
- d) Abfälle zur Beseitigung aus anderen Herkunftsbereichen, soweit ihre Erzeuger oder Besitzer diese in eigenen Anlagen beseitigen und keine überwiegenden öffentlichen Interessen eine Überlassung erfordern,
- e) pflanzliche Abfälle, deren Beseitigung gemäß der Verordnung über die Beseitigung von pflanzlichen Abfällen außerhalb von Abfallbeseitigungsanlagen vom 17.03.1975 (GVBl. I S. 174) zugelassen sind.

§ 12

Unterbrechung der Abfallabfuhr, Reklamationen

- (1) Bei vorübergehenden Einschränkungen, Unterbrechungen, Verspätungen oder Ausfällen der Abfuhr infolge von Betriebsstörungen, höherer Gewalt oder Streik besteht kein Anspruch auf Gebührenermäßigung.
- (2) Die bereits zur Abfuhr bereitgestellten Abfälle sind bei Störungen i.S. des Abs. 1, die länger als einen Tag andauern, von den Überlassungs-pflichtigen wieder zurückzunehmen. Müllbehälter sind an ihren gewöhnlichen Standplatz zurückzustellen.
- (3) Reklamationen wegen Nichtabholung oder nicht ordnungsgemäßer Abholung von Abfall, trotz rechtzeitiger Bereitstellung, müssen unverzüglich, spätestens binnen einer Ausschlussfrist von 2 Werktagen, erhoben werden. Nach Ablauf dieser Frist ist eine gebührenfreie Nachholung nicht mehr möglich

§ 13

Allgemeine Pflichten

- (1) Den Beauftragten der Stadt ist zur Prüfung, ob und wie die Vorschriften dieser Satzung befolgt werden, ungehinderter Zutritt zu den Grundstücken zu gewähren, auf denen überlassungspflichtige Abfälle anfallen. Ihre Anordnungen sind zu befolgen. Sie haben sich als Mitarbeiter des BSO entsprechend zu legitimieren.
- (2) Abfälle, die nicht in den satzungsgemäßen Gefäßen oder sonst satzungswidrig zur Abholung bereitgestellt werden, bleiben von der Einsammlung ausgeschlossen. Sie sind zum nächsten Abfuhrtermin unter Beachtung der Vorgaben dieser Satzung zur Einsammlung bereitzustellen.
- (3) Verunreinigungen durch Abfallgefäße, Abfallsäcke, bereitgestellte sperrige Abfälle oder sonstige Ursachen im Zusammenhang mit der Abfallentsorgung hat der Verursacher bzw. Anschlusspflichtige zu beseitigen.
- (4) Im Abfall vorgefundene Wertgegenstände werden als Fundsachen behandelt. Die Stadt ist nicht verpflichtet, im Abfall nach verlorenen Gegenständen suchen zu lassen.

§ 14
Einheitsgebühr und Zusatzgebühren im Holsystem

- (1) Zur Deckung des Aufwandes, der ihr bei der Wahrnehmung abfallwirtschaftlicher Aufgaben entsteht, erhebt die Stadt Gebühren.
- (2) Gebührenmaßstab für die Einheitsgebühr ist das jedem anschlusspflichtigen Grundstück gem. § 8 Abs. 6 zur Verfügung stehende Gefäßvolumen für Restabfall.

Es werden bei zweiwöchentlicher Abfuhr folgende monatliche Gebühren erhoben:

60 I-Gefäß:	15,03 EUR,
80 I-Gefäß:	17,79 EUR,
120 I-Gefäß:	23,32 EUR,
240 I-Gefäß:	43,27 EUR,
770 I-Gefäß:	129,29 EUR,
1.100 I-Gefäß:	180,39 EUR.

Bei von der Stadt genehmigter Eigenkompostierung nach § 11 Abs. 2 werden bei zweiwöchentlicher Abfuhr folgende monatliche Gebühren erhoben:

60 I-Gefäß:	14,19 EUR,
80 I-Gefäß:	16,12 EUR,
120 I-Gefäß:	19,97 EUR,
240 I-Gefäß:	36,58 EUR,
770 I-Gefäß:	109,22 EUR,
1.100 I-Gefäß:	150,28 EUR.

Bei von der Stadt erteilter Befreiung vom Anschluss- und Benutzungszwang nach § 11 Abs. 5 werden bei zweiwöchentlicher Abfuhr folgende monatliche Gebühren erhoben:

60 I-Gefäß:	12,52 EUR,
80 I-Gefäß:	14,45 EUR,
120 I-Gefäß:	18,30 EUR,
240 I-Gefäß:	33,24 EUR,
770 I-Gefäß:	99,19 EUR,
1.100 I-Gefäß:	140,25 EUR.

- (3) Mit diesen Gebühren sind auch die Aufwendungen der Stadt für die Entsorgung von Abfällen im Rahmen der Sperrabfall- und Grünabfallstraßensammlung, der Sonderabfallsammlung, Papier- und Bioabfallsammlung im Umfang der Regelzuteilung bzw. im Umfang der Zuteilung bei Eigenkompostierung im Holsystem abgegolten. Ebenfalls abgegolten ist die Anlieferung von kompostierbaren Gartenabfällen, Sperrabfall, Papier, Pappe, und Kartonagen, Altmetall, Altholz, Elektro- und Elektronikaltgeräten, Haushalts- und KFZ-Batterien und Textilien jeweils in haushaltsüblichen Mengen an den Wertstoffhof.
- (4) Abfallsäcke werden zum Stückpreis von 4,00 EUR sowie Gartenabfallsäcke gegen eine Gebühr von 1,00 EUR abgegeben.

- (5) Werden auf Wunsch des Anschlusspflichtigen Bioabfallgefäße oder zusätzliches -füllvolumen über die Regelausstattung hinaus zugeteilt oder wird auf Wunsch des Anschlusspflichtigen der Leerungsrhythmus für Restabfall (§ 7 Abs. 1) erhöht, werden folgende zusätzliche monatliche Gebühren erhoben:

a. für Bioabfallgefäße bei Zuteilung eines

120 l-Gefäß:	5,8 EUR,
240 l-Gefäß:	11,76 EUR;

bei 120 l Gefäßen, bei denen die Befüllung nur bis zur 40 l, 60 l oder 80 l Füllstand- markierung zulässig ist, kann das zulässige Füllvolumen jeweils in 20 l Schritten bis zur vollen Füllhöhe von 120 l aufgestockt werden. Je zusätzliche 20 l Füllvolumen wird eine monatliche Gebühr von 0,98 EUR erhoben

b. für Restabfall bei Änderung des Leerungsrhythmus von zweiwöchentlich auf wöchentlich

770 l-Gefäß:	137,10 EUR,
1.100 l-Gefäß:	194,41 EUR.

Änderungen sind nur auf schriftlichen Antrag des Anschluss- und Benutzungs-
pflichtigen möglich. Für die Bearbeitung des Antrags wird eine
Verwaltungsgebühr in Höhe von 24,49 EUR erhoben. Eine Änderung des
Leerungsrhythmus von zweiwöchentlich auf wöchentlich ist nur möglich, sofern
es die Mitarbeiter- und Fahrzeugkapazitäten zulassen.“

- (6) Für An-, Ab- und Ummeldungen von Abfallgefäßen wird eine Gebühr von 14,38 EUR erhoben. Bei der erstmaligen Anmeldung aufgrund eines Wechsels des Grundstückseigentümers wird für die Anmeldung keine Gebühr erhoben. Werden bei einer An- und Ummeldung mehrere Gefäße getauscht, fällt die Gebühr nur einmal an. Für die Bearbeitung eines Antrags auf gemeinsame Nutzung der Restabfall-, Bioabfall- und Altpapiergefäße nach § 8 Abs. 6 wird eine Verwaltungsgebühr von 24,49 EUR erhoben.
- (7) Werden 240 l oder 1.100 l Restabfallgefäße oder 240 l Bioabfallgefäße bei öffentlichen Festen (Brunnenfest, Kerb etc.) zur Verfügung gestellt, so wird je Leerung eine Gebühr von 6,48 EUR für 240 l Bioabfallgefäße, von 12,36 EUR für 240 l Restabfallgefäße und 56,67 EUR für 1.100 l Restabfallgefäße zuzüglich einer einmaligen Transportgebühr von 55,56 EUR erhoben. Die Transportgebühr gilt für den Transport von jeweils bis zu 3 Abfallgefäßen.
- (8) Auf schriftlichen Antrag werden die Abfallgefäße gebührenpflichtig gereinigt. Diese Möglichkeit besteht an zwei Tagen im Jahr; die Reinigungstermine werden auf der Homepage des Bau & Service Oberursel, Eigenbetrieb der Stadt Oberursel (Taunus) bekannt gemacht. Die Gebühr pro Reinigung eines 2-Rad Gefäßes (60 l bis 240 l) beträgt 22,44 EUR und eines 4-Rad Gefäßes (770 l bis 1.100 l) beträgt 29,10 EUR. Soweit mehr Anträge für einen Reinigungstermin vorliegen, als erledigt werden können, erfolgt die Tourenplanung unter Berücksichtigung der zeitlichen Reihenfolge des Antragseingangs bei der Stadt.
- (9) Auf schriftlichen Antrag werden Elektrogroßgeräte gebührenpflichtig abgeholt. Die Geräte sind an dem von der Stadt dem Grundstückseigentümer mitgeteilten Termin an den Grundstücken zur Einsammlung so bereitzustellen, dass sie ohne Aufwand aufgenommen werden können. Die Regelungen des § 8 Abs. 3

und 4 sind entsprechend zu beachten. Für die Abholung von bis zu 3 Geräten wird eine Gebühr von 40,00 EUR erhoben.

- (10) Auf Antrag werden Sonderleerungen durchgeführt. Für eine gesonderte Anfahrt des Grundstücks im Rahmen einer Sonderleerung wird eine Gebühr von 43,13 EUR erhoben. Wird im Rahmen dieser Sonderleerung eine reguläre Leerung nachgeholt, so fallen keine weiteren zusätzlichen Gebühren an.
Wird keine reguläre Leerung nachgeholt, sondern eine zusätzliche Leerung oder eine Restabfall- anstelle einer Bioabfalleerung durchgeführt, so fallen neben der Gebühr nach Satz 1 die folgenden Gebühren an:

60 l-Gefäß:	5,58 EUR,
80 l-Gefäß:	6,31 EUR,
120 l-Gefäß:	7,79 EUR,
240 l-Gefäß:	12,21 EUR,
770 l-Gefäß:	31,72 EUR,
1.100 l-Gefäß:	43,88 EUR.

Wird im Rahmen einer regulären Sammeltour ausnahmsweise eine zusätzliche Leerung vorgenommen, so fallen nur die Gebühren nach Satz 4 an.

§ 15

Benutzungsgebühren Wertstoffhof

- (1) Die Gebühren für die Benutzung der Container auf dem Recyclinghof werden wie folgt festgesetzt:
- a) Baustellenabfälle
 - Eimer bis 20 l oder vergleichbare Größe 3,00 EUR,
 - Schubkarren oder vergleichbare Größe 12,00 EUR,
 - je angefangenem ¼ cbm 37,50 EUR,
 - b) Bauschutt mineralisch
 - unbelastet und aufbereitbar
 - Eimer bis 20 l oder vergleichbare Größe 2,00 EUR,
 - Schubkarren oder vergleichbare Größe 8,00 EUR,
 - je angefangenem ¼ cbm 25,00 EUR,
 - c) Altreifen
 - Pkw-Reifen ohne Felgen (Stück) 2,00 EUR,
 - Pkw-Reifen mit Felgen (Stück) 4,00 EUR,
 - Lkw-Reifen ohne Felgen (Stück) 10,00 EUR,
 - Lkw-Reifen mit Felgen (Stück) 30,00 EUR
 - Traktorreifen klein/Vorderrad (Stück) 20,00 EUR
 - Traktorreifen groß/Hinterrad (Stück) 40,00 EUR
- (2) Bei den Baustellen- und Bauschuttabfällen wird die Menge von der Stadt geschätzt.
- (3) Die Anlieferungen von sperrigen Abfällen, Altholz, Grünabfällen, Elektro- und Elektronikschrott und Altpapier ist nur in haushaltsüblichen Mengen zulässig. Einer haushaltsüblichen Menge entspricht 1 m³ der jeweiligen Abfallart. Diese Mengen dürfen pro Anschlusspflichtigen einmal innerhalb eines Wochentages angeliefert werden. Sperrige Abfälle sollen zerlegt angeliefert werden. Grünabfälle dürfen nicht länger als 1 m sein. Für die Anlieferung haushaltsüblicher Mengen wird keine gesonderte Gebühr erhoben.

§ 16

Gebührenpflichtige, Entstehen und Fälligkeit der Gebühr

- (1) Gebührenpflichtig ist im Hinblick auf die Gebühren nach § 14 Abs. 2, Abs. 5 und Abs. 6 der Anschlusspflichtige. Diese Gebühren ruhen als öffentliche Last auf dem Grundstück. Der Anschlusspflichtige ist verpflichtet, die gesamten Abfallgebühren, die auf sein Grundstück (wirtschaftliche Einheit) entfallen, zu bezahlen.
- (2) Bei den Gebühren nach § 14 Abs. 4 ist der Erwerber der Abfallsäcke, bei den Gebühren nach § 15 Abs. 1 der Anlieferer, bei den Gebühren nach § 14 Abs. 7 der Ausrichter des öffentlichen Festes und bei den Gebühren nach § 11 Abs. 3 und Abs. 5 und § 14 Abs. 8 bis Abs. 10 der Antragsteller gebührenpflichtig.
- (3) Mehrere Gebührenpflichtige haften als Gesamtschuldner. Bei einem Wechsel der Anschlusspflicht haften alter und neuer Anschlusspflichtiger bis zum Eingang der Mitteilung nach § 11 Abs. 6 dieser Satzung gemeinsam.
- (4) Die Gebührenpflicht nach § 14 Abs. 2 und Abs. 5 entsteht mit der Aufstellung und endet mit der Abholung der Abfallgefäße. Wird das Abfallgefäß vor dem 15. oder am 15. eines Monats aufgestellt oder abgeholt, entsteht oder endet die Gebührenpflicht mit Beginn dieses Monats. Wird das Abfallgefäß ab dem 15. eines Monats aufgestellt oder abgeholt, entsteht oder endet die Gebührenpflicht mit dem Beginn des folgenden Monats.
- (5) Die Gebühren nach § 14 Abs. 2 und Abs. 5 werden nach vollen Monatsbeiträgen berechnet und durch schriftlichen Bescheid festgesetzt. Der Bescheid gilt auch für die folgenden Kalenderjahre. Er hat so lange Gültigkeit, bis ein neuer Bescheid erteilt wird. Die Gebühren werden vierteljährlich fällig und sind für Januar bis März spätestens am 15. Februar, für April bis Juni spätestens am 15. Mai, für Juli bis September spätestens am 15. August und für Oktober bis Dezember spätestens am 15. November zu zahlen.
- (6) Die Gebühren nach § 14 Abs. 4 entstehen mit Anforderung der Abfallsäcke und sind sofort fällig. Die Gebühren nach § 15 Abs. 1 entstehen mit der Anlieferung der Abfälle und sind ebenfalls sofort fällig. Die Gebühren nach § 14 Abs. 7 entstehen mit Anforderung der Abfallgefäße und sie werden 14 Tage nach Erlass des Gebührenbescheides fällig. Die Gebühren nach § 11 Abs. 3 und Abs. 5 und § 14 Abs. 8 und Abs. 10 entstehen mit Antragstellung und sie werden 14 Tage nach Erlass des Gebührenbescheides fällig. Die Gebühren nach § 14 Abs. 9 entstehen mit Antragstellung und sind sofort fällig.
- (7) Stellt die Erhebung der Gebühr im Einzelfall eine besondere Härte dar, so kann der Magistrat sie aus Billigkeitsgründen ganz oder teilweise erlassen.

§ 17

Verarbeitung personenbezogener Daten

- (1) Zum Zwecke der Bedarfsplanung, der Gebührenbedarfskalkulation und der Festsetzung und Betreibung nach Maßgabe des kommunalen Abgabengesetzes ist es zulässig, Angaben über die anschlusspflichtigen Personen mit Name und Adresse sowie Angaben über die angeschlossenen, anschlusspflichtigen und anschließbaren Grundstücke automatisiert zu erheben, zu speichern und zu verarbeiten. Dies geschieht auf Grundlage der Datenschutzverordnung (DS-GVO) Art. 4 Nr. 2.

- (2) Über Grundstücke im Stadtgebiet werden folgende Kategorien personenbezogener Daten erhoben, die verarbeitet werden:

- Adresse,
- Anzahl, Größe, Gefäßnummer der Abfallgefäße,
- Leerungen und sonst. Meldungen zu den Gefäßen,
- Sperrmüllaufträge,
- Dokumente wie Vollmachten, Sepa-Lastschriftmandate,
- Formulare oder Anträge zu Gefäßen, Gebührenbescheide,
- Name, Adresse, Telefonnummer, E-Mailadresse und Ansprechpartner/in bzw. Empfangsbevollmächtigte/r der Grundstückseigentümer/innen oder sonst dinglich Berechtigten an dem Grundstück,
- Name, Adresse, Telefonnummer und E-Mailadresse und Ansprechpartner/in bzw. Empfangsbevollmächtigte/r von anderen Anschlusspflichtigen als den/die dinglich Berechtigte/n.

Die Daten werden solange gespeichert, wie sie für die obengenannten Zwecke erforderlich sind bzw. die Stadt Oberursel (Taunus) auf Grund gesetzlicher Aufbewahrungs- und Verjährungsfristen hierzu verpflichtet ist.

- (3) Den von einer Datenerhebung betroffenen Personen steht das Recht auf Auskunft nach Art. 15 Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) zu sowie das Recht auf Berichtigung falscher Daten (Art. 16 DS-GVO).“

§ 18 Ordnungswidrigkeiten

- (1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig
- a) entgegen den § 5 Abs. 4 und Abs. 5 und § 6 Abs. 2 andere als die zugelassenen Abfälle in die Sammelbehälter oder Abfallgefäße eingibt,
 - b) entgegen § 7 Abs. 2 den Restabfall nicht in den ihm zugeteilten Restabfallgefäßen sammelt.
 - c) entgegen § 7 Abs. 5 Abfälle zur Verwertung nicht in die dafür vorgesehenen Sammelgefäße nach § 5 Abs. 4 und Abs. 5 sondern in das Restabfallgefäß eingibt,
 - d) entgegen § 8 Abs. 2 Abfallgefäße zweckwidrig verwendet, insbesondere diese überfüllt,
 - e) entgegen § 8 Abs. 3 zur Abfuhr bereitgestellte Abfälle oder Abfallgefäße zu früh bereitstellt oder geleerte Abfallgefäße und bereitgestellte Abfälle entgegen § 8 Abs. 3 oder § 12 Abs. 2 nicht unverzüglich auf sein Grundstück zurückstellt,
 - f) entgegen § 8 Abs. 12 Änderungen im Bedarf an Abfallgefäßen der Stadt nicht unverzüglich mitteilt,
 - g) entgegen § 9 Abs. 2 zur Einsammlung bereitgestellte sperrige Abfälle unbefugt wegnimmt, durchsucht oder umlagert,
 - h) entgegen § 11 Abs. 1 sein Grundstück nicht an die öffentliche Abfalleinsammlung anschließt,

- i) entgegen § 11 Abs. 6 den Wechsel im Grundeigentum nicht der Gemeinde mitteilt,
 - j) entgegen § 11 Abs. 8 überlassungspflichtige Abfälle, die er besitzt, nicht der öffentlichen Abfallentsorgung überlässt,
 - k) entgegen § 13 Abs. 1 den Beauftragten der Gemeinde den Zutritt zum Grundstück verwehrt,
 - l) entgegen § 13 Abs. 3 Verunreinigungen nicht beseitigt.
- (2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu 50.000,00 EUR geahndet werden. Die Geldbuße soll den wirtschaftlichen Vorteil, den der Täter aus der Ordnungswidrigkeit gezogen hat, übersteigen. Reicht das satzungsmäßige Höchstmaß hierzu nicht aus, so kann es überschritten werden.
- (3) Das Bundesgesetz über Ordnungswidrigkeiten in der jeweils gültigen Fassung findet Anwendung; zuständige Verwaltungsbehörde im Sinne des § 36 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten ist der Magistrat.

§ 19

In-Kraft-Treten/Außer-Kraft-Treten

Diese Abfallsatzung tritt am 01.07.2019 in Kraft.

Oberursel (Taunus), den 29.05.2019

Der Magistrat

Hans-Georg Brum
Bürgermeister

Öffentlich bekannt gemacht durch Hinweisbekanntmachung in der Taunus Zeitung am 29.05.2019

Satzung zur Änderung der Abfallsatzung der Stadt Oberursel (Taunus)

Auf Grund der §§ 5, 19, 20, 51 und 93 Abs. 1 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 07.03.2005 (GVBl. I S.142), zuletzt geändert durch Gesetz vom 21.06.2018 (GVBl. S. 291),

§ 20 Abs. 1 des Kreislaufwirtschaftsgesetzes (KrWG) vom 24.02.2012 (BGBl. I S. 212), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20.07.2017 (BGBl. I S. 2808) in Verbindung mit § 1 Abs. 6 und § 5 des Hessischen Ausführungsgesetzes zum Kreislaufwirtschaftsgesetz (HAKrWG) vom 06.03.2013 (GVBl. S. 80) zuletzt geändert durch Gesetz vom 30.05.2018 (GVBl. S. 82) und

der §§ 1 bis 6 a, 9 und 10 des Gesetzes über Kommunale Abgaben (KAG) in der Fassung vom 24.03.2013 (GVBl. S. 134), zuletzt geändert durch Gesetz vom 28.05.2018 (GVBl. S. 247), hat die Stadtverordnetenversammlung am 13.09.2018 folgende Änderungsatzung beschlossen:

Artikel 1:

Die Abfallsatzung der Stadt Oberursel (Taunus) vom 10.10.2014 wird wie folgt geändert:

1. § 1 wird wie folgt geändert:

1.1 § 1 Abs. 2 Satz 2 wird gestrichen.

2. § 2 wird wie folgt geändert:

2.1 § 2 Abs. 5 wird wie folgt um Satz 2 ergänzt:

„Keine Bioabfälle im Sinne dieser Satzung sind Küchen- und Speiseabfälle aus anderen Herkunftsbereichen als privaten Haushaltungen sowie Erdaushub. Ebenfalls keine Bioabfälle sind Biokunststoffe, auch wenn sie als biologisch abbaubar gekennzeichnet sind.“

2.2 § 2 Abs. 6 erhält folgende Fassung:

„Kompostierbare Gartenabfälle sind biologisch abbaubare pflanzliche Abfälle, die typischerweise im Garten anfallen (z.B. Laub, Gras, Unkraut, Baum- und Strauchsnitt).“

2.3 § 2 Abs. 7 erhält folgende Fassung:

„Sperrige Abfälle sind alle sperrigen Gegenstände, die wegen ihrer Größe, auch nach einer zumutbaren Zerkleinerung, nicht in die Abfallgefäße passen, wie Möbelstücke, Matratzen und Ähnliches. Die sperrigen Gegenstände dürfen ein Gewicht von 50 kg und die Maße von 2 m x 1 m x 1 m nicht überschreiten. Von der Sperrmüllabfuhr ausgeschlossen sind:

- a) Restabfall, der nach zumutbarer Zerkleinerung in die Abfallgefäße passt,
- b) Bauschutt, Steine, Erde, Sand, Zement, Baumwurzeln, Baumstümpfe sowie Baumstämme,
- c) Baustellenabfälle, A4 Holz, sowie fest verbaute Bestandteile des Hauses, wie z.B. Fenster, Türen, Bodenbeläge, Sanitäreinrichtungen, usw.,
- d) Fäkalien, ekelerregende Stoffe und Tierkadaver,
- e) flüssige Stoffe aller Art, z.B. Farbreste, Öl usw.,

- f) gefährliche Abfälle wie Säuren, wassergefährdende, ölhaltige, zündfähige, explosive, radioaktive, giftige sowie gasentwickelnde Stoffe,
- g) Autowracks, Maschinen und Teile derselben über 50 kg,
- h) Altreifen,
- i) Ölöfen und Öltanks,
- j) kompostierbare Gartenabfälle,
- k) Zeitungen, Zeitschriften, Kartonagen,
- l) Altglas, Glasplatten, Spiegel, Fensterglas, Schranktüren mit Glasscheiben,
- m) Elektro- und Elektronikschrott,
- n) Säcke oder Kartons mit Kleinteilen, Altkleidern, usw.“

3. § 5 wird wie folgt geändert:

3.1 § 5 Abs. 3 erhält folgende Fassung:

„Zur Einsammlung der in Abs. 1 Buchstabe b) genannten Gartenabfälle veranstaltet die Stadt jährlich besondere Abfahren. Die Gartenabfälle (max. Länge: 1 m, max. Durchmesser: 0,1 m) sind an den dafür vorgesehenen Abfahrtagen gebündelt oder in verrottbarem Material verpackt (z.B. Jute-, Papiersack) vom Abfallbesitzer zur Abfuhr bereitzustellen. Ausgenommen sind Baumstümpfe oder Wurzelballen sowie Erdaushub. Die Abfuhr erfolgt in der Regel zweimal im Jahr. Zusätzlich wird Anfang des Jahres eine Weihnachtsbaumsammlung durchgeführt. Die Regelungen des § 9 Abs. 1 und 2 gelten entsprechend.“

3.2 In § 5 Abs. 4 Satz 1 wird die Angabe „§ 9“ durch die Angabe „§ 8“ ersetzt.

3.3 In § 5 Abs. 5 Satz 1 wird die Angabe „§ 9“ durch die Angabe „§ 8“ ersetzt.

4. § 6 wird wie folgt geändert:

4.1 In § 6 Abs.1 Satz 1 werden die Wörter „d) Altöl und ölverschmutzte Betriebsmittel“, gestrichen, die bisherigen Buchstaben e) bis k) werden zu d) bis j).

4.2 In § 6 Abs. 2 Satz 1 wird die Angabe „Buchstabe j)“ durch die Angabe „Buchstabe i)“ ersetzt.

4.3 In § 6 Abs. 3 Satz 1 wird die Angabe „Buchstabe i)“ durch die Angabe „Buchstabe h)“, die Angabe „Buchstabe k)“ durch die Angabe „Buchstabe j)“ und das Wort „Recyclinghofes“ durch das Wort „Wertstoffhofes“ ersetzt. Hinter dem Wort „Oberursel“ wird das Wort „(Taunus)“ eingefügt.

4.4 In § 6 Abs. 3 Satz 2 wird die Angabe „Buchstabe k)“ durch die Angabe „Buchstabe j)“ und das Wort „Recyclinghof“ durch das Wort „Wertstoffhof“ ersetzt.

4.5 In § 6 wird nach Abs. 4 folgender neuer Abs. 5 eingefügt:

„Auf dem Betriebsgelände des vom BSO betriebenen Wertstoffhofes gilt zur Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung die Hausordnung, welche auf dem Wertstoffhof in aktueller Fassung aushängt.“

5. § 8 wird gestrichen. Die bisherigen §§ 9 bis 12 werden zu §§ 8 bis 11.

6. § 8 (bisher § 9) wird wie folgt geändert:

- 6.1** § 8 Abs. 2 Satz 1 wird im Anschluss an die Wörter „sich gut schließen lassen“ wie folgt ergänzt:
„und bei Gefäßen, bei denen die maximal zulässige Befüllung bis zu einer bestimmten Füllstandmarkierung zulässig ist, darf diese nicht überschritten werden.“
- 6.2** In § 8 Abs. 3 wird nach Satz 2 folgender Satz 3 eingefügt:
„Die Gefäße sind am Vorabend des Abfuhrtages ab 18:00 Uhr oder aber an den Abfuhrtagen bis spätestens 6.00 Uhr bereit zu stellen.“ Der bisherige Satz 3 wird zu Satz 4.
- 6.3** § 8 Abs. 3 Satz 4 (bisher Satz 3) erhält folgende Fassung:
„Nach erfolgter Leerung oder unterbliebener Leerung aufgrund von Fehl- oder Überfüllungen der Gefäße, sind diese unverzüglich durch den Anschlusspflichtigen oder den von ihm Beauftragten auf das Grundstück zurückzustellen.“
- 6.4** § 8 Abs. 6 Satz 1 erhält folgende Fassung:
„Die Zuteilung der Restabfallgefäße auf die anschlusspflichtigen Grundstücke erfolgt durch den Magistrat nach Bedarf, wobei sich der Bedarf bei privaten Haushaltungen an einem Gefäßvolumen von 6 I/Woche und Bewohner und bei Gewerbebetrieben an einem Gefäßvolumen von 3 I/Woche und Beschäftigten orientiert.“
- 6.5** In § 8 Abs. 6 werden nach Satz 3 folgende Sätze 4 und 5 neu angefügt:
„Auf schriftlichen Antrag kann die gemeinsame Nutzung von Restabfall-, Bioabfall- und Altpapiergefäßen auf zwei benachbarten Grundstücken zugelassen werden. Die Anschlusspflichtigen haften als Gesamtschuldner.“
- 6.6** In § 8 Abs. 10 Satz 5 wird die Angabe „§ 12“ durch die Angabe „§ 11“ ersetzt.
- 6.7** In § 8 Abs. 11 werden nach Satz 3 folgende Sätze 4 und 5 neu angefügt:
„Die Bioabfälle dürfen nur lose oder unter Verwendung von Papiertüten bzw. Zeitungspapier in die Bioabfallgefäße eingebracht werden. Die Verwendung von Kunststoff- oder Maisstärketüten (sogenannte Biobeutel) ist – vorbehaltlich zukünftiger Zulässigkeit – derzeit nicht gestattet.“

7. § 9 (bisher § 10) wird wie folgt geändert:

- 7.1** In § 9 Abs. 1 Satz 2 wird die Angabe „§ 9“ durch die Angabe „§ 8“ ersetzt.

8. § 10 (bisher § 11) wird wie folgt geändert:

- 8.1** In § 10 Abs. 1 Satz 2 wird nach dem Wort „Oberursel“ das Wort „(Taunus“) eingefügt.
- 8.2** § 10 Abs. 4 wird gestrichen.
- 8.3** § 10 Abs. 5 wird zu Abs. 4.

9. § 11 (bisher § 12) wird wie folgt geändert:

- 9.1** In § 11 Abs. 1 Satz 2 wird die Angabe „§ 9“ durch die Angabe „§ 8“ ersetzt.
- 9.2** In § 11 Abs. 2 Satz 1 wird die Angabe „§ 9“ durch die Angabe „§ 8“ ersetzt.
- 9.3** In § 11 Abs. 2 Satz 6 wird die Angabe „§ 9“ durch die Angabe „§ 8“ ersetzt.
- 9.4** In § 11 Abs. 3 Satz 2 wird der Betrag „21,83 EUR“ durch den Betrag „24,49 EUR“ ersetzt.
- 9.5** In § 11 Abs. 5 Satz 1 wird die Angabe „§ 9“ durch die Angabe „§ 8“ ersetzt.
- 9.6** In § 11 Abs. 5 Satz 4 wird der Betrag „21,83 EUR“ durch den Betrag „24,49 EUR“ ersetzt.

10. § 12 wird hinter §11 neu eingefügt:

“§ 12 Unterbrechung der Abfallabfuhr, Reklamationen“

- (1) Bei vorübergehenden Einschränkungen, Unterbrechungen, Verspätungen oder Ausfällen der Abfuhr infolge von Betriebsstörungen, höherer Gewalt oder Streik besteht kein Anspruch auf Gebührenermäßigung.
- (2) Die bereits zur Abfuhr bereitgestellten Abfälle sind bei Störungen i.S. des Abs. 1, die länger als einen Tag andauern, von den Überlassungspflichtigen wieder zurückzunehmen. Müllbehälter sind an ihren gewöhnlichen Standplatz zurückzustellen.
- (3) Reklamationen wegen Nichtabholung oder nicht ordnungsgemäßer Abholung von Abfall, trotz rechtzeitiger Bereitstellung, müssen unverzüglich, spätestens binnen einer Ausschlussfrist von 2 Werktagen, erhoben werden. Nach Ablauf dieser Frist ist eine gebührenfreie Nachholung nicht mehr möglich“

11. § 13 wird wie folgt geändert:

- 11.1** § 13 Abs. 1 Satz 3 erhält folgende Fassung:
Sie haben sich als Mitarbeiter des BSO entsprechend zu legitimieren.“

12. § 14 wird wie folgt geändert:

- 12.1** In § 14 Abs. 2 Satz 1 wird die Angabe „§ 9“ durch die Angabe „§ 8“ ersetzt.

12.2 § 14 Abs. 2 Sätze 2 bis 4 werden wie folgt geändert:

„Es werden bei zweiwöchentlicher Abfuhr folgende monatliche Gebühren erhoben:

60 l-Gefäß:	15,03 EUR,
80 l-Gefäß:	17,79 EUR,
120 l-Gefäß:	23,32 EUR,
240 l-Gefäß:	43,27 EUR,
770 l-Gefäß:	129,29 EUR,
1.100 l-Gefäß:	180,39 EUR.

Bei von der Stadt genehmigter Eigenkompostierung nach § 11 Abs. 2 werden bei zweiwöchentlicher Abfuhr folgende monatliche Gebühren erhoben:

60 l-Gefäß:	14,19 EUR,
80 l-Gefäß:	16,12 EUR,
120 l-Gefäß:	19,97 EUR,
240 l-Gefäß:	36,58 EUR,
770 l-Gefäß:	109,22 EUR,
1.100 l-Gefäß:	150,28 EUR.

Bei von der Stadt erteilter Befreiung vom Anschluss- und Benutzungszwang nach § 11 Abs. 5 werden bei zweiwöchentlicher Abfuhr folgende monatliche Gebühren erhoben:

60 l-Gefäß:	12,52 EUR,
80 l-Gefäß:	14,45 EUR,
120 l-Gefäß:	18,30 EUR,
240 l-Gefäß:	33,24 EUR,
770 l-Gefäß:	99,19 EUR,
1.100 l-Gefäß:	140,25 EUR.

12.3 In § 14 Abs. 3 Satz 2 wird das Wort „Altöl“ gestrichen und das Wort „Recyclinghof“ durch das Wort „Wertstoffhof“ ersetzt.

12.4 § 14 Abs. 4 erhält folgende Fassung:

„Abfallsäcke werden gegen eine Gebühr von 4,00 EUR sowie Gartenabfallsäcke gegen eine Gebühr von 1,00 EUR abgegeben.“

12.5 § 14 Abs. 5 erhält folgende Fassung:

„Werden auf Wunsch des Anschlusspflichtigen Bioabfallgefäße oder zusätzliches -füllvolumen über die Regelausstattung hinaus zugeteilt oder wird auf Wunsch des Anschlusspflichtigen der Leerungsrhythmus für Restabfall (§ 7 Abs. 1) erhöht, werden folgende zusätzliche monatliche Gebühren erhoben:

a. für Bioabfallgefäße bei Zuteilung eines

120 l-Gefäß:	5,88 EUR,
240 l-Gefäß:	11,76 EUR,

bei 120 l Gefäßen, bei denen die Befüllung nur bis zur 40 l, 60 l oder 80 l Füllstandsmarkierung zulässig ist, kann das zulässige Füllvolumen jeweils in 20 l Schritten bis zur vollen Füllhöhe von 120 l aufgestockt werden. Je zusätzliche 20 l Füllvolumen wird eine monatliche Gebühr von 0,98 EUR erhoben;

- b. für Restabfall bei Änderung des Leerungsrhythmus von zweiwöchentlich auf wöchentlich

770 l-Gefäß:	137,10 EUR,
1.100 l-Gefäß:	194,41 EUR.

Änderungen sind nur auf schriftlichen Antrag des Anschluss- und Benutzungspflichtigen möglich. Für die Bearbeitung des Antrags wird eine Verwaltungsgebühr in Höhe von 24,49 EUR erhoben. Eine Änderung des Leerungsrhythmus von zweiwöchentlich auf wöchentlich ist nur möglich, sofern es die Mitarbeiter- und Fahrzeugkapazitäten zulassen.“

12.6 § 14 Abs. 6 erhält folgende Fassung:

„Für An-, Ab- und Ummeldungen von Abfallgefäßen wird eine Gebühr von 14,38 EUR erhoben. Bei der erstmaligen Anmeldung aufgrund eines Wechsels des Grundstückseigentümers wird für die Anmeldung keine Gebühr erhoben. Werden bei einer An- und Ummeldung mehrere Gefäße getauscht, fällt die Gebühr nur einmal an. Für die Bearbeitung eines Antrags auf gemeinsame Nutzung der Restabfall-, Bioabfall- und Altpapiergefäße nach § 8 Abs. 6 wird eine Verwaltungsgebühr von 24,49 EUR erhoben.“

12.7 § 14 Abs. 7 erhält folgende Fassung:

„Werden 240 l oder 1.100 l Restabfallgefäße oder 240 l Bioabfallgefäße bei öffentlichen Festen (Brunnenfest, Kerb etc.) zur Verfügung gestellt, so wird je Leerung eine Gebühr von 6,48 EUR für 240 l Bioabfallgefäße, von 12,36 EUR für 240 l Restabfallgefäße und 56,67 EUR für 1.100 l Restabfallgefäße zuzüglich einer einmaligen Transportgebühr von 55,56 EUR erhoben. Die Transportgebühr gilt für den Transport von jeweils bis zu 3 Abfallgefäßen.“

12.8 In § 14 Abs. 8 Satz 2 wird nach dem Wort „Oberursel“ das Wort „(Taunus)“ eingefügt.

12.9 § 14 Abs. 8 Satz 3 erhält folgende Fassung:

„Die Gebühr pro Reinigung:
eines 2-Rad Gefäßes (60 l bis 240 l) beträgt 22,44 EUR und
eines 4-Rad Gefäßes (770 l bis 1.100 l) beträgt 29,10 EUR.“

12.10 In § 14 Abs. 9 Satz 3 wird die Angabe „§ 9“ durch die Angabe „§ 8“ ersetzt.

12.11 In § 14 Abs. 9 Satz 4 wird die Gebühr „36,00 EUR“ durch „40,00 EUR“ ersetzt.

12.12 In § 14 Abs. 10 Satz 2 wird die Gebühr „46,37 EUR“ durch „43,14 EUR“ ersetzt.

12.13 § 14 Abs. 10 Satz 4 wird wie folgt neu gefasst:

„Wird keine reguläre Leerung nachgeholt, sondern eine zusätzliche Leerung oder eine Restabfall- anstelle einer Bioabfalleerung durchgeführt, so fallen neben der Gebühr nach Satz 1 die folgenden Gebühren an:

60 l-Gefäß:	5,58 EUR,
80 l-Gefäß:	6,31 EUR,
120 l-Gefäß:	7,79 EUR,
240 l-Gefäß:	12,21 EUR,
770 l-Gefäß:	31,72 EUR,
1.100 l-Gefäß:	43,88 EUR.“

13. § 15 wird wie folgt geändert:

13.1 In der Überschrift von § 15 wird das Wort „Recyclinghof“ ersetzt durch das Wort „Wertstoffhof“.

13.2 § 15 Abs. 1 Buchstabe a) wird wie folgt neu gefasst:

„a) Baustellenabfälle	
Eimer bis 20 l oder vergleichbare Größe	3,00 EUR,
Schubkarren oder vergleichbare Größe	12,00 EUR,
je angefangenem ¼ cbm	37,50 EUR,“

13.3 § 15 Abs. 1 Buchstabe c) wird wie folgt neu gefasst:

„c) Altreifen	
Pkw-Reifen ohne Felgen (Stück)	2,00 EUR,
Pkw-Reifen mit Felgen (Stück)	4,00 EUR,
Lkw-Reifen ohne Felgen (Stück)	10,00 EUR,
Lkw-Reifen mit Felgen (Stück)	30,00 EUR,
Traktorreifen klein/Vorderrad (Stück)	20,00 EUR,
Traktorreifen groß/Hinterrad (Stück)	40,00 EUR.“

13.4 In § 15 Abs. 3 Satz 1 wird das Wort „Altöl“ ersetzt durch die Wörter „Elektro- und Elektronikschrott“.

14. § 16 wird wie folgt geändert:

14.1 In § 16 Abs. 2 wird die Angabe „§ 12“ durch die Angabe „§ 11“ ersetzt.

14.2 In § 16 Abs. 3 wird die Angabe „§ 12“ durch die Angabe „§ 11“ ersetzt.

14.3 In § 16 Abs. 6 wird die Angabe „§ 12“ durch die Angabe „§ 11“ ersetzt.

15. § 17 wird hinter § 16 neu eingefügt.

Die bisherigen § 17 und § 16 (In-Kraft-Treten/Außer-Kraft-Treten) werden zu § 18 und § 19.

„§ 17

Verarbeitung personenbezogener Daten

- (1) Zum Zwecke der Bedarfsplanung, der Gebührenbedarfskalkulation und der Festsetzung und Betreibung nach Maßgabe des kommunalen Abgabengesetzes ist es zulässig, Angaben über die anschlusspflichtigen Personen mit Name und Adresse sowie Angaben über die angeschlossenen, anschlusspflichtigen und anschließbaren Grundstücke automatisiert zu erheben, zu speichern und zu verarbeiten. Dies geschieht auf Grundlage der Datenschutzverordnung (DS-GVO) Art. 4 Nr. 2.
- (2) Über Grundstücke im Stadtgebiet werden folgende Kategorien personenbezogener Daten erhoben, die verarbeitet werden:
 - Adresse,
 - Anzahl, Größe, Gefäßnummer der Abfallgefäße,
 - Leerungen und sonst. Meldungen zu den Gefäßen,
 - Sperrmüllaufträge,

- Dokumente wie Vollmachten, Sepa-Lastschriftmandate,
- Formulare oder Anträge zu Gefäßen, Gebührenbescheide,
- Name, Adresse, Telefonnummer, E-Mailadresse und Ansprechpartner/in bzw. Empfangsbevollmächtigte/r der Grundstückseigentümer/innen oder sonst dinglich Berechtigten an dem Grundstück,
- Name, Adresse, Telefonnummer und E-Mailadresse und Ansprechpartner/in bzw. Empfangsbevollmächtigte/r von anderen Anschlusspflichtigen als den/die dinglich Berechtigte/n.

Die Daten werden solange gespeichert, wie sie für die obengenannten Zwecke erforderlich sind bzw. die Stadt Oberursel (Taunus) auf Grund gesetzlicher Aufbewahrungs- und Verjährungsfristen hierzu verpflichtet ist.

- (3) Den von einer Datenerhebung betroffenen Personen steht das Recht auf Auskunft nach Art. 15 Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) zu sowie das Recht auf Berichtigung falscher Daten (Art. 16 DS-GVO).“

16. § 18 (bisher § 17) wird wie folgt geändert:

16.1 § 18 Abs. 1 Buchstabe d) wird wie folgt gefasst:

„d) entgegen § 8 Abs. 2 Abfallgefäße zweckwidrig verwendet, insbesondere diese überfüllt,“

16.2 § 18 Abs. 1 Buchstabe e) erhält folgende Fassung:

„entgegen § 8 Abs. 3 zur Abfuhr bereitgestellte Abfälle oder Abfallgefäße zu früh bereitstellt oder geleerte Abfallgefäße und bereitgestellt Abfälle entgegen § 8 Abs. 3 oder § 12 Abs. 2 nicht unverzüglich auf sein Grundstück zurückstellt,“

16.3 In § 18 Abs. 1 Buchstabe f) wird die Angabe „§ 9“ durch die Angabe „§ 8“ ersetzt.

16.4 In § 18 Abs. 1 Buchstabe g) wird die Angabe „§ 10“ durch die Angabe „§ 9“ ersetzt.

16.5 In § 18 Abs. 1 Buchstabe h) wird die Angabe „§ 12“ durch die Angabe „§ 11“ ersetzt.

16.6 In § 18 Abs. 1 Buchstabe i) wird die Angabe „§ 12“ durch die Angabe „§ 11“ ersetzt.

16.7 In § 18 Abs. 1 Buchstabe j) wird die Angabe „§ 12“ durch die Angabe „§ 11“ ersetzt.

17. § 19 (bisher § 16) wird wie folgt geändert:

17.1 In § 19 Satz wird das Datum „01.01.2015“ durch das Datum „01.01.2019“ ersetzt.

17.2 § 19 Satz 2 wird gestrichen

Artikel 2:

Diese Änderungssatzung tritt am 01.01.2019 in Kraft.

Oberursel, den 14.09.2018

Der Magistrat

Hans- Georg Brum
Bürgermeister

Öffentlich bekannt gemacht durch Hinweisbekanntmachung in der Taunus Zeitung am
18.09.2018

Abfallsatzung der Stadt Oberursel (Taunus)

Auf Grund der §§ 5, 19, 20, 51 und 93 Abs. 1 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 07.03.2005 (GVBl. I S.142), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18.07.2014 (GVBl. S. 178),

§ 20 Abs. 1 des Kreislaufwirtschaftsgesetzes (KrWG) vom 24.02.2012 (BGBl. I S. 1324), zuletzt geändert durch Gesetz vom 22.05.2013 (BGBl. I S. 1324) in Verbindung mit § 1 Abs. 6 und § 5 des Hessischen Ausführungsgesetzes zum Kreislaufwirtschaftsgesetz (HAKrWG) vom 06.03.2013 (GVBl. S. 80) und

der §§ 1 bis 6 a, 9 und 10 des Gesetzes über Kommunale Abgaben (KAG) in der Fassung vom 24.03.2013 (GVBl. S. 134), hat die Stadtverordnetenversammlung am 09.10.2014 folgende Satzung beschlossen:

§ 1 Aufgabe

- (1) Die Stadt betreibt die Abfallentsorgung in ihrem Gebiet nach Maßgabe des Kreislaufwirtschaftsgesetzes (KrWG) und des Hessischen Ausführungsgesetzes zum Kreislaufwirtschaftsgesetz (HAKrWG) in der jeweils geltenden Fassung und dieser Satzung als öffentliche Einrichtung.
- (2) Die Abfallentsorgung der Stadt umfasst das Einsammeln der in ihrem Gebiet angefallenen und überlassenen Abfälle im Hol- und Bringsystem und die Abgabe der eingesammelten Abfälle an den oder die Entsorgungspflichtigen. Hierzu zählt auch die Aufstellung, Unterhaltung und Entleerung von Gefäßen (Papierkörben), die für die Aufnahme von Abfällen aufgestellt werden, die bei der Benutzung der öffentlichen Straßen, Wege und Plätze sowie öffentlicher Grünanlagen anfallen.
- (3) Sofern im Rahmen der Aufgaben nach Abs. 1 und 2 mit anderen Kommunen Vereinbarungen zur Zusammenarbeit getroffen werden, die über das Gebiet der Stadt Oberursel (Taunus) hinausgehen, ist es zulässig, die Abfallentsorgung im Rahmen der Vereinbarungen zu betreiben.
- (4) Die Stadt informiert und berät im Rahmen der Erfüllung ihrer Einsammlungspflicht über Möglichkeiten der Vermeidung, Verwertung und Beseitigung von Abfällen. Diese Abfallberatung i.S.v. § 46 KrWG zählt ebenfalls zur öffentlichen Einrichtung.
- (5) Zur Erfüllung ihrer Aufgaben kann sich die Stadt Dritter bedienen.

§ 2 Begriffsbestimmungen

- (1) Anschlusspflichtiger ist jeder Eigentümer, Erbbauberechtigte, Nießbraucher oder sonst zur Nutzung eines Grundstücks dinglich Berechtigte.
- (2) Benutzungspflichtiger ist jeder Anschlusspflichtige und sonstige Abfallerzeuger oder –besitzer.
- (3) Bewohner ist jeder beim Einwohnermeldeamt mit Haupt- oder Nebenwohnsitz gemeldete Einwohner.

- (4) Als Grundstück im Sinne dieser Satzung gilt ohne Rücksicht auf die Eintragung im Liegenschaftskataster oder im Grundbuch jeder zusammenhängende Grundbesitz (auch Teilgrundstücke) desselben Anschlusspflichtigen, der eine selbständige wirtschaftliche Einheit bildet.
- (5) Bioabfälle im Sinne dieser Satzung sind pflanzliche Küchenabfälle (z.B. Gemüse-, Obst- und Blumenabfall), Fette und tierische Erzeugnisse (z.B. Wurst, Fleisch, Gräten, Knochen), soweit diese nicht unter die Vorschriften zur Tierkörperbeseitigung fallen, Speisereste sowie haushaltsübliche Mengen von Gartenabfällen (z.B. Laub, Gras, Unkraut, Baum- und Strauchschnitt).
- (6) Kompostierbare Gartenabfälle sind biologisch abbaubare pflanzliche oder aus Pflanzmaterialien bestehende Abfälle, die typischerweise im Garten anfallen (z.B. Laub, Gras, Unkraut, Baum- und Strauchschnitt).
- (7) Sperrige Abfälle sind alle sperrigen Gegenstände, die wegen ihrer Größe nicht in die Abfallgefäße passen und ein Gewicht von 50 kg nicht überschreiten, wie Möbelstücke, Matratzen und Ähnliches. Von der Sperrmüllabfuhr ausgeschlossen sind:
 - a) Restabfall, der nach zumutbarer Zerkleinerung in die Abfallgefäße passt,
 - b) Bauschutt, Steine, Erde, Sand, Zement, Baumwurzeln sowie Baumstämme,
 - c) Fäkalien, ekelerregende Stoffe und Tierkadaver,
 - d) flüssige Stoffe aller Art, z.B. Farbreste, Öl usw.,
 - e) Säuren, wassergefährdende, ölhaltige, zündfähige, explosive, radioaktive, giftige sowie gasentwickelnde Stoffe,
 - f) Autowracks, Maschinen und Teile derselben über 50 kg,
 - g) Altreifen,
 - h) Ölöfen und Öltanks,
 - i) kompostierbare Gartenabfälle,
 - j) Zeitungen, Zeitschriften,
 - k) Altglas,
 - l) Elektro- und Elektronikschrott.

§ 3 Ausschluss von der Einsammlung

- (1) Der städtischen Abfalleinsammlung unterliegen alle Abfälle, soweit sie nicht nach Maßgabe dieser Satzung von der Einsammlung ausgeschlossen sind.
- (2) Von der Einsammlung ausgeschlossen sind:
 - a) Abfälle zur Beseitigung aus anderen Herkunftsbereichen als privaten Haushaltungen, soweit diese nicht in den bereitgestellten Abfallgefäßen, Depotcontainern, durch die Abfuhr sperrigen Abfalls oder andere Einsammelaktionen nach dieser Satzung durch die Stadt eingesammelt, befördert oder beseitigt werden können oder die Sicherheit der umweltverträglichen Beseitigung im Einklang mit dem Abfallwirtschaftsplan des Landes durch einen anderen öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger oder Dritten gewährleistet ist. Hierzu zählen insbesondere gefährliche Abfälle i.S.d. § 3 Abs. 5 KrWG und Erdaushub und Bauschutt,
 - b) Kleinmengen gefährlicher Abfälle (§ 1 Abs. 4 HAKrWG), die vom Entsorgungspflichtigen (Landkreis) eingesammelt werden und diesem zu überlassen sind,

- c) Abfälle, die aufgrund eines Gesetzes oder einer Verordnung nach § 25 KrWG einer Rücknahmepflicht unterliegen, soweit entsprechende Rücknahmeeinrichtungen tatsächlich zur Verfügung stehen, und bei denen die Stadt nicht durch Erfassung als ihr übertragene Aufgabe bei der Rücknahme mitwirkt.
- (3) Die von der Einsammlung ausgeschlossenen Abfälle sind von den Erzeugern und Besitzern dieser Abfälle zum Zwecke der Entsorgung entsprechend der Abfallsatzung des Hochtaunuskreises in der jeweils aktuellen Fassung zu der vom Landkreis angegebenen Sammelstelle, Behandlungsanlage oder Abfallentsorgungsanlage zu befördern oder befördern zu lassen. Soweit der Landkreis die Entsorgung dieser Abfälle ebenfalls ausgeschlossen hat, sind diese Abfälle zum Zwecke der Entsorgung zu einer sonstigen dafür zugelassenen Abfallentsorgungsanlage zu befördern bzw. befördern zu lassen. Abfälle, die einer Rücknahmepflicht aufgrund eines Gesetzes oder einer Verordnung nach § 25 KrWG unterliegen, sind dem Rücknahmepflichtigen zu überlassen.

§ 4 Einsammlungssysteme

- (1) Die Stadt führt die Einsammlung von Abfällen im Hol- und Bringsystem durch.
- (2) Beim Holsystem werden die Abfälle am Grundstück des Abfallbesitzers abgeholt.
- (3) Beim Bringsystem hat der Abfallbesitzer die Abfälle zu aufgestellten Sammelgefäßen oder zu sonstigen Annahmestellen zu bringen.

§ 5 Getrennte Einsammlung von Abfällen zur Verwertung und sperriger Abfälle im Holsystem

- (1) Die Stadt sammelt im Holsystem folgende Abfälle ein:
- a) sperrige Abfälle,
 - b) kompostierbare Gartenabfälle,
 - c) Papier, Pappe und Kartonagen,
 - d) Bioabfälle.
- (2) Die in Abs. 1 Buchstabe a) genannten sperrigen Abfälle werden auf Abruf eingesammelt. Pro Haushalt sind maximal vier Abholungen im Kalenderjahr mit einem Gesamtvolumen von 3 m³ pro Abholung zulässig.
- (3) Zur Einsammlung der in Abs. 1 Buchstabe b) genannten Gartenabfälle veranstaltet die Stadt jährlich besondere Abfahren. Die Gartenabfälle sind an den dafür vorgesehenen Abfahrtagen gebündelt (max. 1 m lang) vom Abfallbesitzer zur Abfuhr bereitzustellen. Die Abfuhr erfolgt in der Regel zweimal im Jahr. Zusätzlich wird Anfang des Jahres eine Weihnachtsbaumsammlung durchgeführt. Die Regelungen des § 10 Abs. 1 und 2 gelten entsprechend.
- (4) Die in Abs. 1 Buchstabe c) genannten Abfälle zur Verwertung sind in den dazu bestimmten Gefäßen in den Nenngrößen 120 l, 240 l und 1100 l vom

Abfallbesitzer zu sammeln und unter Beachtung der weiteren Regelungen dieser Satzung, insbesondere des § 9, zur Abfuhr bereitzustellen. Die Abfuhr erfolgt alle vier Wochen.

- (5) Die in Abs. 1 Buchstabe d) genannten Abfälle zur Verwertung sind in den dazu bestimmten Gefäßen in den Nenngößen 120 l und 240 l vom Abfallbesitzer zu sammeln und unter Beachtung der weiteren Regelungen der Satzung, insbesondere des § 9, zur Abfuhr bereitzustellen. Die Abfuhr erfolgt alle zwei Wochen.

§ 6

Getrennte Einsammlung von Abfällen zur Verwertung und sperriger Abfälle im Bringsystem

- (1) Die Stadt sammelt im Bringsystem folgende Abfälle zur Verwertung:
- a) Papier, Pappe und Kartonagen,
 - b) Schrott und sonstige Metalle,
 - c) Altholz,
 - d) Altöl und ölverschmutzte Betriebsmittel,
 - e) Altreifen,
 - f) Elektro- und Elektronikschrott aus Privathaushalten (z. B. Haushaltsgroßgeräte, Kühlgeräte, Informations- und Telekommunikationsgeräte, Geräte der Unterhaltungselektronik, Gasentladungslampen, Elektrokleingeräte),
 - g) kompostierbare Gartenabfälle,
 - h) Batterien und Fahrzeugbatterien,
 - i) Bauschutt /Baustellenabfälle,
 - j) Textilien,
 - k) sperrige Abfälle.
- (2) Die Stadt stellt zur Einsammlung der in Abs. 1 Buchstabe j) genannten Abfälle Sammelbehälter an allgemein zugänglichen Plätzen auf. Die Sammelbehälter tragen Aufschriften zur Kennzeichnung der Abfälle, die in die Behälter eingegeben werden dürfen. Andere Abfälle als die so bezeichneten dürfen nicht in diese Sammelbehälter eingegeben werden.
- (3) Die in Abs. 1 Buchstabe a) bis i) und k) genannten Abfälle sind vom Abfallbesitzer zur Annahmestelle des Recyclinghofes des Bau & Service Oberursel, Eigenbetrieb der Stadt Oberursel zu bringen und dem dort anwesenden Personal zu überlassen. Die in Abs. 1 Buchstabe a) und k) genannten Abfälle sind vorrangig im Holsystem zu überlassen; eine Überlassung am Recyclinghof ist nur in Ausnahmefällen möglich.
- (4) Der Magistrat kann - um Belästigungen Anderer zu vermeiden - Einfüllzeiten festlegen, zu denen bestimmte Sammelbehälter benutzt werden dürfen. In diesen Fällen werden die Einfüllzeiten auf den davon betroffenen Behältern deutlich lesbar angegeben. Außerhalb dieser Einfüllzeiten dürfen die davon betroffenen Behälter nicht benutzt werden.

§ 7

Einsammlung von Abfällen zur Beseitigung (Restabfall)

- (1) Abfälle, die nicht der Verwertung zugeführt werden (Restabfall), werden im Holsystem eingesammelt. Die Abfuhr erfolgt alle zwei Wochen.

- (2) Der Restabfall ist vom Benutzungspflichtigen in den dafür vorgesehenen Gefäßen zu sammeln und an den Abfuhrtagen unter Beachtung der weiteren Regelungen in dieser Satzung bereitzustellen.
- (3) Zur Sammlung von Restabfall sind Gefäße mit nachfolgend genannten Nenngrößen zugelassen:
 - a) 60 l,
 - b) 80 l,
 - c) 120 l,
 - d) 240 l,
 - e) 770 l,
 - f) 1.100 l.
- (4) Andere als die von der Stadt bereitgestellten Abfallgefäße dürfen nicht benutzt werden. Sie werden von der Ausleerung ausgeschlossen.
- (5) In die Restabfallgefäße dürfen keine von der Einsammlung ausgeschlossenen Abfälle nach § 3 und keine Abfälle zur Verwertung eingegeben werden, die nach den §§ 5 und 6 getrennt gesammelt werden. Verstöße gegen diese Bestimmungen berechtigen die Stadt oder die von ihr mit der Abfuhr beauftragten Dritten, die Abfuhr des Restabfalls zu verweigern, bis diese Abfälle aus dem Restabfallgefäß entnommen worden sind. Die Ahnungsmöglichkeit als Ordnungswidrigkeit bleibt in diesem Fall unberührt.

§ 8

Einsammlung von Abfällen auf öffentlichen Flächen

Für die Aufnahme von Abfällen, die bei der Benutzung der öffentlichen Straßen, Wege und Plätze sowie öffentlicher Grünanlagen anfallen, stellt die Stadt Gefäße (Papierkörbe) auf, soweit dies nach den örtlichen Gegebenheiten erforderlich ist. Die Besitzer dieser Abfälle sind verpflichtet, diese Gefäße zu benutzen. Dies gilt insbesondere für Hundekot, Pferdeäpfel, Speiseabfälle, Papiertaschentücher, Zigarettenskippen.

§ 9

Abfallgefäße

- (1) Die Gefäße für den Restabfall und für andere Abfälle, die im Holsystem entsorgt werden, stellt die Stadt den Abfallbesitzern leihweise zur Verfügung. Die Anschlusspflichtigen haben diese Gefäße pfleglich zu behandeln. Sie haften für schuldhaft Beschädigungen und für Verluste. Der Verlust oder die Beschädigung ist der Stadt unverzüglich vom Anschlusspflichtigen mitzuteilen.
- (2) Die Abfallgefäße dürfen nicht zweckwidrig verwendet werden, insbesondere dürfen sie nur so weit gefüllt werden, dass ihre Deckel sich gut schließen lassen. Einschlämmen und Einstampfen des Inhalts ist nicht gestattet. Die Deckel sind geschlossen zu halten. Die folgenden Gesamtgewichte dürfen nicht überschritten werden:

60 l-Gefäß	50 kg
80 l-Gefäß	50 kg
120 l-Gefäß	60 kg
240 l-Gefäß	110 kg
770 l-Gefäß	300 kg
1.110 l-Gefäß	400 kg

Eine Verpflichtung der Stadt zur Entleerung eingefrorener, eingestampfter und überfüllter Abfallgefäße besteht nicht.

- (3) Die Abfallgefäße sind an den öffentlich bekanntgegebenen Abfuhrtagen und -zeiten an gut erreichbarer Stelle an dem zur Fahrbahn liegenden Rand des Gehweges oder - soweit keine Gehwege vorhanden sind - am äußersten Fahrbahnrand für eine gewünschte Entleerung bereitzustellen. Der Straßenverkehr darf nicht oder nicht mehr als notwendig und vertretbar beeinträchtigt werden. Nach erfolgter Leerung der Gefäße sind diese unverzüglich durch den Anschlusspflichtigen oder den von ihm Beauftragten auf das Grundstück zurückzustellen.
- (4) In besonderen Fällen, insbesondere wenn Grundstücke aus rechtlichen (z.B. aufgrund von Unfallverhütungsvorschriften) oder tatsächlichen Gründen nicht von den Abfuhrfahrzeugen angefahren werden können, kann der Magistrat bestimmen, an welcher Stelle die Abfallgefäße zur Entleerung aufzustellen sind, wobei die betrieblichen Notwendigkeiten der Abfalleinsammlung zu berücksichtigen sind.
- (5) Abfallsäcke können ausnahmsweise anstelle von oder zusätzlich zu Restabfallgefäßen zugelassen werden, wenn auf dem anschlusspflichtigen Grundstück nur vorübergehend geringe Restabfallmengen anfallen oder wenn vorübergehend zusätzliche Restabfallmengen anfallen, die in den Abfallgefäßen nicht untergebracht werden können. Die Abfallsäcke sind bei den vom Magistrat zu benennenden Stellen zu beziehen.
- (6) Die Zuteilung der Restabfallgefäße auf die anschlusspflichtigen Grundstücke erfolgt durch den Magistrat nach Bedarf, wobei sich der Bedarf bei privaten Haushaltungen an einem Gefäßvolumen von 6 l/Woche und Bewohner orientiert. Auf jedem anschlusspflichtigen Grundstück muss mindestens das kleinste zugelassene Gefäß für den Restabfall vorgehalten werden. Die Stadt ist bei Mehrfamilienhäusern berechtigt, zwei oder mehrere kleine Restabfallgefäße in ein größeres Restabfallgefäß umzutauschen. Auf schriftlichen Antrag ist die gemeinsame Nutzung von Restabfall- und Bioabfallgefäßen auf zwei benachbarten Grundstücken zuzulassen.
- (7) Für Betriebe und ähnliche Einrichtungen wird das erforderliche Gefäßvolumen für den Restabfall vom Magistrat unter Beachtung der regelmäßig anfallenden Restabfallmengen auf dem jeweiligen Grundstück festgesetzt.
- (8) Für die Einsammlung von Papier, Pappe und Karton orientiert sich die Regelzuteilung der Abfallgefäße an der Aufstellung der Restabfallgefäße, d.h.:
pro 60 l oder 80 l Restabfallgefäß ein 120 l Abfallgefäß,
pro 120 l oder 240 l Restabfallgefäß ein 240 l Abfallgefäß und
pro 770 l oder 1.100 l Restabfallgefäß ein 1.100 l Abfallgefäß.
- (9) Für die Einsammlung von Bioabfällen orientiert sich die Regelzuteilung der Abfallgefäße an der Aufstellung der Restabfallgefäße, d.h.:
pro 60 l Restabfallgefäß ein 120 l Abfallgefäß mit maximal zulässiger Befüllung bis zur 60 l-Füllstandsmarkierung,
pro 80 l Restabfallgefäß ein 120 l Abfallgefäß mit maximal zulässiger Befüllung bis zur 80 l-Füllstandsmarkierung,
pro 120 l Restabfallgefäß ein 120 l Abfallgefäß,
pro 240 l Restabfallgefäß ein 240 l Abfallgefäß,
pro 770 l Restabfallgefäß bis zu drei 240 l Abfallgefäße,
pro 1.100 l Restabfallgefäß bis zu vier 240 l Abfallgefäße.

- (10) Die Stadt bestimmt, welche und wie viele Behälter vorzuhalten sind. Wird festgestellt, dass die vorhandenen Abfallgefäße für die Aufnahme des regelmäßig anfallenden Abfalls nicht ausreichen und sind zusätzliche Abfallgefäße nicht beantragt worden, so haben die Anschluss- und Benutzungspflichtigen nach Anordnung durch die Stadt die erforderlichen zusätzlichen bzw. größeren Abfallgefäße entgegenzunehmen und zu benutzen. Die vorhandenen festen Abfallgefäße reichen in der Regel dann nicht aus, wenn an drei Entleerungsterminen innerhalb von drei aufeinander folgenden Monaten festgestellt wird, dass der Abfallbehälter so gefüllt ist, dass sich der Deckel nicht mehr schließen lässt oder dass Abfälle neben den Abfallbehältern liegen. Gleiches gilt bei der Befüllung der Bioabfallgefäße, die nur bis zu einer bestimmten Füllstandsmarkierung befüllt werden dürfen, wenn an drei Entleerungsterminen innerhalb von drei aufeinander folgenden Monaten festgestellt wird, dass die Befüllung des Abfallbehälters die Füllstandsmarkierung sichtlich überschreitet. Handelt es sich um ein Bioabfallgefäß nach § 12 Abs. 4 (genehmigte Eigenkompostierung), so stellt dieses Verhalten einen Grund für den Widerruf der Genehmigung dar.
- (11) Bioabfallgefäße, die nicht ordnungsgemäß gefüllt sind, bei denen insbesondere andere Abfälle als Bioabfälle eingefüllt wurden, werden von der Stadt nicht im Rahmen der regulären Leerungstour Bioabfall geleert, sondern es erfolgt auf Antrag eine gesonderte Zwischenleerung dieses Gefäßes. Hierfür werden gesonderte Gebühren entsprechend § 14 Abs. 10 Satz 2 und Satz 4 erhoben. Wird an drei Entleerungsterminen innerhalb von drei aufeinander folgenden Monaten festgestellt, dass das Bioabfallgefäß nicht ordnungsgemäß befüllt wurde, wurden insbesondere andere Abfälle als Bioabfälle eingefüllt, so haben die Anschluss- und Benutzungspflichtigen nach Anordnung durch die Stadt die erforderlichen zusätzlichen bzw. größeren Restabfallgefäße entgegenzunehmen und zu benutzen.
- (12) Änderungen im Gefäßbedarf hat der Anschlusspflichtige unverzüglich schriftlich der Stadt mitzuteilen und auf Verlangen zu begründen.
- (13) Die Abfallgefäße sind sachgemäß und pfleglich zu behandeln und stets in sauberem und gebrauchsfähigem Zustand zu halten. Sind sie stark verschmutzt, müssen die Benutzer diese durch Spülen reinigen. Werden Rest- oder Bioabfallgefäße abgemeldet oder umgetauscht, sind sie in gereinigtem Zustand zum Abholen bereitzustellen.

§ 10

Bereitstellung sperriger Abfälle

- (1) Sperrige Abfälle sind an dem von der Stadt dem Grundstückseigentümer mitgeteilten Termin an den Grundstücken zur Einsammlung so bereitzustellen, dass sie ohne Aufwand aufgenommen werden können. Die Regelungen des § 9 Abs. 3 und 4 sind entsprechend zu beachten.
- (2) Die zur Einsammlung bereitgestellten sperrigen Abfälle werden mit der Bereitstellung Eigentum der Stadt. Unbefugten ist es verboten, diese wegzunehmen, zu durchsuchen oder umzulagern.
- (3) Die Absätze 1 und 2 gelten auch für andere Abfälle, die in besonderen, von der Stadt öffentlich bekannt gemachten Einsammelungsaktionen und -terminen außerhalb von Abfallgefäßen, zum Beispiel gebündelt oder verpackt, zur Einsammlung bereitgestellt werden.

§ 11

Einsammlungstermine/Öffentliche Bekanntmachung

- (1) Der Magistrat bestimmt, wie oft und zu welchem Zeitpunkt der Abfall eingesammelt wird. Die Einsammlungstermine werden auf der Homepage des Bau & Service Oberursel, Eigenbetrieb der Stadt Oberursel (www.bso-oberursel.de) bekannt gemacht.
Werden Abfallgefäße nicht rechtzeitig bereitgestellt, so ist die Benutzungsgebühr gleichwohl zu entrichten.
Die Sammelfahrzeuge befahren ab 6.00 Uhr die Abfuhrbezirke.
- (2) Ist der Zeitpunkt der Müllabfuhr aus besonderen Gründen nicht einzuhalten, wird der neue Abfuhrplan nach Möglichkeit öffentlich bekannt gemacht.
- (3) Können die -Abfallgefäße aus einem von der Stadt nicht zu vertretenden Grund nicht entleert werden, so werden diese am nächsten regelmäßigen Abfuhrtag geleert. Auf Antrag können in Ausnahmefällen die Abfallgefäße gegen Zahlung einer Sondergebühr gemäß § 14 Abs. 10 entleert werden.
- (4) Bei Betriebsstörungen und der Vornahme betriebsnotwendiger Arbeiten steht dem an die Abfallbeseitigung Angeschlossenen ein Anspruch auf Ermäßigung der Gebühren oder auf Schadensersatz nicht zu. Dauert die Unterbrechung einen Monat oder länger, wird für diesen Zeitraum keine Gebühr erhoben.
- (5) Die Stadt gibt nach Möglichkeit in ihrem in Abs. 1 genannten Mitteilungsorgan auch die Termine für die Einsammlung von Abfällen nach § 1 Abs. 4 HAKrWG ("Schadstoff-Kleinstmengen") und anderen Abfällen bekannt, die nicht von ihr, sondern von Dritten zulässigerweise durchgeführt werden.

§ 12

Anschluss- und Benutzungszwang

- (1) Jeder Anschlusspflichtige ist verpflichtet, sein Grundstück an die öffentliche Abfallentsorgung anzuschließen, wenn dieses Grundstück bewohnt oder gewerblich genutzt wird oder hierauf aus anderen Gründen Abfälle anfallen. Das Grundstück gilt als angeschlossen, wenn das Restabfallgefäß (§ 7 Abs.3) und das Bioabfallgefäß (§ 9 Abs. 9) aufgestellt worden ist. Für die privaten Haushalte ist darüber hinaus die Aufstellung des Altpapiergefäßes erforderlich.
- (2) Von dem Zwang, auf dem anschlusspflichtigen Grundstück Gefäße entsprechend der Regelausstattung nach § 9 (9) zur Aufnahme von Bioabfällen aufzustellen, lässt der Magistrat auf schriftlichen Antrag des Anschlusspflichtigen eine Ausnahme zu, wenn der Anschlusspflichtige nachweist und schriftlich bestätigt, dass alle auf dem Grundstück anfallenden zur Eigenkompostierung geeigneten Abfälle ordnungsgemäß und schadlos selbst verwertet werden (Eigenkompostierung) und wenn für die Ausbringung des Kompostes eine eigene gärtnerisch genutzte Grundstücksfläche von mindestens 25 m² nachgewiesen wird.
Ein Transport von Bioabfällen über die Grundstücksgrenzen des Entstehungsortes ist unzulässig.
Zum Nachweis der fachgerechten Eigenkompostierung ist das Vorhandensein mindestens eines Komposthaufens oder eines Komposters mit in Rotte befindlichem Material erforderlich.
Eine Kompostierung von Speiseresten (gekochte Essensreste, Brot, Käse, fleischhaltige Lebensmittel, Knochen und Gräten, u.ä.) ist nicht zulässig. Hierfür ist auch bei einer Befreiung von der Regelausstattung nach § 9 Abs. 9 die Mindestausstattung für Eigenkompostierer nach Abs. 4 vorzuhalten.

- (3) Mit dem Antrag auf Eigenkompostierung ist die Zahl der Grundstücksbewohner zu benennen und es ist ein Grundstücksplan beizufügen, aus dem die Lage und Größe der gärtnerisch genutzten Fläche ersichtlich ist. Für die Bearbeitung des Antrags wird eine Verwaltungsgebühr in Höhe von 21,83 EUR erhoben.
- (4) Bei von der Stadt genehmigter Eigenkompostierung ist für Speisereste, die nicht kompostiert werden dürfen, folgende Ausstattung mit Bioabfallgefäßen erforderlich:
pro 60 l, 80 l oder 120 l Restabfallgefäß ein 120 l Abfallgefäß mit maximal zulässiger Befüllung bis zur 40 l-Füllstandsmarkierung,
pro 240 l Restabfallgefäß ein 120 l Abfallgefäß mit maximal zulässiger Befüllung bis zur 80 l-Füllstandsmarkierung,
pro 770 l oder 1.100 l Restabfallgefäß ein 240 l Abfallgefäß.
- (5) Bei Abfällen aus anderen Herkunftsbereichen als privaten Haushaltungen lässt der Magistrat auf schriftlichen Antrag des Anschluss- und Benutzungspflichtigen von dem Zwang, auf dem anschlusspflichtigen Grundstück Gefäße entsprechend der Regelausstattung nach § 9 Abs. 9 zur Aufnahme von Bioabfällen aufzustellen, eine Ausnahme zu, wenn die ordnungsgemäße Verwertung der auf dem Grundstück anfallenden Bioabfälle nachgewiesen wird. Eine Mindestausstattung nach Abs. 4 ist in diesen Fällen nicht erforderlich. Mit dem Antrag auf Befreiung vom Anschluss- und Benutzungszwang ist die ordnungsgemäße Verwertung der Bioabfälle nachzuweisen. Für die Bearbeitung des Antrags wird eine Verwaltungsgebühr in Höhe von 21,83 EUR erhoben.
- (6) Der Anschlusspflichtige nach Abs. 1 hat jeden Wechsel unverzüglich der Stadt mitzuteilen; diese Verpflichtung hat auch der neue Anschlusspflichtige.
- (7) Darüber hinaus hat der Anschlusspflichtige der Stadt alle für die Abfallentsorgung und Gebührenerhebung erforderlichen sachbezogenen Auskünfte zu erteilen.
- (8) Jeder Abfallerzeuger oder -besitzer ist verpflichtet, seine Abfälle, soweit sie nicht von der städtischen Abfallentsorgung gemäß § 3 Abs. 2 ausgeschlossen sind, der öffentlichen Abfallentsorgung zu überlassen und sich hierbei der angebotenen Systeme (Hol- und Bringsystem) zu bedienen. Dies gilt nicht für
- a) Abfälle aus privaten Haushaltungen, soweit ihre Erzeuger oder Besitzer selbst zu einer Verwertung in der Lage sind und diese beabsichtigen,
 - b) Abfälle, die durch gemeinnützige oder gewerbliche Sammlungen einer ordnungsgemäßen und schadlosen Verwertung zugeführt werden,
 - c) Abfälle zur Verwertung aus anderen Herkunftsbereichen als privaten Haushaltungen,
 - d) Abfälle zur Beseitigung aus anderen Herkunftsbereichen, soweit ihre Erzeuger oder Besitzer diese in eigenen Anlagen beseitigen und keine überwiegenden öffentlichen Interessen eine Überlassung erfordern,
 - e) pflanzliche Abfälle, deren Beseitigung gemäß der Verordnung über die Beseitigung von pflanzlichen Abfällen außerhalb von Abfallbeseitigungsanlagen vom 17.03.1975 (GVBl. I S. 174) zugelassen sind.

§ 13

Allgemeine Pflichten

- (1) Den Beauftragten der Stadt ist zur Prüfung, ob und wie die Vorschriften dieser Satzung befolgt werden, ungehinderter Zutritt zu den Grundstücken zu gewähren, auf denen überlassungspflichtige Abfälle anfallen. Ihre Anordnungen sind zu befolgen. Sie haben sich durch einen vom Bau & Service Oberursel, Eigenbetrieb der Stadt Oberursel ausgestellten Dienstausweis auszuweisen.
- (2) Abfälle, die nicht in den satzungsgemäßen Gefäßen oder sonst satzungswidrig zur Abholung bereitgestellt werden, bleiben von der Einsammlung ausgeschlossen. Sie sind zum nächsten Abfuhrtermin unter Beachtung der Vorgaben dieser Satzung zur Einsammlung bereitzustellen.
- (3) Verunreinigungen durch Abfallgefäße, Abfallsäcke, bereitgestellte sperrige Abfälle oder sonstige Ursachen im Zusammenhang mit der Abfallentsorgung hat der Verursacher bzw. Anschlusspflichtige zu beseitigen.
- (4) Im Abfall vorgefundene Wertgegenstände werden als Fundsachen behandelt. Die Stadt ist nicht verpflichtet, im Abfall nach verlorenen Gegenständen suchen zu lassen.

§ 14

Einheitsgebühr und Zusatzgebühren im Holsystem

- (1) Zur Deckung des Aufwandes, der ihr bei der Wahrnehmung abfallwirtschaftlicher Aufgaben entsteht, erhebt die Stadt Gebühren.
- (2) Gebührenmaßstab für die Einheitsgebühr ist das jedem anschlusspflichtigen Grundstück gem. § 9 Abs. 6 zur Verfügung stehende Gefäßvolumen für Restabfall.

Es werden bei zweiwöchentlicher Abfuhr folgende monatliche Gebühren erhoben:

60 l-Gefäß:	15,97 EUR,
80 l-Gefäß:	19,22 EUR,
120 l-Gefäß:	25,72 EUR,
240 l-Gefäß:	45,21 EUR,
770 l-Gefäß:	129,79 EUR,
1.100 l-Gefäß:	180,67 EUR.

Bei von der Stadt genehmigter Eigenkompostierung nach § 12 Abs. 2 werden bei zweiwöchentlicher Abfuhr folgende monatliche Gebühren erhoben:

60 l-Gefäß:	15,36 EUR,
80 l-Gefäß:	18,01 EUR,
120 l-Gefäß:	23,29 EUR,
240 l-Gefäß:	40,36 EUR,
770 l-Gefäß:	115,24 EUR,
1.100 l-Gefäß:	158,85 EUR.

Bei von der Stadt erteilter Befreiung vom Anschluss- und Benutzungszwang nach § 12 Abs. 5 werden bei zweiwöchentlicher Abfuhr folgende monatliche Gebühren erhoben:

60 l-Gefäß:	14,15 EUR,
80 l-Gefäß:	16,79 EUR,
120 l-Gefäß:	22,08 EUR,
240 l-Gefäß:	37,94 EUR,
770 l-Gefäß:	107,97 EUR,
1.100 l-Gefäß:	151,57 EUR.

- (3) Mit diesen Gebühren sind auch die Aufwendungen der Stadt für die Entsorgung von Abfällen im Rahmen der Sperrabfall- und Grünabfallstraßensammlung, der Sonderabfallsammlung, Papier- und Bioabfallsammlung im Umfang der Regelzuteilung bzw. im Umfang der Zuteilung bei Eigenkompostierung im Holsystem abgegolten. Ebenfalls abgegolten ist die Anlieferung von kompostierbaren Gartenabfällen, Sperrabfall, Papier, Pappe, und Kartonagen, Altmetall, Altholz, Altöl, Elektro- und Elektronikaltgeräten, Haushalts- und KFZ-Batterien und Textilien jeweils in haushaltsüblichen Mengen an den Recyclinghof.

- (4) Abfallsäcke werden zum Stückpreis von 4,00 EUR sowie Gartenabfallsäcke zum Stückpreis von 0,50 EUR abgegeben.

- (5) Werden auf Wunsch des Anschlusspflichtigen Bioabfallgefäße oder zusätzliches -füllvolumen über die Regelausstattung hinaus zugeteilt oder wird auf Wunsch des Anschlusspflichtigen der Leerungsrhythmus für Restabfall (§ 7 Abs. 1) erhöht, werden folgende zusätzliche monatliche Gebühren erhoben:

- a. für Bioabfallgefäße bei Zuteilung eines

120 l-Gefäß:	5,07 EUR,
240 l-Gefäß:	10,13 EUR;

bei 120 l Gefäßen, bei denen die Befüllung nur bis zur 40, 60 l oder 80 l Füllstandsmarkierung zulässig ist, wird jeweils für zusätzliche 20 l Füllvolumen eine Gebühr von 0,84 EUR erhoben;

- b. für Restabfall bei Änderung des Leerungsrhythmus von zweiwöchentlich auf wöchentlich

770 l-Gefäß:	98,20 EUR,
1.100 l-Gefäß:	140,29 EUR.

- (6) Für An- und Ummeldungen von Abfallgefäßen wird eine Gebühr von 11,26 EUR erhoben. Bei der erstmaligen Anmeldung aufgrund eines Wechsels des Grundstückseigentümers wird für die Anmeldung keine Gebühr erhoben. Werden bei einer An- und Ummeldung mehrere Gefäße getauscht, fällt die Gebühr nur einmal an.

- (7) Werden 240 l oder 1.100 l Restabfallgefäße bei öffentlichen Festen (Brunnenfest, Kerb etc.) zur Verfügung gestellt, so wird je Leerung eine Gebühr von 11,93 EUR für 240 l Restabfallgefäße und 54,68 EUR für 1.100 l Restabfallgefäße zuzüglich einer einmaligen Transportgebühr von 53,98 EUR erhoben. Die Transportgebühr gilt für den Transport von jeweils bis zu 3 Restabfallgefäßen.

- (8) Auf schriftlichen Antrag werden die Abfallgefäße gebührenpflichtig gereinigt. Diese Möglichkeit besteht an zwei Tagen im Jahr; die Reinigungstermine

werden auf der Homepage des Bau & Service Oberursel, Eigenbetrieb der Stadt Oberursel bekannt gemacht. Die Gebühr pro Reinigung eines Gefäßes beträgt 20,09 EUR. Soweit mehr Anträge für einen Reinigungstermin vorliegen, als erledigt werden können, erfolgt die Tourenplanung unter Berücksichtigung der zeitlichen Reihenfolge des Antragseingangs bei der Stadt.

- (9) Auf schriftlichen Antrag werden Elektrogroßgeräte gebührenpflichtig abgeholt. Die Geräte sind an dem von der Stadt dem Grundstückseigentümer mitgeteilten Termin an den Grundstücken zur Einsammlung so bereitzustellen, dass sie ohne Aufwand aufgenommen werden können. Die Regelungen des § 9 Abs. 3 und 4 sind entsprechend zu beachten. Für die Abholung von bis zu 3 Geräten wird eine Gebühr von 36,00 EUR erhoben.
- (10) Auf Antrag werden Sonderleerungen durchgeführt. Für eine gesonderte Anfahrt des Grundstücks im Rahmen einer Sonderleerung wird eine Gebühr von 46,37 EUR erhoben. Wird im Rahmen dieser Sonderleerung eine reguläre Leerung nachgeholt, so fallen keine weiteren zusätzlichen Gebühren an. Wird keine reguläre Leerung nachgeholt, sondern eine zusätzliche Leerung oder eine Restabfall- anstelle einer Bioabfallleerung durchgeführt, so fallen neben der Gebühr nach Satz 1 die folgenden Gebühren an:

60 l-Gefäß:	2,47 EUR,
80 l-Gefäß:	3,29 EUR,
120 l-Gefäß:	4,93 EUR,
240 l-Gefäß:	9,86 EUR,
770 l-Gefäß:	31,65 EUR,
1.100 l-Gefäß:	45,21 EUR.

Wird im Rahmen einer regulären Sammeltour ausnahmsweise eine zusätzliche Leerung vorgenommen, so fallen nur die Gebühren nach Satz 4 an.

§ 15 Benutzungsgebühren Recyclinghof

- (1) Die Gebühren für die Benutzung der Container auf dem Recyclinghof werden wie folgt festgesetzt:
- | | | |
|----|---|------------|
| a) | Baustellenabfälle | |
| | Eimer bis 20 l oder vergleichbare Größe | 2,00 EUR, |
| | Schubkarren oder vergleichbare Größe | 8,00 EUR, |
| | je angefangenem ¼ cbm | 25,00 EUR, |
| b) | Bauschutt mineralisch | |
| | unbelastet und aufbereitbar | |
| | Eimer bis 20 l oder vergleichbare Größe | 2,00 EUR, |
| | Schubkarren oder vergleichbare Größe | 8,00 EUR, |
| | je angefangenem ¼ cbm | 25,00 EUR, |
| c) | Altreifen | |
| | Pkw-Reifen ohne Felgen (Stück) | 1,50 EUR, |
| | Pkw-Reifen mit Felgen (Stück) | 3,00 EUR, |
| | Lkw-Reifen ohne Felgen (Stück) | 13,00 EUR, |
| | Lkw-Reifen mit Felgen (Stück) | 28,00 EUR. |
- (2) Bei den Baustellen- und Bauschuttabfällen wird die Menge von der Stadt geschätzt.

- (3) Die Anlieferungen von sperrigen Abfällen, Altholz, Grünabfällen, Altöl und Altpapier ist nur in haushaltsüblichen Mengen zulässig. Einer haushaltsüblichen Menge entsprechen 10 l Altöl und ansonsten 1 m³ der jeweiligen Abfallart. Diese Mengen dürfen pro Anschlusspflichtigen einmal innerhalb eines Wochentages angeliefert werden. Sperrige Abfälle sollen zerlegt angeliefert werden. Grünabfälle dürfen nicht länger als 1 m sein. Für die Anlieferung haushaltsüblicher Mengen wird keine gesonderte Gebühr erhoben.

§ 16

Gebührenpflichtige, Entstehen und Fälligkeit der Gebühr

- (1) Gebührenpflichtig ist im Hinblick auf die Gebühren nach § 14 Abs. 2, Abs. 5 und Abs. 6 der Anschlusspflichtige. Diese Gebühren ruhen als öffentliche Last auf dem Grundstück. Der Anschlusspflichtige ist verpflichtet, die gesamten Abfallgebühren, die auf sein Grundstück (wirtschaftliche Einheit) entfallen, zu bezahlen.
- (2) Bei den Gebühren nach § 14 Abs. 4 ist der Erwerber der Abfallsäcke, bei den Gebühren nach § 15 Abs. 1 der Anlieferer, bei den Gebühren nach § 14 Abs. 7 der Ausrichter des öffentlichen Festes und bei den Gebühren nach § 12 Abs. 3 und Abs. 5 und § 14 Abs. 8 bis Abs. 10 der Antragsteller gebührenpflichtig.
- (3) Mehrere Gebührenpflichtige haften als Gesamtschuldner. Bei einem Wechsel der Anschlusspflicht haften alter und neuer Anschlusspflichtiger bis zum Eingang der Mitteilung nach § 12 Abs. 6 dieser Satzung gemeinsam.
- (4) Die Gebührenpflicht nach § 14 Abs. 2 und Abs. 5 entsteht mit der Aufstellung und endet mit der Abholung der Abfallgefäße. Wird das Abfallgefäß vor dem 15. oder am 15. eines Monats aufgestellt oder abgeholt, entsteht oder endet die Gebührenpflicht mit Beginn dieses Monats. Wird das Abfallgefäß ab dem 15. eines Monats aufgestellt oder abgeholt, entsteht oder endet die Gebührenpflicht mit dem Beginn des folgenden Monats.
- (5) Die Gebühren nach § 14 Abs. 2 und Abs. 5 werden nach vollen Monatsbeiträgen berechnet und durch schriftlichen Bescheid festgesetzt. Der Bescheid gilt auch für die folgenden Kalenderjahre. Er hat so lange Gültigkeit, bis ein neuer Bescheid erteilt wird. Die Gebühren werden vierteljährlich fällig und sind für Januar bis März spätestens am 15. Februar, für April bis Juni spätestens am 15. Mai, für Juli bis September spätestens am 15. August und für Oktober bis Dezember spätestens am 15. November zu zahlen.
- (6) Die Gebühren nach § 14 Abs. 4 entstehen mit Anforderung der Abfallsäcke und sind sofort fällig. Die Gebühren nach § 15 Abs. 1 entstehen mit der Anlieferung der Abfälle und sind ebenfalls sofort fällig. Die Gebühren nach § 14 Abs. 7 entstehen mit Anforderung der Abfallgefäße und sie werden 14 Tage nach Erlass des Gebührenbescheides fällig. Die Gebühren nach § 12 Abs. 3 und Abs. 5 und § 14 Abs. 8 und Abs. 10 entstehen mit Antragstellung und sie werden 14 Tage nach Erlass des Gebührenbescheides fällig. Die Gebühren nach § 14 Abs. 9 entstehen mit Antragstellung und sind sofort fällig.
- (7) Stellt die Erhebung der Gebühr im Einzelfall eine besondere Härte dar, so kann der Magistrat sie aus Billigkeitsgründen ganz oder teilweise erlassen.

§ 17 Ordnungswidrigkeiten

- (1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig
 - a) entgegen den § 5 Abs. 4 und Abs. 5 und § 6 Abs. 2 andere als die zugelassenen Abfälle in die Sammelbehälter oder Abfallgefäße eingibt,
 - b) entgegen § 7 Abs. 2 den Restabfall nicht in den ihm zugeteilten Restabfallgefäßen sammelt.
 - c) entgegen § 7 Abs. 5 Abfälle zur Verwertung nicht in die dafür vorgesehenen Sammelgefäße nach § 5 Abs. 4 und Abs. 5 sondern in das Restabfallgefäß eingibt,
 - d) entgegen § 9 Abs. 2 Abfallgefäße zweckwidrig verwendet,
 - e) entgegen § 9 Abs. 3 geleerte Abfallgefäße nicht unverzüglich auf sein Grundstück zurückstellt,
 - f) entgegen § 9 Abs. 12 Änderungen im Bedarf an Abfallgefäßen der Stadt nicht unverzüglich mitteilt,
 - g) entgegen § 10 Abs. 2 zur Einsammlung bereitgestellte sperrige Abfälle unbefugt wegnimmt, durchsucht oder umlagert,
 - h) entgegen § 12 Abs. 1 sein Grundstück nicht an die öffentliche Abfalleinsammlung anschließt,
 - i) entgegen § 12 Abs. 6 den Wechsel im Grundeigentum nicht der Gemeinde mitteilt,
 - j) entgegen § 12 Abs. 8 überlassungspflichtige Abfälle, die er besitzt, nicht der öffentlichen Abfallentsorgung überlässt,
 - k) entgegen § 13 Abs. 1 den Beauftragten der Gemeinde den Zutritt zum Grundstück verwehrt,
 - l) entgegen § 13 Abs. 3 Verunreinigungen nicht beseitigt.
- (2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu 50.000,00 EUR geahndet werden. Die Geldbuße soll den wirtschaftlichen Vorteil, den der Täter aus der Ordnungswidrigkeit gezogen hat, übersteigen. Reicht das satzungsmäßige Höchstmaß hierzu nicht aus, so kann es überschritten werden.
- (3) Das Bundesgesetz über Ordnungswidrigkeiten in der jeweils gültigen Fassung findet Anwendung; zuständige Verwaltungsbehörde im Sinne des § 36 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten ist der Magistrat.

§ 16
In-Kraft-Treten/Außer-Kraft-Treten

Diese Abfallsatzung tritt am 01.01.2015 in Kraft.

Gleichzeitig tritt die Abfallsatzung der Stadt Oberursel (Taunus) vom 05.07.2013 außer Kraft.

Oberursel (Taunus), den 15.10.2014

Der Magistrat

Hans-Georg Brum
Bürgermeister

Öffentlich bekannt gemacht durch Hinweisbekanntmachung in der Taunus Zeitung am 16.10.2014

Abfallsatzung der Stadt Oberursel (Taunus)

Auf Grund der §§ 5, 19, 20, 51 und 93 Abs. 1 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 07.03.2005 (GVBl. I S.142), zuletzt geändert durch Gesetz vom 16.12.2011 (GVBl. I S. 786), § 1 Abs. 6 und § 5 des Hessischen Ausführungsgesetzes zum Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz (HAKA) vom 06.03.2013 (GVBl. I S. 80), und der §§ 1 bis 5 a und 10 des Hessischen Gesetzes über Kommunale Abgaben (HessKAG) in der Fassung vom 24.03.2013 (GVBl. I S. 134), hat die Stadtverordnetenversammlung am 04.07.2013 folgende Satzung beschlossen:

§ 1 Aufgabe

- (1) Die Stadt betreibt die Abfallentsorgung in ihrem Gebiet nach Maßgabe des Kreislaufwirtschaftsgesetzes (KrWG) vom 24.02.2012 (BGBl. I S. 212) und des Hessischen Ausführungsgesetzes zum Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz (HAKA) vom 06.03.2013 in der jeweils geltenden Fassung und dieser Satzung als öffentliche Einrichtung.
- (2) Die Abfallentsorgung der Stadt umfasst das Einsammeln der in ihrem Gebiet angefallenen und überlassenen Abfälle im Hol- und Bringsystem und die Abgabe der eingesammelten Abfälle an den oder die Entsorgungspflichtigen.
- (3) Sofern im Rahmen der Aufgaben zu § 1 Abs. 1 und 2 mit anderen Kommunen Vereinbarungen zur Zusammenarbeit getroffen werden, die über das Gebiet der Stadt Oberursel (Taunus) hinaus gehen, ist es zulässig, die Abfallentsorgung im Rahmen der Vereinbarungen zu betreiben.
- (4) Die Stadt informiert und berät im Rahmen der Erfüllung ihrer Einsammlungspflicht über Möglichkeiten der Vermeidung, Verwertung und Beseitigung von Abfällen.
- (5) Zur Erfüllung ihrer Aufgaben kann sich die Stadt Dritter bedienen.

§ 2 Ausschluss von der Einsammlung

- (1) Der städtischen Abfalleinsammlung unterliegen alle Abfälle, soweit sie nicht nach Maßgabe dieser Satzung von der Einsammlung ausgeschlossen sind.
- (2) Von der Einsammlung ausgeschlossen sind:
 - a) Abfälle zur Beseitigung aus anderen Herkunftsbereichen als privaten Haushaltungen, insbesondere besonders überwachungsbedürftige i. S. des § 41 Abs. 1 KrW-/AbfG, sowie Erdaushub und Bauschutt, soweit diese nicht in den bereitgestellten Abfallgefäßen, Depotcontainern, durch die Abfuhr sperrigen Abfalls oder andere Einsammelnsaktionen nach dieser Satzung durch die Stadt eingesammelt werden können.
 - b) Abfälle nach § 3 Abs. 3 HAKA („Schadstoff-Kleinmengen“),
 - c) Abfälle, die der Rücknahmepflicht aufgrund einer nach § 24 KrW-/AbfG erlassenen Rechtsverordnung unterliegen, soweit entsprechende Rücknahmeeinrichtungen zur Verfügung stehen.

- (3) Die von der Einsammlung ausgeschlossenen Abfälle sind von den Erzeugern und Besitzern dieser Abfälle nach den Vorschriften des KrW-/AbfG und des HAKA zu entsorgen. Insbesondere sind besonders überwachungsbedürftige Abfälle zur Beseitigung dem in der Verordnung nach § 11 Abs. 1 HAKA bestimmten Zentralen Trägern anzudienen. Abfälle nach § 3 Abs. 3 HAKA sind der vom Hochtaunuskreis oder den von ihm beauftragten Dritten durchgeführten Einsammlung zuzuführen und zurückzunehmende Abfälle dem Rücknahmepflichtigen zurückzugeben.

§ 3 Einsammlungssysteme

- (1) Die Stadt führt die Einsammlung von Abfällen im Hol- und Bringsystem durch.
- (2) Beim Holsystem werden die Abfälle am Grundstück des Abfallbesitzers abgeholt.
- (3) Beim Bringsystem hat der Abfallbesitzer die Abfälle zu aufgestellten Sammelgefäßen oder zu sonstigen Annahmestellen zu bringen.

§ 4 Getrennte Einsammlung von Abfällen zur Verwertung und sperrigen Abfällen im Holsystem

- (1) Die Stadt sammelt im Holsystem folgende Abfälle zur Verwertung ein:
- a) Sperrige Abfälle
 - b) Kompostierbare Gartenabfälle
 - c) Altpapier und Kartonagen
- (2) Die in Abs. 1 Buchstabe a) genannten sperrigen Abfälle werden auf Abruf eingesammelt.
- (3) Zur Einsammlung der in Abs. 1 Buchstabe b) genannten Gartenabfälle veranstaltet die Stadt jährlich besondere Abfahren. Die Gartenabfälle sind an den dafür vorgesehenen Abfahrtagen wie sperrige Abfälle gebündelt (max. 1 m lang) vom Abfallbesitzer zur Abfuhr bereitzustellen unter Beachtung der weiteren Regelungen dieser Satzung.
- (4) Die in Abs. 1 Buchstabe c) genannten Abfälle zur Verwertung sind in den dazu bestimmten Gefäßen in den Nenngrößen 120 l, 240 l und 1100 l vom Abfallbesitzer zu sammeln und unter Beachtung der weiteren Regelungen dieser Satzung, insbesondere des § 7, zur Abfuhr bereit zu stellen.
- (5) Als sperrige Abfälle im Sinne des Abs. 1 Buchstabe a) gelten:
Alle in privaten Haushalten anfallenden sperrigen Gegenstände, die wegen ihrer Größe nicht in die Müllgefäße passen und 50 kg nicht überschreiten.

Von der Sperrmüllabfuhr ausgeschlossen sind:

- a) Restmüll (auch in Säcken oder anderen Behältern),
- b) Abfallstoffe aller Art aus Gewerbe- und Industriebetrieben,
- c) Bauschutt, Steine, Erde, Sand, Zement, Baumwurzeln sowie Baumstämme,
- d) Fäkalien, ekelerregende Stoffe und Tierkadaver,
- e) flüssige Stoffe aller Art, z.B. Farbstoffe, Öl usw.,

- f) Säuren, wassergefährdende, ölhaltige, zündfähige, explosive, radioaktive, giftige sowie gasentwickelnde Stoffe,
- g) Autowracks, Maschinen und Teile derselben über 50 kg,
- h) Altreifen,
- i) Ölofen und Öltanks,
- j) Kompostierbare Gartenabfälle,
- k) Zeitungen, Zeitschriften,
- l) Altglas,
- m) Elektro- und Elektronikschrott

§ 5

Getrennte Einsammlung von Abfällen zur Verwertung im Bringsystem

- (1) Die Stadt sammelt im Bringsystem folgende Abfälle zur Verwertung:
 - a) Papier und Kartonage,
 - b) Altglas,
 - c) Aluminium, Weißblech und Schrott,
 - d) Altholz,
 - e) Altöl und ölverschmutzte Betriebsmittel,
 - f) Altreifen,
 - g) Elektro- und Elektronikschrott aus Privathaushalten (z. B. Haushaltsgroßgeräte, Kühlgeräte, Informations- und Telekommunikationsgeräte, Geräte der Unterhaltungselektronik, Gasentladungslampen, Elektrokleingeräte
 - h) Kompostierbare Gartenabfälle,
 - i) Batterien (außer Fahrzeugbatterien),
 - j) Kork,
 - k) Bauschutt/Erdaushub/Baustellenabfälle,
 - l) Disketten und CD-ROMs,
 - m) Textilien,
 - n) Sperrige Abfälle.
- (2) Die Stadt stellt zur Einsammlung der in Abs. 1 b und m genannten Abfälle Sammelbehälter an allgemein zugänglichen Plätzen auf. Die Sammelbehälter tragen Aufschriften zur Kennzeichnung der Abfälle, die jeweils in einen Behälter eingegeben werden dürfen. Andere Abfälle als die so bezeichneten dürfen nicht in diese Sammelbehälter eingegeben werden.
- (3) Die in Abs. 1 a, c – l und n genannten Abfälle sind vom Abfallbesitzer zur Annahmestelle in der Oberurseler Straße 54 (Recyclinghof) zu bringen und dem dort anwesenden Personal zur ordnungsgemäßen Lagerung zu überlassen, wobei die Annahme für die in Abs. 1 a) und n) genannten Abfälle nur auf Ausnahmefälle beschränkt ist.
- (4) Der Magistrat kann - um Belästigungen anderer zu vermeiden - Einfüllzeiten festlegen, zu denen bestimmte Sammelbehälter benutzt werden dürfen. In diesen Fällen werden die Einfüllzeiten auf den davon betroffenen Behältern deutlich lesbar angegeben. Außerhalb dieser Einfüllzeiten dürfen die davon betroffenen Behälter nicht benutzt werden.
- (5) Die Abfallarten und -mengen, die am Recyclinghof angenommen werden, können aus Kapazitäts- und anderen Gründen variieren und deshalb im Einzelfall von der Annahme ausgeschlossen werden.

§ 6

Einsammlung von Abfällen zur Beseitigung (Restmüll)

- (1) Abfälle, die nicht der Verwertung zugeführt werden (Restmüll), werden im Holsystem eingesammelt.
- (2) Der Restmüll ist vom Abfallbesitzer in den dafür vorgesehenen Gefäßen zu sammeln und an den Abfuhrtagen unter Beachtung der weiteren Regelungen in dieser Satzung bereitzustellen.
- (3) Zur Sammlung von Restmüll sind Gefäße mit nachfolgend genannten Nenngrößen zugelassen:
 - a) 60 l,
 - b) 80 l,
 - c) 120 l,
 - d) 240 l,
 - e) 770 l,
 - f) 1.100 l.
- (4) Andere als die von der Stadt bereitgestellten Müllbehälter dürfen nicht benutzt werden. Sie werden von der Ausleerung ausgeschlossen.
- (5) In die Restmüllgefäße dürfen keine Abfälle zur Verwertung eingegeben werden, die nach den §§ 4 und 5 getrennt gesammelt werden. Verstöße gegen diese Bestimmungen berechtigen die Stadt oder die von ihr mit der Abfuhr beauftragten Dritten, die Abfuhr des Restmülls zu verweigern, bis diese Abfälle aus dem Restmüllgefäß entnommen worden sind. Die Ahndungsmöglichkeit als Ordnungswidrigkeit bleibt in diesem Fall unberührt.

§ 7

Abfallgefäße

- (1) Die Gefäße für den Restmüll und für andere Abfälle, die im Holsystem entsorgt werden, stellt die Stadt den Abfallbesitzern leihweise zur Verfügung. Die Anschlusspflichtigen gem. § 10 Abs. 1 haben diese Gefäße pfleglich zu behandeln. Sie haften für schuldhaft Beschädigungen und für Verluste. Der Verlust oder die Beschädigung ist der Stadt unverzüglich vom Anschlusspflichtigen mitzuteilen.
- (2) Die Abfallgefäße dürfen nicht zweckwidrig verwendet werden, insbesondere dürfen sie nur so weit gefüllt werden, dass ihre Deckel sich gut schließen lassen. Einschlämmen und Einstampfen des Inhalts ist nicht gestattet. Die Deckel sind geschlossen zu halten. Eine Verpflichtung der Stadt zur Entleerung eingefrorener und überfüllter Müllgefäße besteht nicht.
- (3) Die Abfallgefäße sind an den öffentlich bekanntgegebenen Abfuhrtagen und -zeiten an gut erreichbarer Stelle an dem zur Fahrbahn liegenden Rand des Gehweges oder - soweit keine Gehwege vorhanden sind - am äußersten Fahrbahnrand für eine gewünschte Entleerung bereitzustellen. Der Straßenverkehr darf nicht oder nicht mehr als notwendig und vertretbar beeinträchtigt werden. Nach erfolgter Leerung der Gefäße sind diese unverzüglich durch den Anschlusspflichtigen oder den von ihm Beauftragten auf das Grundstück zurückzustellen.
- (4) In besonderen Fällen - wenn zum Beispiel Grundstücke nicht von den Abfuhrfahrzeugen angefahren werden können - kann der Magistrat bestimmen,

an welcher Stelle die Abfallgefäße zur Entleerung aufzustellen sind, wobei die betrieblichen Notwendigkeiten der Abfalleinsammlung zu berücksichtigen sind.

- (5) Müllsäcke können ausnahmsweise anstelle von oder zusätzlich zu Restmüllgefäßen zugelassen werden, wenn auf dem anschlusspflichtigen Grundstück nur vorübergehend geringe Restmüllmengen anfallen oder wenn vorübergehend zusätzliche Restmüllmengen anfallen, die in den Abfallgefäßen nicht untergebracht werden können. Die Müllsäcke sind bei den vom Magistrat zu benennenden Stellen zu beziehen.
- (6) Die Zuteilung der Restmüllgefäße auf die anschlusspflichtigen Grundstücke erfolgt durch den Magistrat nach Bedarf, wobei sich der Bedarf an einem Gefäßvolumen von 12 l/Woche und Bewohner orientiert. Bewohner in diesem Sinne ist jeder bei der Gemeinde mit Haupt- oder Nebenwohnsitz gemeldete Einwohner. Auf jedem anschlusspflichtigen Grundstück muss mindestens das kleinste zugelassene Gefäß für den Restmüll vorgehalten werden. Die Stadt ist bei Mehrfamilienhäusern berechtigt, zwei oder mehrere kleine Restmüllgefäße in ein größeres Restmüllgefäß umzutauschen. Auf schriftlichen Antrag ist die gemeinsame Nutzung von Restmüllgefäßen auf zwei benachbarten Grundstücken zuzulassen.
- (7) Für Betriebe und ähnliche Einrichtungen wird das erforderliche Gefäßvolumen für den Restmüll vom Magistrat unter Beachtung der regelmäßig anfallenden Restmüllmengen auf dem jeweiligen Grundstück festgesetzt.
- (8) Für die Einsammlung von Papier und Kartonnage orientiert sich die Erstzuteilung der Abfallgefäße an der Aufstellung der Restmüllgefäße, d.h.:
pro 60 l oder 80 l Restmüllgefäß ein 120 l Abfallgefäß,
pro 120 l oder 240 l Restmüllgefäß ein 240 l Abfallgefäß und
pro 770 l oder 1.100 l Restmüllgefäß ein 1.100 l Abfallgefäß.
- (9) Änderungen im Gefäßbedarf hat der Anschlusspflichtige unverzüglich der Stadt mitzuteilen und auf Verlangen zu begründen.
- (10) Die Abfallgefäße sind sachgemäß und pfleglich zu behandeln und stets in sauberem und gebrauchsfähigem Zustand zu halten. Sind sie stark verschmutzt, müssen die Benutzer diese durch Spülen reinigen. Werden Restmüllgefäße abgemeldet oder umgetauscht, sind sie in gereinigtem Zustand zum Abholen bereitzustellen.

§ 8

Bereitstellung sperriger Abfälle

- (1) Sperrige Abfälle sind an dem von der Stadt dem Grundstückseigentümer mitgeteilten Termin an den Grundstücken zur Einsammlung so bereitzustellen, dass sie ohne Aufwand aufgenommen werden können. Die Regelungen des § 9 Abs. 3 und 4 (für Abfallgefäße) sind zu beachten.
- (2) Die zur Einsammlung bereitgestellten sperrigen Abfälle werden mit der Bereitstellung Eigentum der Stadt. Unbefugten ist es verboten, diese wegzunehmen, zu durchsuchen oder umzulagern.
- (3) Die Absätze 1 und 2 gelten auch für andere Abfälle, die in besonderen, von der Stadt öffentlich bekannt gemachten Einsammelaktionen und -terminen außerhalb von Abfallgefäßen, zum Beispiel gebündelt oder verpackt, zur Einsammlung bereitgestellt werden.

§ 9

Einsammlungstermine/Öffentliche Bekanntmachung

- (1) Der Magistrat bestimmt, wie oft und zu welchem Zeitpunkt der Abfall eingesammelt wird. Die Einsammlungstermine werden regelmäßig in der Taunus-Zeitung und den städtischen Aushangkästen öffentlich bekannt gemacht.
Werden Abfallgefäße nicht rechtzeitig bereitgestellt, so ist die Benutzungsgebühr ebenfalls zu entrichten.
Die Sammelfahrzeuge befahren ab 6.00 Uhr die Abfuhrbezirke.
- (2) Ist der Zeitpunkt der Müllabfuhr aus besonderen Gründen nicht einzuhalten, wird der neue Abfuhrplan nach Möglichkeit öffentlich bekannt gemacht.
- (3) Können die Restmüllgefäße aus einem von der Stadt nicht zu vertretenden Grund nicht entleert werden, so werden diese am nächsten regelmäßigen Abfuhrtag geleert. In Ausnahmefällen werden die Restmüllgefäße nur gegen Zahlung einer Sondergebühr entleert.
- (4) Bei Betriebsstörungen und der Vornahme betriebsnotwendiger Arbeiten steht dem an die Müllbeseitigung Angeschlossenen ein Anspruch auf Ermäßigung der Gebühren oder auf Schadensersatz nicht zu. Dauert die Unterbrechung einen Monat oder länger, wird für diesen Zeitraum keine Gebühr erhoben.
- (5) Die Stadt gibt nach Möglichkeit in ihrem in Abs. 1 genannten Mitteilungsorgan auch die Termine für die Einsammlung von Abfällen nach § 3 Abs. 3 HAKA ("Schadstoff-Kleinstmengen") und anderen Abfällen bekannt, die nicht von ihr, sondern von Dritten zulässigerweise durchgeführt werden.

§ 10

Anschluss- und Benutzungszwang

- (1) Jeder Eigentümer, Erbbauberechtigte, Nießbraucher oder sonst zur Nutzung eines Grundstücks dinglich Berechtigte ist verpflichtet, dieses Grundstück an die im Holsystem betriebene Abfalleinsammlung anzuschließen, wenn dieses Grundstück bewohnt oder gewerblich genutzt wird oder hierauf aus anderen Gründen Abfälle anfallen. Das Grundstück gilt als angeschlossen, wenn das Restmüllgefäß (§ 6 Abs.3) aufgestellt worden ist. Für die privaten Haushalte ist darüber hinaus die Aufstellung der Altpapiertonne erforderlich.
- (2) Als Grundstück im Sinne dieser Satzung gilt ohne Rücksicht auf die Eintragung im Liegenschaftskataster oder im Grundbuch jeder zusammenhängende Grundbesitz (auch Teilgrundstück) desselben Eigentümers, der eine selbständige wirtschaftliche Einheit bildet.
- (3) Der Anschlusspflichtige nach Abs. 1 hat jeden Wechsel unverzüglich der Stadt mitzuteilen; diese Verpflichtung hat auch der neue Anschlusspflichtige.
- (4) Darüber hinaus hat der Anschlusspflichtige der Stadt alle für die Abfallentsorgung erforderlichen sachbezogenen Auskünfte zu erteilen.
- (5) Jeder Abfallerzeuger oder -besitzer ist verpflichtet, seine Abfälle, soweit sie nicht von der städtischen Abfallentsorgung gemäß § 2 Abs. 2 ausgeschlossen sind, der öffentlichen Abfallentsorgung zu überlassen und sich hierbei der angebotenen Systeme (Hol- und Bringsystem) zu bedienen. Dies gilt nicht für

- a) Abfälle aus privaten Haushaltungen, soweit ihre Erzeuger oder Besitzer selbst zu einer Verwertung in der Lage sind und diese beabsichtigen,
- b) Abfälle, die durch gemeinnützige oder gewerbliche Sammlungen einer ordnungsgemäßen und schadlosen Verwertung zugeführt werden,
- c) Abfälle zur Verwertung aus anderen Herkunftsbereichen als privaten Haushaltungen,
- d) Abfälle zur Beseitigung aus anderen Herkunftsbereichen, soweit ihre Erzeuger oder Besitzer diese in eigenen Anlagen beseitigen und keine überwiegenden öffentlichen Interessen eine Überlassung erfordern,
- e) pflanzliche Abfälle, deren Beseitigung gemäß der Verordnung über die Beseitigung von pflanzlichen Abfällen außerhalb von Abfallbeseitigungsanlagen vom 17.03.1975 (GVBl. I S. 174) zugelassen sind.

§ 11 Allgemeine Pflichten

- (1) Den Beauftragten der Stadt ist zur Prüfung, ob und wie die Vorschriften dieser Satzung befolgt werden, ungehinderter Zutritt zu den Grundstücken zu gewähren, auf denen überlassungspflichtige Abfälle anfallen. Ihre Anordnungen sind zu befolgen. Sie haben sich durch einen von der Stadt ausgestellten Dienstausweis auszuweisen.
- (2) Abfälle, die nicht in den satzungsgemäßen Gefäßen oder sonst satzungswidrig zur Abholung bereitgestellt werden, bleiben von der Einsammlung ausgeschlossen. Sie sind zum nächsten Abfuhrtermin unter Beachtung der Vorgaben dieser Satzung zur Einsammlung bereitzustellen.
- (3) Verunreinigungen durch Abfallgefäße, Müllsäcke, bereitgestellte sperrige Abfälle oder sonstige Ursachen im Zusammenhang mit der Abfallentsorgung hat der Verursacher, bzw. Anschlusspflichtige zu beseitigen.
- (4) Im Abfall vorgefundene Wertgegenstände werden als Fundsachen behandelt. Die Stadt ist nicht verpflichtet, im Abfall nach verlorenen Gegenständen suchen zu lassen.

§ 12 Gebühren

- (1) Zur Deckung des Aufwandes, der ihr bei der Wahrnehmung abfallwirtschaftlicher Aufgaben entsteht, erhebt die Stadt Gebühren.
- (2) Gebührenmaßstab ist das jedem anschlusspflichtigen Grundstück gem. § 7 Abs. 6 zur Verfügung stehende Gefäßvolumen für Restmüll.

Es werden bei wöchentlicher Abfuhr folgende monatliche Gebühren erhoben:

60 l-Gefäß:	15,99 EUR,
80 l-Gefäß:	19,91 EUR,
120 l-Gefäß:	27,74 EUR,
240 l-Gefäß:	51,24 EUR,
770 l-Gefäß:	162,97 EUR,
1.100 l-Gefäß:	231,29 EUR.

- (3) Müllsäcke werden zum Stückpreis von 4 EUR/60 l sowie Gartenmüllsäcke zum Stückpreis von 0,50 EUR abgegeben.
- (4) Mit diesen Gebühren sind auch die Aufwendungen der Stadt für die Entsorgung von Abfällen im Rahmen der Sperrmüll- und Grünabfallstraßensammlung, Sondermüllsammlung, Glas- und Papiersammlung im Holsystem abgegolten.
- (5) Gebührenpflichtig ist der Anschlusspflichtige. Mehrere Gebührenpflichtige haften als Gesamtschuldner. Bei einem Wechsel der Anschlusspflicht haften alter und neuer Anschlusspflichtiger bis zum Eingang der Mitteilung nach § 10 Abs. 3 dieser Satzung gemeinsam.
- (6) Der Anschlusspflichtige ist verpflichtet, die gesamten Abfallgebühren, die auf ein Grundstück (wirtschaftliche Einheit) entfallen, zu bezahlen.
- (7) Die Gebühren werden nach vollen Monatsbeiträgen berechnet, die vierteljährlich fällig werden und für Januar bis März spätestens am 15. Februar, für April bis Juni spätestens am 15. Mai, für Juli bis September spätestens am 15. August und für Oktober bis Dezember spätestens am 15. November an die Stadtkasse Oberursel (Taunus) zu zahlen sind.
- (8) Die Gebührenpflicht beginnt mit der Aufstellung und endet mit der Abholung der Müllgefäße. Wird das Müllgefäß vor dem 15. oder am 15. eines Monats aufgestellt oder abgeholt, entsteht oder endet die Gebührenpflicht mit Beginn dieses Monats. Wird das Müllgefäß ab dem 15. eines Monats aufgestellt oder abgeholt, entsteht oder endet die Gebührenpflicht mit dem Beginn des folgenden Monats. Bei Sonderleistungen entsteht die Gebührenpflicht mit dem Beginn der Leistung.
- (9) Stellt die Erhebung der Gebühr im Einzelfall eine besondere Härte dar, so kann der Magistrat sie aus Billigkeitsgründen ganz oder teilweise erlassen.

§ 13 Benutzungsgebühren Recyclinghof

- (1) Die Gebühren für die Benutzung der Container auf dem Recyclinghof werden wie folgt festgesetzt:
 - a) Baustellenabfälle

Eimer oder vergleichbare Größe	1,00 EUR
Schubkarren oder vergleichbare Größe	10,00 EUR
je angefangenem ¼ cbm	30,00 EUR
 - b) Bauschutt mineralisch
unbelastet und aufbereitbar

Eimer oder vergleichbare Größe	1,00 EUR
Schubkarren oder vergleichbare Größe	8,00 EUR
je angefangenem ¼ cbm	25,00 EUR
 - c) Sperrige Abfälle

je angefangenem ¼ cbm	35,00 EUR
Sperrige Abfälle unter ¼ cbm sind kostenfrei	
 - d) Altholz

je angefangenem ¼ cbm	15,00 EUR
Altholz unter ¼ cbm ist kostenfrei	

- | | | |
|----|---|--|
| e) | Grünabfälle
je angefangenem ¼ cbm
Grünabfälle unter 1 cbm sind kostenfrei | 7,50 EUR |
| f) | Altreifen
Pkw-Reifen ohne Felgen (Stück)
Pkw-Reifen mit Felgen (Stück)
Lkw-Reifen ohne Felgen (Stück)
Lkw-Reifen mit Felgen (Stück) | 1,50 EUR
2,50 EUR
12,00 EUR
28,00 EUR |
| g) | Altöl
je angefangenem Liter
Altöl unter 10 Liter ist kostenfrei | 0,20 EUR |
| h) | Altpapier
je angefangenem ¼ cbm
Altpapier unter ¼ cbm ist kostenfrei | 6,00 EUR |
- (2) Gebührenpflichtig ist der Anlieferer. Für Anlieferungen gewerblicher Art im Rahmen der privathaushaltsüblichen Mengen entfallen die Freikontingente. Die Menge wird vom Personal geschätzt. Sperrige Abfälle sollen zerlegt angeliefert werden. Grünabfälle dürfen nicht länger als 1 m sein.
- (3) Für An- und Ummeldungen von Abfallgefäßen wird eine Verwaltungsgebühr von 13,00 EUR erhoben. Eine Meldung im Jahr ist gebührenfrei.

§ 14 Sonderleistungen

- (1) Werden Restmüllgefäße mehr als einmal wöchentlich abgefahren, so vervielfacht sich die Gebühr je Abfuhr und Restmüllgefäß entsprechend, zuzüglich wird eine Sondergebühr (Fahrt- und Personalkosten) von 25,00 EUR je Anfahrtsziel erhoben.
- (2) Werden Restmüllgefäße bei öffentlichen Festen (Brunnenfest, Kerb etc.) zur Verfügung gestellt, so wird je Leerung ein Viertel der monatlichen Gebühr zuzüglich einer einmaligen Transportgebühr von 50,00 EUR erhoben. Diese gilt für den Transport von jeweils bis zu 3 Restmüllgefäßen.

§ 15 Ordnungswidrigkeiten

- (1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig
- a) entgegen den §§ 4 Abs. 4 und 5 Abs. 2 andere als die zugelassenen Abfälle in die Sammelgefäße oder -behälter eingibt,
 - b) entgegen § 6 Abs. 5 Abfälle zur Verwertung nicht in die dafür vorgesehenen Sammelgefäße nach § 5 Abs. 2 sondern in das Restmüllgefäß eingibt,
 - c) entgegen § 7 Abs. 2 Abfallgefäße zweckwidrig verwendet,
 - d) entgegen § 7 Abs. 3 geleerte Restmüllgefäße nicht unverzüglich auf sein Grundstück zurückstellt,
 - e) entgegen § 7 Abs. 9 Änderungen im Bedarf an Müllgefäßen der Gemeinde nicht unverzüglich mitteilt,

- f) entgegen § 8 Abs. 2 zur Einsammlung bereitgestellte sperrige Abfälle unbefugt wegnimmt, durchsucht oder umlagert,
 - g) entgegen § 10 Abs. 1 sein Grundstück nicht an die öffentliche Abfalleinsammlung anschließt,
 - h) entgegen § 10 Abs. 3 den Wechsel im Grundeigentum nicht der Gemeinde mitteilt,
 - i) entgegen § 10 Abs. 5 überlassungspflichtige Abfälle, die er besitzt, nicht der öffentlichen Abfallentsorgung überlässt,
 - j) entgegen § 11 Abs. 1 den Beauftragten der Gemeinde den Zutritt zum Grundstück verwehrt,
 - k) entgegen § 11 Abs. 3 Verunreinigungen nicht beseitigt.
- (2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu 50.000,00 EUR geahndet werden. Die Geldbuße soll den wirtschaftlichen Vorteil, den der Täter aus der Ordnungswidrigkeit gezogen hat, übersteigen. Reicht das satzungsmäßige Höchstmaß hierzu nicht aus, so kann es überschritten werden.
- (3) Das Bundesgesetz über Ordnungswidrigkeiten in der jeweils gültigen Fassung findet Anwendung; zuständige Verwaltungsbehörde im Sinne des § 36 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetztes über Ordnungswidrigkeiten ist der Magistrat.

§ 16

In-Kraft-Treten/Außer-Kraft-Treten

Diese Abfallsatzung tritt am Tag nach der Bekanntmachung in Kraft.

Gleichzeitig tritt die Abfallsatzung der Stadt Oberursel (Taunus) vom 12.12.2008 außer Kraft.

Oberursel (Taunus), den 05.07.2013

Der Magistrat

Hans-Georg Brum
Bürgermeister

Öffentliche Hinweisbekanntmachung in der Taunus Zeitung am 06.07.2013

Abfallsatzung der Stadt Oberursel (Taunus)

Auf Grund der §§ 5, 19, 20, 51 und 93 Abs. 1 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 07.03.2005 (GVBl. I S.142), zuletzt geändert durch Gesetz vom 15.11.2007 (GVBl. I S. 757),

§ 4 Abs. 6 und § 9 des Hessischen Ausführungsgesetzes zum Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz (HAKA) in der Fassung vom 20.07.2004 (GVBl. I S. 252), zuletzt geändert durch Gesetz vom 04.12.2006 (GVBl. I S. 619, 645),

und der §§ 1 bis 5 a und 10 des Hessischen Gesetzes über Kommunale Abgaben (HessKAG) vom 17.03.1970 (GVBl. I S. 225), zuletzt geändert durch Gesetz vom 31.01.2005 (GVBl. I S. 54), hat die Stadtverordnetenversammlung am 11.12.2008 folgende Satzung beschlossen:

§ 1 Aufgabe

- (1) Die Stadt betreibt die Abfallentsorgung in ihrem Gebiet nach Maßgabe des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes (KrW-/AbfG) vom 27.09.1994 (BGBl. I S. 2705) und des Hessischen Ausführungsgesetzes zum Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz (HAKA) vom 23.05.1997 in der jeweils geltenden Fassung und dieser Satzung als öffentliche Einrichtung.
- (2) Die Abfallentsorgung der Stadt umfasst das Einsammeln der in ihrem Gebiet angefallenen und überlassenen Abfälle im Hol- und Bringsystem und die Abgabe der eingesammelten Abfälle an den oder die Entsorgungspflichtigen.
- (3) Sofern im Rahmen der Aufgaben zu § 1 Abs. 1 und 2 mit anderen Kommunen Vereinbarungen zur Zusammenarbeit getroffen werden, die über das Gebiet der Stadt Oberursel (Taunus) hinaus gehen, ist es zulässig, die Abfallentsorgung im Rahmen der Vereinbarungen zu betreiben.
- (4) Die Stadt informiert und berät im Rahmen der Erfüllung ihrer Einsammlungspflicht über Möglichkeiten der Vermeidung, Verwertung und Beseitigung von Abfällen.
- (5) Zur Erfüllung ihrer Aufgaben kann sich die Stadt Dritter bedienen.

§ 2 Ausschluss von der Einsammlung

- (1) Der städtischen Abfalleinsammlung unterliegen alle Abfälle, soweit sie nicht nach Maßgabe dieser Satzung von der Einsammlung ausgeschlossen sind.
- (2) Von der Einsammlung ausgeschlossen sind:
 - a) Abfälle zur Beseitigung aus anderen Herkunftsbereichen als privaten Haushaltungen, insbesondere besonders überwachungsbedürftige i. S. des § 41 Abs. 1 KrW-/AbfG, sowie Erdaushub und Bauschutt, soweit diese nicht in den bereitgestellten Abfallgefäßen, Depotcontainern, durch die Abfuhr sperrigen Abfalls oder andere Einsammelungsaktionen nach dieser Satzung durch die Stadt eingesammelt werden können.

- b) Abfälle nach § 3 Abs. 3 HAKA („Schadstoff-Kleinmengen“),
 - c) Abfälle, die der Rücknahmepflicht aufgrund einer nach § 24 KrW-/AbfG erlassenen Rechtsverordnung unterliegen, soweit entsprechende Rücknahmeeinrichtungen zur Verfügung stehen.
- (3) Die von der Einsammlung ausgeschlossenen Abfälle sind von den Erzeugern und Besitzern dieser Abfälle nach den Vorschriften des KrW-/AbfG und des HAKA zu entsorgen. Insbesondere sind besonders überwachungsbedürftige Abfälle zur Beseitigung dem in der Verordnung nach § 11 Abs. 1 HAKA bestimmten Zentralen Trägern anzudienen. Abfälle nach § 3 Abs. 3 HAKA sind der vom Hochtaunuskreis oder den von ihm beauftragten Dritten durchgeführten Einsammlung zuzuführen und zurückzunehmende Abfälle dem Rücknahmepflichtigen zurückzugeben.

§ 3 Einsammlungssysteme

- (1) Die Stadt führt die Einsammlung von Abfällen im Hol- und Bringsystem durch.
- (2) Beim Holsystem werden die Abfälle am Grundstück des Abfallbesitzers abgeholt.
- (3) Beim Bringsystem hat der Abfallbesitzer die Abfälle zu aufgestellten Sammelgefäßen oder zu sonstigen Annahmestellen zu bringen.

§ 4 Getrennte Einsammlung von Abfällen zur Verwertung und sperrigen Abfällen im Holsystem

- (1) Die Stadt sammelt im Holsystem folgende Abfälle zur Verwertung ein:
 - a) Sperrige Abfälle
 - b) Kompostierbare Gartenabfälle
 - c) Altpapier und Kartonagen
- (2) Die in Abs. 1 Buchstabe a) genannten sperrigen Abfälle werden auf Abruf eingesammelt.
- (3) Zur Einsammlung der in Abs. 1 Buchstabe b) genannten Gartenabfälle veranstaltet die Stadt jährlich besondere Abfahren. Die Gartenabfälle sind an den dafür vorgesehenen Abfahrtagen wie sperrige Abfälle gebündelt (max. 1 m lang) vom Abfallbesitzer zur Abfuhr bereitzustellen unter Beachtung der weiteren Regelungen dieser Satzung.
- (4) Die in Abs. 1 Buchstabe c) genannten Abfälle zur Verwertung sind in den dazu bestimmten Gefäßen in den Nenngrößen 120 l, 240 l und 1100 l vom Abfallbesitzer zu sammeln und unter Beachtung der weiteren Regelungen dieser Satzung, insbesondere des § 7, zur Abfuhr bereit zu stellen.
- (5) Als sperrige Abfälle im Sinne des Abs. 1 Buchstabe a) gelten:
Alle in privaten Haushalten anfallenden sperrigen Gegenstände, die wegen ihrer Größe nicht in die Müllgefäße passen und 50 kg nicht überschreiten.

Von der Sperrmüllabfuhr ausgeschlossen sind:

- a) Restmüll (auch in Säcken oder anderen Behältern),
- b) Abfallstoffe aller Art aus Gewerbe- und Industriebetrieben,
- c) Bauschutt, Steine, Erde, Sand, Zement, Baumwurzeln sowie Baumstämme,
- d) Fäkalien, ekelerregende Stoffe und Tierkadaver,
- e) flüssige Stoffe aller Art, z.B. Farbreste, Öl usw.,
- f) Säuren, wassergefährdende, ölhaltige, zündfähige, explosive, radioaktive, giftige sowie gasentwickelnde Stoffe,
- g) Autowracks, Maschinen und Teile derselben über 50 kg,
- h) Altreifen,
- i) Ölofen und Öltanks,
- j) Kompostierbare Gartenabfälle,
- k) Zeitungen, Zeitschriften,
- l) Altglas,
- m) Elektro- und Elektronikschrott

§ 5

Getrennte Einsammlung von Abfällen zur Verwertung im Bringsystem

- (1) Die Stadt sammelt im Bringsystem folgende Abfälle zur Verwertung:
 - a) Papier und Kartonage,
 - b) Altglas,
 - c) Aluminium, Weißblech und Schrott,
 - d) Altholz,
 - e) Altöl und ölverschmutzte Betriebsmittel,
 - f) Altreifen,
 - g) Elektro- und Elektronikschrott aus Privathaushalten (z. B. Haushaltsgroßgeräte, Kühlgeräte, Informations- und Telekommunikationsgeräte, Geräte der Unterhaltungselektronik, Gasentladungslampen, Elektrokleingeräte
 - h) Kompostierbare Gartenabfälle,
 - i) Batterien (außer Fahrzeugbatterien),
 - j) Kork,
 - k) Bauschutt/Erdaushub/Baustellenabfälle,
 - l) Disketten und CD-ROMs,
 - m) Textilien,
 - n) Sperrige Abfälle.
- (2) Die Stadt stellt zur Einsammlung der in Abs. 1 b genannten Abfälle Sammelbehälter an allgemein zugänglichen Plätzen auf. Die Sammelbehälter tragen Aufschriften zur Kennzeichnung der Glassorten, die jeweils in einen Behälter eingegeben werden dürfen. Andere Abfälle als die so bezeichneten dürfen nicht in diese Sammelbehälter eingegeben werden.
- (3) Die in Abs. 1 a und c bis n genannten Abfälle sind vom Abfallbesitzer zur Annahmestelle in der Oberurseler Straße 54 (Recyclinghof) zu bringen und dem dort anwesenden Personal zur ordnungsgemäßen Lagerung zu überlassen, wobei die Annahme für die in Abs. 1 a) und n) genannten Abfälle nur auf Ausnahmefälle beschränkt ist. Grundsätzlich ist hierfür das Sammelsystem nach § 4 Abs. 1 a) und c) vorgeschrieben. Den Weisungen des Personals ist Folge zu leisten. Die Öffnungszeiten dieser Annahmestelle werden mindestens zweimal jährlich im Mitteilungsorgan der Gemeinde gemäß § 9 Abs. 1 Satz 2 bekanntgegeben.

- (4) Der Magistrat kann - um Belästigungen anderer zu vermeiden - Einfüllzeiten festlegen, zu denen bestimmte Sammelbehälter benutzt werden dürfen. In diesen Fällen werden die Einfüllzeiten auf den davon betroffenen Behältern deutlich lesbar angegeben. Außerhalb dieser Einfüllzeiten dürfen die davon betroffenen Behälter nicht benutzt werden.
- (5) Die Abfallarten und -mengen, die am Recyclinghof angenommen werden, können aus Kapazitäts- und anderen Gründen variieren und deshalb im Einzelfall von der Annahme ausgeschlossen werden.

§ 6

Einsammlung von Abfällen zur Beseitigung (Restmüll)

- (1) Abfälle, die nicht der Verwertung zugeführt werden (Restmüll), werden im Holsystem eingesammelt.
- (2) Der Restmüll ist vom Abfallbesitzer in den dafür vorgesehenen Gefäßen zu sammeln und an den Abfuhrtagen unter Beachtung der weiteren Regelungen in dieser Satzung bereitzustellen.
- (3) Zur Sammlung von Restmüll sind Gefäße mit nachfolgend genannten Nenngrößen zugelassen:
 - a) 60 l,
 - b) 80 l,
 - c) 120 l,
 - d) 240 l,
 - e) 770 l,
 - f) 1.100 l.
- (4) Andere als die von der Stadt bereitgestellten Müllbehälter dürfen nicht benutzt werden. Sie werden von der Ausleerung ausgeschlossen.
- (5) In die Restmüllgefäße dürfen keine Abfälle zur Verwertung eingegeben werden, die nach den §§ 4 und 5 getrennt gesammelt werden. Verstöße gegen diese Bestimmungen berechtigen die Stadt oder die von ihr mit der Abfuhr beauftragten Dritten, die Abfuhr des Restmülls zu verweigern, bis diese Abfälle aus dem Restmüllgefäß entnommen worden sind. Die Ahnungsmöglichkeit als Ordnungswidrigkeit bleibt in diesem Fall unberührt.

§ 7

Abfallgefäße

- (1) Die Gefäße für den Restmüll und für andere Abfälle, die im Holsystem entsorgt werden, stellt die Stadt den Abfallbesitzern leihweise zur Verfügung. Die Anschlusspflichtigen gem. § 10 Abs. 1 haben diese Gefäße pfleglich zu behandeln. Sie haften für schuldhaft Beschädigungen und für Verluste. Der Verlust oder die Beschädigung ist der Stadt unverzüglich vom Anschlusspflichtigen mitzuteilen.

- (2) Die Abfallgefäße dürfen nicht zweckwidrig verwendet werden, insbesondere dürfen sie nur so weit gefüllt werden, dass ihre Deckel sich gut schließen lassen. Einschlänmen und Einstampfen des Inhalts ist nicht gestattet. Die Deckel sind geschlossen zu halten. Eine Verpflichtung der Stadt zur Entleerung eingefrorener und überfüllter Müllgefäße besteht nicht.
- (3) Die Abfallgefäße sind an den öffentlich bekanntgegebenen Abfuhrtagen und -zeiten an gut erreichbarer Stelle an dem zur Fahrbahn liegenden Rand des Gehweges oder - soweit keine Gehwege vorhanden sind - am äußersten Fahrbahnrand für eine gewünschte Entleerung bereitzustellen. Der Straßenverkehr darf nicht oder nicht mehr als notwendig und vertretbar beeinträchtigt werden. Nach erfolgter Leerung der Gefäße sind diese unverzüglich durch den Anschlusspflichtigen oder den von ihm Beauftragten auf das Grundstück zurückzustellen.
- (4) In besonderen Fällen - wenn zum Beispiel Grundstücke nicht von den Abfuhrfahrzeugen angefahren werden können - kann der Magistrat bestimmen, an welcher Stelle die Abfallgefäße zur Entleerung aufzustellen sind, wobei die betrieblichen Notwendigkeiten der Abfalleinsammlung zu berücksichtigen sind.
- (5) Müllsäcke können ausnahmsweise anstelle von oder zusätzlich zu Restmüllgefäßen zugelassen werden, wenn auf dem anschlusspflichtigen Grundstück nur vorübergehend geringe Restmüllmengen anfallen oder wenn vorübergehend zusätzliche Restmüllmengen anfallen, die in den Abfallgefäßen nicht untergebracht werden können. Die Müllsäcke sind bei den vom Magistrat zu benennenden Stellen zu beziehen.
- (6) Die Zuteilung der Restmüllgefäße auf die anschlusspflichtigen Grundstücke erfolgt durch den Magistrat nach Bedarf, wobei sich der Bedarf an einem Gefäßvolumen von 12 l/Woche und Bewohner orientiert. Bewohner in diesem Sinne ist jeder bei der Gemeinde mit Haupt- oder Nebenwohnsitz gemeldete Einwohner. Auf jedem anschlusspflichtigen Grundstück muss mindestens das kleinste zugelassene Gefäß für den Restmüll vorgehalten werden. Die Stadt ist bei Mehrfamilienhäusern berechtigt, zwei oder mehrere kleine Restmüllgefäße in ein größeres Restmüllgefäß umzutauschen. Auf schriftlichen Antrag ist die gemeinsame Nutzung von Restmüllgefäßen auf zwei benachbarten Grundstücken zuzulassen.
- (7) Für Betriebe und ähnliche Einrichtungen wird das erforderliche Gefäßvolumen für den Restmüll vom Magistrat unter Beachtung der regelmäßig anfallenden Restmüllmengen auf dem jeweiligen Grundstück festgesetzt.
- (8) Für die Einsammlung von Papier und Kartonage orientiert sich die Erstzuteilung der Abfallgefäße an der Aufstellung der Restmüllgefäße, d.h.:
pro 60 l oder 80 l Restmüllgefäß ein 120 l Abfallgefäß,
pro 120 l oder 240 l Restmüllgefäß ein 240 l Abfallgefäß und
pro 770 l oder 1.100 l Restmüllgefäß ein 1.100 l Abfallgefäß.
- (9) Änderungen im Gefäßbedarf hat der Anschlusspflichtige unverzüglich der Stadt mitzuteilen und auf Verlangen zu begründen.

- (10) Die Abfallgefäße sind sachgemäß und pfleglich zu behandeln und stets in sauberem und gebrauchsfähigem Zustand zu halten. Sind sie stark verschmutzt, müssen die Benutzer diese durch Spülen reinigen. Werden Restmüllgefäße abgemeldet oder umgetauscht, sind sie in gereinigtem Zustand zum Abholen bereitzustellen.

§ 8

Bereitstellung sperriger Abfälle

- (1) Sperrige Abfälle sind an dem von der Stadt dem Grundstückseigentümer mitgeteilten Termin an den Grundstücken zur Einsammlung so bereitzustellen, dass sie ohne Aufwand aufgenommen werden können. Die Regelungen des § 9 Abs. 3 und 4 (für Abfallgefäße) sind zu beachten.
- (2) Die zur Einsammlung bereitgestellten sperrigen Abfälle werden mit der Bereitstellung Eigentum der Stadt. Unbefugten ist es verboten, diese wegzunehmen, zu durchsuchen oder umzulagern.
- (3) Die Absätze 1 und 2 gelten auch für andere Abfälle, die in besonderen, von der Stadt öffentlich bekannt gemachten Einsammelungsaktionen und -terminen außerhalb von Abfallgefäßen, zum Beispiel gebündelt oder verpackt, zur Einsammlung bereitgestellt werden.

§ 9

Einsammlungstermine/Öffentliche Bekanntmachung

- (1) Der Magistrat bestimmt, wie oft und zu welchem Zeitpunkt der Abfall eingesammelt wird. Die Einsammlungstermine werden regelmäßig in der Taunus-Zeitung und den städtischen Aushangkästen öffentlich bekannt gemacht.
Werden Abfallgefäße nicht rechtzeitig bereitgestellt, so ist die Benutzungsgebühr ebenfalls zu entrichten.
Die Sammelfahrzeuge befahren ab 6.00 Uhr die Abfuhrbezirke.
- (2) Ist der Zeitpunkt der Müllabfuhr aus besonderen Gründen nicht einzuhalten, wird der neue Abfuhrplan nach Möglichkeit öffentlich bekannt gemacht.
- (3) Können die Restmüllgefäße aus einem von der Stadt nicht zu vertretenden Grund nicht entleert werden, so werden diese am nächsten regelmäßigen Abfuhrtag geleert. In Ausnahmefällen werden die Restmüllgefäße nur gegen Zahlung einer Sondergebühr entleert.
- (4) Bei Betriebsstörungen und der Vornahme betriebsnotwendiger Arbeiten steht dem an die Müllbeseitigung Angeschlossenen ein Anspruch auf Ermäßigung der Gebühren oder auf Schadensersatz nicht zu. Dauert die Unterbrechung einen Monat oder länger, wird für diesen Zeitraum keine Gebühr erhoben.
- (5) Die Stadt gibt nach Möglichkeit in ihrem in Abs. 1 genannten Mitteilungsorgan auch die Termine für die Einsammlung von Abfällen nach § 3 Abs. 3 HAKA ("Schadstoff-Kleinmengen") und anderen Abfällen bekannt, die nicht von ihr, sondern von Dritten zulässigerweise durchgeführt werden.

§ 10

Anschluss- und Benutzungszwang

- (1) Jeder Eigentümer, Erbbauberechtigte, Nießbraucher oder sonst zur Nutzung eines Grundstücks dinglich Berechtigte ist verpflichtet, dieses Grundstück an die im Holsystem betriebene Abfalleinsammlung anzuschließen, wenn dieses Grundstück bewohnt oder gewerblich genutzt wird oder hierauf aus anderen Gründen Abfälle anfallen. Das Grundstück gilt als angeschlossen, wenn das Restmüllgefäß (§ 6 Abs.3) aufgestellt worden ist. Für die privaten Haushalte ist darüber hinaus die Aufstellung der Altpapiertonne erforderlich.
- (2) Als Grundstück im Sinne dieser Satzung gilt ohne Rücksicht auf die Eintragung im Liegenschaftskataster oder im Grundbuch jeder zusammenhängende Grundbesitz (auch Teilgrundstück) desselben Eigentümers, der eine selbständige wirtschaftliche Einheit bildet.
- (3) Der Anschlusspflichtige nach Abs. 1 hat jeden Wechsel unverzüglich der Stadt mitzuteilen; diese Verpflichtung hat auch der neue Anschlusspflichtige.
- (4) Darüber hinaus hat der Anschlusspflichtige der Stadt alle für die Abfallentsorgung erforderlichen sachbezogenen Auskünfte zu erteilen.
- (5) Jeder Abfallerzeuger oder -besitzer ist verpflichtet, seine Abfälle, soweit sie nicht von der städtischen Abfallentsorgung gemäß § 2 Abs. 2 ausgeschlossen sind, der öffentlichen Abfallentsorgung zu überlassen und sich hierbei der angebotenen Systeme (Hol- und Bringsystem) zu bedienen. Dies gilt nicht für
 - a) Abfälle aus privaten Haushaltungen, soweit ihre Erzeuger oder Besitzer selbst zu einer Verwertung in der Lage sind und diese beabsichtigen,
 - b) Abfälle, die durch gemeinnützige oder gewerbliche Sammlungen einer ordnungsgemäßen und schadlosen Verwertung zugeführt werden,
 - c) Abfälle zur Verwertung aus anderen Herkunftsbereichen als privaten Haushaltungen,
 - d) Abfälle zur Beseitigung aus anderen Herkunftsbereichen, soweit ihre Erzeuger oder Besitzer diese in eigenen Anlagen beseitigen und keine überwiegenden öffentlichen Interessen eine Überlassung erfordern,
 - e) pflanzliche Abfälle, deren Beseitigung gemäß der Verordnung über die Beseitigung von pflanzlichen Abfällen außerhalb von Abfallbeseitigungsanlagen vom 17.03.1975 (GVBl. I S. 174) zugelassen sind.

§ 11

Allgemeine Pflichten

- (1) Den Beauftragten der Stadt ist zur Prüfung, ob und wie die Vorschriften dieser Satzung befolgt werden, ungehinderter Zutritt zu den Grundstücken zu gewähren, auf denen überlassungspflichtige Abfälle anfallen. Ihre Anordnungen sind zu befolgen. Sie haben sich durch einen von der Stadt ausgestellten Dienstausweis auszuweisen.

- (2) Abfälle, die nicht in den satzungsgemäßen Gefäßen oder sonst satzungswidrig zur Abholung bereitgestellt werden, bleiben von der Einsammlung ausgeschlossen. Sie sind zum nächsten Abfuhrtermin unter Beachtung der Vorgaben dieser Satzung zur Einsammlung bereitzustellen.
- (3) Verunreinigungen durch Abfallgefäße, Müllsäcke, bereitgestellte sperrige Abfälle oder sonstige Ursachen im Zusammenhang mit der Abfallentsorgung hat der Verursacher, bzw. Anschlusspflichtige zu beseitigen.
- (4) Im Abfall vorgefundene Wertgegenstände werden als Fundsachen behandelt. Die Stadt ist nicht verpflichtet, im Abfall nach verlorenen Gegenständen suchen zu lassen.

§ 12 Gebühren

- (1) Zur Deckung des Aufwandes, der ihr bei der Wahrnehmung abfallwirtschaftlicher Aufgaben entsteht, erhebt die Stadt Gebühren.
- (2) Gebührenmaßstab ist das jedem anschlusspflichtigen Grundstück gem. § 7 Abs. 6 zur Verfügung stehende Gefäßvolumen für Restmüll.

Es werden bei wöchentlicher Abfuhr folgende monatliche Gebühren erhoben:

60 l-Gefäß:	15,99 EUR,
80 l-Gefäß:	19,91 EUR,
120 l-Gefäß:	27,74 EUR,
240 l-Gefäß:	51,24 EUR,
770 l-Gefäß:	162,97 EUR,
1.100 l-Gefäß:	231,29 EUR.

- (3) Müllsäcke werden zum Stückpreis von 4 EUR/60 l sowie Gartenmüllsäcke zum Stückpreis von 0,50 EUR abgegeben.
- (4) Mit diesen Gebühren sind auch die Aufwendungen der Stadt für die Entsorgung von Abfällen im Rahmen der Sperrmüll- und Grünabfallstraßensammlung, Sondermüllsammlung, Glas- und Papiersammlung im Holsystem abgegolten.
- (5) Gebührenpflichtig ist der Anschlusspflichtige. Mehrere Gebührenpflichtige haften als Gesamtschuldner. Bei einem Wechsel der Anschlusspflicht haften alter und neuer Anschlusspflichtiger bis zum Eingang der Mitteilung nach § 10 Abs. 3 dieser Satzung gemeinsam.
- (6) Der Anschlusspflichtige ist verpflichtet, die gesamten Abfallgebühren, die auf ein Grundstück (wirtschaftliche Einheit) entfallen, zu bezahlen.
- (7) Die Gebühren werden nach vollen Monatsbeiträgen berechnet, die vierteljährlich fällig werden und für Januar bis März spätestens am 15. Februar, für April bis Juni spätestens am 15. Mai, für Juli bis September spätestens am 15. August und für Oktober bis Dezember spätestens am 15. November an die Stadtkasse Oberursel (Taunus) zu zahlen sind.

- (8) Die Gebührenpflicht beginnt mit der Aufstellung und endet mit der Abholung der Müllgefäße. Wird das Müllgefäß vor dem 15. oder am 15. eines Monats aufgestellt oder abgeholt, entsteht oder endet die Gebührenpflicht mit Beginn dieses Monats. Wird das Müllgefäß ab dem 15. eines Monats aufgestellt oder abgeholt, entsteht oder endet die Gebührenpflicht mit dem Beginn des folgenden Monats. Bei Sonderleistungen entsteht die Gebührenpflicht mit dem Beginn der Leistung.
- (9) Stellt die Erhebung der Gebühr im Einzelfall eine besondere Härte dar, so kann der Magistrat sie aus Billigkeitsgründen ganz oder teilweise erlassen.

§ 13 Benutzungsgebühren Recyclinghof

- (1) Die Gebühren für die Benutzung der Container auf dem Recyclinghof werden wie folgt festgesetzt:
- | | | |
|----|--|-----------|
| a) | Baustellenabfälle | |
| | Eimer oder vergleichbare Größe | 1,00 EUR |
| | Schubkarren oder vergleichbare Größe | 10,00 EUR |
| | je angefangenem ¼ cbm | 30,00 EUR |
| b) | Bauschutt mineralisch
unbelastet und aufbereitbar | |
| | Eimer oder vergleichbare Größe | 1,00 EUR |
| | Schubkarren oder vergleichbare Größe | 8,00 EUR |
| | je angefangenem ¼ cbm | 25,00 EUR |
| c) | Sperrige Abfälle | |
| | je angefangenem ¼ cbm | 35,00 EUR |
| | Sperrige Abfälle unter ¼ cbm sind kostenfrei | |
| d) | Altholz | |
| | je angefangenem ¼ cbm | 15,00 EUR |
| | Altholz unter ¼ cbm ist kostenfrei | |
| e) | Grünabfälle | |
| | je angefangenem ¼ cbm | 7,50 EUR |
| | Grünabfälle unter 1 cbm sind kostenfrei | |
| f) | Altreifen | |
| | Pkw-Reifen ohne Felgen (Stück) | 1,50 EUR |
| | Pkw-Reifen mit Felgen (Stück) | 2,50 EUR |
| | Lkw-Reifen ohne Felgen (Stück) | 12,00 EUR |
| | Lkw-Reifen mit Felgen (Stück) | 28,00 EUR |
| g) | Altöl | |
| | je angefangenem Liter | 0,20 EUR |
| | Altöl unter 10 Liter ist kostenfrei | |
| h) | Altpapier | |
| | je angefangenem ¼ cbm | 6,00 EUR |
| | Altpapier unter ¼ cbm ist kostenfrei | |

30.10

- (2) Gebührenpflichtig ist der Anlieferer. Für Anlieferungen gewerblicher Art im Rahmen der privathaushaltsüblichen Mengen entfallen die Freikontingente. Die Menge wird vom Personal geschätzt. Sperrige Abfälle sollen zerlegt angeliefert werden. Grünabfälle dürfen nicht länger als 1 m sein.
- (3) Für An- und Ummeldungen von Abfallgefäßen wird eine Verwaltungsgebühr von 13,00 EUR erhoben. Eine Meldung im Jahr ist gebührenfrei.

§ 14 Sonderleistungen

- (1) Werden Restmüllgefäße mehr als einmal wöchentlich abgefahren, so vervielfacht sich die Gebühr je Abfuhr und Restmüllgefäß entsprechend, zuzüglich wird eine Sondergebühr (Fahrt- und Personalkosten) von 25,00 EUR je Anfahrtsziel erhoben.
- (2) Werden Restmüllgefäße bei öffentlichen Festen (Brunnenfest, Kerb etc.) zur Verfügung gestellt, so wird je Leerung ein Viertel der monatlichen Gebühr zuzüglich einer einmaligen Transportgebühr von 50,00 EUR erhoben. Diese gilt für den Transport von jeweils bis zu 3 Restmüllgefäßen.

§ 15 Ordnungswidrigkeiten

- (1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig
 - a) entgegen den §§ 4 Abs. 4 und 5 Abs. 2 andere als die zugelassenen Abfälle in die Sammelgefäße oder -behälter eingibt,
 - b) entgegen § 6 Abs. 5 Abfälle zur Verwertung nicht in die dafür vorgesehenen Sammelgefäße nach § 5 Abs. 2 sondern in das Restmüllgefäß eingibt,
 - c) entgegen § 7 Abs. 2 Abfallgefäße zweckwidrig verwendet,
 - d) entgegen § 7 Abs. 3 geleerte Restmüllgefäße nicht unverzüglich auf sein Grundstück zurückstellt,
 - e) entgegen § 7 Abs. 9 Änderungen im Bedarf an Müllgefäßen der Gemeinde nicht unverzüglich mitteilt,
 - f) entgegen § 8 Abs. 2 zur Einsammlung bereitgestellte sperrige Abfälle unbefugt wegnimmt, durchsucht oder umlagert,
 - g) entgegen § 10 Abs. 1 sein Grundstück nicht an die öffentliche Abfalleinsammlung anschließt,
 - h) entgegen § 10 Abs. 3 den Wechsel im Grundeigentum nicht der Gemeinde mitteilt,
 - i) entgegen § 10 Abs. 5 überlassungspflichtige Abfälle, die er besitzt, nicht der öffentlichen Abfallentsorgung überlässt,

- j) entgegen § 11 Abs. 1 den Beauftragten der Gemeinde den Zutritt zum Grundstück verwehrt,
 - k) entgegen § 11 Abs. 3 Verunreinigungen nicht beseitigt.
- (2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu 50.000,00 EUR geahndet werden. Die Geldbuße soll den wirtschaftlichen Vorteil, den der Täter aus der Ordnungswidrigkeit gezogen hat, übersteigen. Reicht das satzungsmäßige Höchstmaß hierzu nicht aus, so kann es überschritten werden.
- (3) Das Bundesgesetz über Ordnungswidrigkeiten in der jeweils gültigen Fassung findet Anwendung; zuständige Verwaltungsbehörde im Sinne des § 36 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten ist der Magistrat.

§ 16

In-Kraft-Treten/Außer-Kraft-Treten

Diese Abfallsatzung tritt am 01.01.2009 in Kraft.

Gleichzeitig tritt die Abfallsatzung der Stadt Oberursel (Taunus) vom 16.11.2007, zuletzt geändert am 20.06.2008, außer Kraft.

Oberursel (Taunus), den 12.12.2008

Der Magistrat

Hans-Georg Brum
Bürgermeister

Öffentlich bekannt gemacht in der Taunus Zeitung am 16.12.2008

Abfallsatzung der Stadt Oberursel (Taunus)

Aufgrund der §§ 5, 51 der Hessischen Gemeindeordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. März 2005 (GVBl. I S. 142), zuletzt geändert durch Gesetz vom 21. Juni 2018 (GVBl. S. 291), des § 20 Abs. 1 des Kreislaufwirtschaftsgesetzes vom 20. Februar 2012 (BGBl. I S. 212), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20. Juli 2017 (BGBl. I S. 2808), in Verbindung mit § 1 Abs. 6 und § 7 Abs. 3 des Hessischen Ausführungsgesetzes zum Kreislaufwirtschaftsgesetz vom 6. März 2013 (GVBl. S. 80), zuletzt geändert durch Gesetz vom 3. Mai 2018 (GVBl. S. 82), des § 37 des Hessischen Straßengesetzes in der Fassung vom 8. Juni 2003 (GVBl. I S. 166), zuletzt geändert durch Gesetz vom 28. Mai 2018 (GVBl. S. 198), hat die Stadtverordnetenversammlung am 23.05.2019 folgende Satzung beschlossen:

§ 1 Aufgabe

- (1) Die Stadt betreibt die Abfallentsorgung in ihrem Gebiet nach Maßgabe des Kreislaufwirtschaftsgesetzes (KrWG) und des Hessischen Ausführungsgesetzes zum Kreislaufwirtschaftsgesetz (HAKrWG) in der jeweils geltenden Fassung und dieser Satzung als öffentliche Einrichtung.
- (2) Die Abfallentsorgung der Stadt umfasst das Einsammeln der in ihrem Gebiet angefallenen und überlassenen Abfälle im Hol- und Bringsystem und die Abgabe der eingesammelten Abfälle an den oder die Entsorgungspflichtigen.
- (3) Sofern im Rahmen der Aufgaben nach Abs. 1 und 2 mit anderen Kommunen Vereinbarungen zur Zusammenarbeit getroffen werden, die über das Gebiet der Stadt Oberursel (Taunus) hinausgehen, ist es zulässig, die Abfallentsorgung im Rahmen der Vereinbarungen zu betreiben.
- (4) Die Stadt informiert und berät im Rahmen der Erfüllung ihrer Einsammlungspflicht über Möglichkeiten der Vermeidung, Verwertung und Beseitigung von Abfällen. Diese Abfallberatung i.S.v. § 46 KrWG zählt ebenfalls zur öffentlichen Einrichtung.
- (5) Bei Veranstaltungen in öffentlichen Einrichtungen und auf Grundstücken der Stadt einschließlich öffentlicher Verkehrsflächen sind die Veranstalter verpflichtet, anstelle von Einweg-Plastikgeschirr und Einweg-Plastikgefäßen entweder Mehrweigerzeugnisse zu verwenden oder, wenn das aus organisatorischen oder wirtschaftlichen Gründen nicht möglich ist, alternative Einwegprodukte aus Pappe, anderen organischen Materialien wie Zellulose oder Holz oder solche, die verzehrbar sind, einzusetzen.
- (6) Zur Erfüllung ihrer Aufgaben kann sich die Stadt Dritter bedienen.

§ 2 Begriffsbestimmungen

- (1) Anschlusspflichtiger ist jeder Eigentümer, Erbbauberechtigte, Nießbraucher oder sonst zur Nutzung eines Grundstücks dinglich Berechtigte.
- (2) Benutzungspflichtiger ist jeder Anschlusspflichtige und sonstige Abfallerzeuger oder –besitzer.

- (3) Bewohner ist jeder beim Einwohnermeldeamt mit Haupt- oder Nebenwohnsitz gemeldete Einwohner.
- (4) Als Grundstück im Sinne dieser Satzung gilt ohne Rücksicht auf die Eintragung im Liegenschaftskataster oder im Grundbuch jeder zusammenhängende Grundbesitz (auch Teilgrundstücke) desselben Anschlusspflichtigen, der eine selbständige wirtschaftliche Einheit bildet.
- (5) Bioabfälle im Sinne dieser Satzung sind pflanzliche Küchenabfälle (z.B. Gemüse-, Obst- und Blumenabfall), Fette und tierische Erzeugnisse (z.B. Wurst, Fleisch, Gräten, Knochen), soweit diese nicht unter die Vorschriften zur Tierkörperbeseitigung fallen, Speisereste sowie haushaltsübliche Mengen von Gartenabfällen (z.B. Laub, Gras, Unkraut, Baum- und Strauchschnitt). Keine Bioabfälle im Sinne dieser Satzung sind Küchen- und Speiseabfälle aus anderen Herkunftsbereichen als privaten Haushaltungen sowie Erdaushub. Ebenfalls keine Bioabfälle sind Biokunststoffe, auch wenn sie als biologisch abbaubar gekennzeichnet sind.
- (6) Kompostierbare Gartenabfälle sind biologisch abbaubare pflanzliche Abfälle, die typischerweise im Garten anfallen (z.B. Laub, Gras, Unkraut, Baum- und Strauchschnitt).
- (7) Sperrige Abfälle sind alle sperrigen Gegenstände, die wegen ihrer Größe, auch nach einer zumutbaren Zerkleinerung, nicht in die Abfallgefäße passen, wie Möbelstücke, Matratzen und Ähnliches. Die sperrigen Gegenstände dürfen ein Gewicht von 50 kg und die Maße von 2 m x 1 m x 1 m nicht überschreiten. Von der Sperrmüllabfuhr ausgeschlossen sind:
 - a) Restabfall, der nach zumutbarer Zerkleinerung in die Abfallgefäße passt,
 - b) Bauschutt, Steine, Erde, Sand, Zement, Baumwurzeln, Baumstümpfe sowie Baumstämme,
 - c) Baustellenabfälle, A4 Holz, sowie fest verbaute Bestandteile des Hauses, wie z.B. Fenster, Türen, Bodenbeläge, Sanitäreinrichtungen, usw.,
 - d) Fäkalien, ekelerregende Stoffe und Tierkadaver,
 - e) flüssige Stoffe aller Art, z.B. Farbreste, Öl usw.,
 - f) gefährliche Abfälle wie Säuren, wassergefährdende, ölhaltige, zündfähige, explosive, radioaktive, giftige sowie gasentwickelnde Stoffe,
 - g) Autowracks, Maschinen und Teile derselben über 50 kg,
 - h) Altreifen,
 - i) Ölöfen und Öltanks,
 - j) kompostierbare Gartenabfälle,
 - k) Zeitungen, Zeitschriften, Kartonagen,
 - l) Altglas, Glasplatten, Spiegel, Fensterglas, Schranktüren mit Glasscheiben,
 - m) Elektro- und Elektronikschrott,
 - n) Säcke oder Kartons mit Kleinteilen, Altkleidern, usw.

§ 3

Ausschluss von der Einsammlung

- (1) Der städtischen Abfalleinsammlung unterliegen alle Abfälle, soweit sie nicht nach Maßgabe dieser Satzung von der Einsammlung ausgeschlossen sind.
- (2) Von der Einsammlung ausgeschlossen sind:

- a) Abfälle zur Beseitigung aus anderen Herkunftsbereichen als privaten Haushaltungen, soweit diese nicht in den bereitgestellten Abfallgefäßen, Depotcontainern, durch die Abfuhr sperrigen Abfalls oder andere Einsammelaktionen nach dieser Satzung durch die Stadt eingesammelt, befördert oder beseitigt werden können oder die Sicherheit der umweltverträglichen Beseitigung im Einklang mit dem Abfallwirtschaftsplan des Landes durch einen anderen öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger oder Dritten gewährleistet ist. Hierzu zählen insbesondere gefährliche Abfälle i.S.d. § 3 Abs. 5 KrWG und Erdaushub und Bauschutt,
 - b) Kleinmengen gefährlicher Abfälle (§ 1 Abs. 4 HAKrWG), die vom Entsorgungspflichtigen (Landkreis) eingesammelt werden und diesem zu überlassen sind,
 - c) Abfälle, die aufgrund eines Gesetzes oder einer Verordnung nach § 25 KrWG einer Rücknahmepflicht unterliegen, soweit entsprechende Rücknahmeeinrichtungen tatsächlich zur Verfügung stehen, und bei denen die Stadt nicht durch Erfassung als ihr übertragene Aufgabe bei der Rücknahme mitwirkt.
- (3) Die von der Einsammlung ausgeschlossenen Abfälle sind von den Erzeugern und Besitzern dieser Abfälle zum Zwecke der Entsorgung entsprechend der Abfallsatzung des Hochtaunuskreises in der jeweils aktuellen Fassung zu der vom Landkreis angegebenen Sammelstelle, Behandlungsanlage oder Abfallentsorgungsanlage zu befördern oder befördern zu lassen. Soweit der Landkreis die Entsorgung dieser Abfälle ebenfalls ausgeschlossen hat, sind diese Abfälle zum Zwecke der Entsorgung zu einer sonstigen dafür zugelassenen Abfallentsorgungsanlage zu befördern bzw. befördern zu lassen. Abfälle, die einer Rücknahmepflicht aufgrund eines Gesetzes oder einer Verordnung nach § 25 KrWG unterliegen, sind dem Rücknahmepflichtigen zu überlassen.

§ 4 Einsammlungssysteme

- (1) Die Stadt führt die Einsammlung von Abfällen im Hol- und Bringsystem durch.
- (2) Beim Holsystem werden die Abfälle am Grundstück des Abfallbesitzers abgeholt.
- (3) Beim Bringsystem hat der Abfallbesitzer die Abfälle zu aufgestellten Sammelgefäßen oder zu sonstigen Annahmestellen zu bringen.

§ 5 Getrennte Einsammlung von Abfällen zur Verwertung und sperriger Abfälle im Holsystem

- (1) Die Stadt sammelt im Holsystem folgende Abfälle ein:
 - a) sperrige Abfälle,
 - b) kompostierbare Gartenabfälle,
 - c) Papier, Pappe und Kartonagen,
 - d) Bioabfälle.

- (2) Die in Abs. 1 Buchstabe a) genannten sperrigen Abfälle werden auf Abruf eingesammelt. Pro Haushalt sind maximal vier Abholungen im Kalenderjahr mit einem Gesamtvolumen von 3 m³ pro Abholung zulässig.
- (3) Zur Einsammlung der in Abs. 1 Buchstabe b) genannten Gartenabfälle veranstaltet die Stadt jährlich besondere Abfahren. Die Gartenabfälle (max. Länge: 1 m, max. Durchmesser: 0,1 m) sind an den dafür vorgesehenen Abfahrtagen gebündelt oder in verrottbarem Material verpackt (z.B. Jute-, Papiersack) vom Abfallbesitzer zur Abfuhr bereitzustellen. Ausgenommen sind Baumstümpfe oder Wurzelballen sowie Erdaushub. Die Abfuhr erfolgt in der Regel zweimal im Jahr. Zusätzlich wird Anfang des Jahres eine Weihnachtsbaumsammlung durchgeführt. Die Regelungen des § 9 Abs. 1 und 2 gelten entsprechend.“
- (4) Die in Abs. 1 Buchstabe c) genannten Abfälle zur Verwertung sind in den dazu bestimmten Gefäßen in den Nenngrößen 120 l, 240 l und 1100 l vom Abfallbesitzer zu sammeln und unter Beachtung der weiteren Regelungen dieser Satzung, insbesondere des § 8, zur Abfuhr bereitzustellen. Die Abfuhr erfolgt alle vier Wochen.
- (5) Die in Abs. 1 Buchstabe d) genannten Abfälle zur Verwertung sind in den dazu bestimmten Gefäßen in den Nenngrößen 120 l und 240 l vom Abfallbesitzer zu sammeln und unter Beachtung der weiteren Regelungen der Satzung, insbesondere des § 8, zur Abfuhr bereitzustellen. Die Abfuhr erfolgt alle zwei Wochen.

§ 6

Getrennte Einsammlung von Abfällen zur Verwertung und sperriger Abfälle im Bringsystem

- (1) Die Stadt sammelt im Bringsystem folgende Abfälle zur Verwertung:
 - a) Papier, Pappe und Kartonagen,
 - b) Schrott und sonstige Metalle,
 - c) Altholz,
 - d) Altreifen,
 - e) Elektro- und Elektronikschrott aus Privathaushalten (z. B. Haushaltsgroßgeräte, Kühlgeräte, Informations- und Telekommunikationsgeräte, Geräte der Unterhaltungselektronik, Gasentladungslampen, Elektrokleingeräte),
 - f) kompostierbare Gartenabfälle,
 - g) Batterien und Fahrzeugbatterien,
 - h) Bauschutt /Baustellenabfälle,
 - i) Textilien,
 - j) sperrige Abfälle.
- (2) Die Stadt stellt zur Einsammlung der in Abs. 1 Buchstabe i) genannten Abfälle Sammelbehälter an allgemein zugänglichen Plätzen auf. Die Sammelbehälter tragen Aufschriften zur Kennzeichnung der Abfälle, die in die Behälter eingegeben werden dürfen. Andere Abfälle als die so bezeichneten dürfen nicht in diese Sammelbehälter eingegeben werden.
- (3) Die in Abs. 1 Buchstabe a) bis h) und j) genannten Abfälle sind vom Abfallbesitzer zur Annahmestelle des Wertstoffhofes des Bau & Service Oberursel, Eigenbetrieb der Stadt Oberursel (Taunus) zu bringen und dem dort anwesenden Personal zu überlassen. Die in Abs. 1 Buchstabe a) und j)

genannten Abfälle sind vorrangig im Holsystem zu überlassen; eine Überlassung am Wertstoffhof ist nur in Ausnahmefällen möglich.

- (4) Der Magistrat kann - um Belästigungen Anderer zu vermeiden - Einfüllzeiten festlegen, zu denen bestimmte Sammelbehälter benutzt werden dürfen. In diesen Fällen werden die Einfüllzeiten auf den davon betroffenen Behältern deutlich lesbar angegeben. Außerhalb dieser Einfüllzeiten dürfen die davon betroffenen Behälter nicht benutzt werden.
- (5) Auf dem Betriebsgelände des vom BSO betriebenen Wertstoffhofes gilt zur Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung die Hausordnung, welche auf dem Wertstoffhof in aktueller Fassung aushängt.

§ 7

Einsammlung von Abfällen zur Beseitigung (Restabfall)

- (1) Abfälle, die nicht der Verwertung zugeführt werden (Restabfall), werden im Holsystem eingesammelt. Die Abfuhr erfolgt alle zwei Wochen.
- (2) Der Restabfall ist vom Benutzungspflichtigen in den dafür vorgesehenen Gefäßen zu sammeln und an den Abfuhrtagen unter Beachtung der weiteren Regelungen in dieser Satzung bereitzustellen.
- (3) Zur Sammlung von Restabfall sind Gefäße mit nachfolgend genannten Nenngrößen zugelassen:
 - a) 60 l,
 - b) 80 l,
 - c) 120 l,
 - d) 240 l,
 - e) 770 l,
 - f) 1.100 l.
- (4) Andere als die von der Stadt bereitgestellten Abfallgefäße dürfen nicht benutzt werden. Sie werden von der Ausleerung ausgeschlossen.
- (5) In die Restabfallgefäße dürfen keine von der Einsammlung ausgeschlossenen Abfälle nach § 3 und keine Abfälle zur Verwertung eingegeben werden, die nach den §§ 5 und 6 getrennt gesammelt werden. Verstöße gegen diese Bestimmungen berechtigen die Stadt oder die von ihr mit der Abfuhr beauftragten Dritten, die Abfuhr des Restabfalls zu verweigern, bis diese Abfälle aus dem Restabfallgefäß entnommen worden sind. Die Ahndungsmöglichkeit als Ordnungswidrigkeit bleibt in diesem Fall unberührt.

§ 8

Abfallgefäße

- (1) Die Gefäße für den Restabfall und für andere Abfälle, die im Holsystem entsorgt werden, stellt die Stadt den Abfallbesitzern leihweise zur Verfügung. Die Anschlusspflichtigen haben diese Gefäße pfleglich zu behandeln. Sie haften für schuldhaft Beschädigungen und für Verluste. Der Verlust oder die Beschädigung ist der Stadt unverzüglich vom Anschlusspflichtigen mitzuteilen.
- (2) Die Abfallgefäße dürfen nicht zweckwidrig verwendet werden, insbesondere dürfen sie nur so weit gefüllt werden, dass ihre Deckel sich gut schließen lassen

und bei Gefäßen, bei denen die maximal zulässige Befüllung bis zu einer bestimmten Füllstandmarkierung zulässig ist, darf diese nicht überschritten werden. Einschlämmen und Einstampfen des Inhalts ist nicht gestattet. Die Deckel sind geschlossen zu halten. Die folgenden Gesamtgewichte dürfen nicht überschritten werden:

60 l-Gefäß	50 kg
80 l-Gefäß	50 kg
120 l-Gefäß	60 kg
240 l-Gefäß	110 kg
770 l-Gefäß	300 kg
1.110 l-Gefäß	400 kg

Eine Verpflichtung der Stadt zur Entleerung eingefrorener, eingestampfter und überfüllter Abfallgefäße besteht nicht.

- (3) Die Abfallgefäße sind an den öffentlich bekanntgegebenen Abfuhrtagen und -zeiten an gut erreichbarer Stelle an dem zur Fahrbahn liegenden Rand des Gehweges oder - soweit keine Gehwege vorhanden sind - am äußersten Fahrbahnrand für eine gewünschte Entleerung bereitzustellen. Der Straßenverkehr darf nicht oder nicht mehr als notwendig und vertretbar beeinträchtigt werden. Die Gefäße sind am Vorabend des Abfuhrtages ab 18:00 Uhr oder aber an den Abfuhrtagen bis spätestens 6.00 Uhr bereit zu stellen. Nach erfolgter Leerung oder unterbliebener Leerung aufgrund von Fehl- oder Überfüllungen der Gefäße, sind diese unverzüglich durch den Anschlusspflichtigen oder den von ihm Beauftragten auf das Grundstück zurückzustellen.“
- (4) In besonderen Fällen, insbesondere wenn Grundstücke aus rechtlichen (z.B. aufgrund von Unfallverhütungsvorschriften) oder tatsächlichen Gründen nicht von den Abfuhrfahrzeugen angefahren werden können, kann der Magistrat bestimmen, an welcher Stelle die Abfallgefäße zur Entleerung aufzustellen sind, wobei die betrieblichen Notwendigkeiten der Abfalleinsammlung zu berücksichtigen sind.
- (5) Abfallsäcke können ausnahmsweise anstelle von oder zusätzlich zu Restabfallgefäßen zugelassen werden, wenn auf dem anschlusspflichtigen Grundstück nur vorübergehend geringe Restabfallmengen anfallen oder wenn vorübergehend zusätzliche Restabfallmengen anfallen, die in den Abfallgefäßen nicht untergebracht werden können. Die Abfallsäcke sind bei den vom Magistrat zu benennenden Stellen zu beziehen.
- (6) Die Zuteilung der Restabfallgefäße auf die anschlusspflichtigen Grundstücke erfolgt durch den Magistrat nach Bedarf, wobei sich der Bedarf bei privaten Haushaltungen an einem Gefäßvolumen von 6 l/Woche und Bewohner und bei Gewerbebetrieben an einem Gefäßvolumen von 3 l/Woche und Beschäftigten orientiert. Auf jedem anschlusspflichtigen Grundstück muss mindestens das kleinste zugelassene Gefäß für den Restabfall vorgehalten werden. Die Stadt ist bei Mehrfamilienhäusern berechtigt, zwei oder mehrere kleine Restabfallgefäße in ein größeres Restabfallgefäß umzutauschen. Auf schriftlichen Antrag kann die gemeinsame Nutzung von Restabfall-, Bioabfall- und Altpapiergefäßen auf zwei benachbarten Grundstücken zugelassen werden. Die Anschlusspflichtigen haften als Gesamtschuldner.“
- (7) Für Betriebe und ähnliche Einrichtungen wird das erforderliche Gefäßvolumen für den Restabfall vom Magistrat unter Beachtung der regelmäßig anfallenden Restabfallmengen auf dem jeweiligen Grundstück festgesetzt.

- (8) Für die Einsammlung von Papier, Pappe und Karton orientiert sich die Regelzuteilung der Abfallgefäße an der Aufstellung der Restabfallgefäße, d.h.:
pro 60 l oder 80 l Restabfallgefäß ein 120 l Abfallgefäß,
pro 120 l oder 240 l Restabfallgefäß ein 240 l Abfallgefäß und
pro 770 l oder 1.100 l Restabfallgefäß ein 1.100 l Abfallgefäß.
- (9) Für die Einsammlung von Bioabfällen orientiert sich die Regelzuteilung der Abfallgefäße an der Aufstellung der Restabfallgefäße, d.h.:
pro 60 l Restabfallgefäß ein 120 l Abfallgefäß mit maximal zulässiger Befüllung bis zur 60 l-Füllstandsmarkierung,
pro 80 l Restabfallgefäß ein 120 l Abfallgefäß mit maximal zulässiger Befüllung bis zur 80 l-Füllstandsmarkierung,
pro 120 l Restabfallgefäß ein 120 l Abfallgefäß,
pro 240 l Restabfallgefäß ein 240 l Abfallgefäß,
pro 770 l Restabfallgefäß bis zu drei 240 l Abfallgefäße,
pro 1.100 l Restabfallgefäß bis zu vier 240 l Abfallgefäße.
- (10) Die Stadt bestimmt, welche und wie viele Behälter vorzuhalten sind. Wird festgestellt, dass die vorhandenen Abfallgefäße für die Aufnahme des regelmäßig anfallenden Abfalls nicht ausreichen und sind zusätzliche Abfallgefäße nicht beantragt worden, so haben die Anschluss- und Benutzungspflichtigen nach Anordnung durch die Stadt die erforderlichen zusätzlichen bzw. größeren Abfallgefäße entgegenzunehmen und zu benutzen. Die vorhandenen festen Abfallgefäße reichen in der Regel dann nicht aus, wenn an drei Entleerungsterminen innerhalb von drei aufeinander folgenden Monaten festgestellt wird, dass der Abfallbehälter so gefüllt ist, dass sich der Deckel nicht mehr schließen lässt oder dass Abfälle neben den Abfallbehältern liegen. Gleiches gilt bei der Befüllung der Bioabfallgefäße, die nur bis zu einer bestimmten Füllstandsmarkierung befüllt werden dürfen, wenn an drei Entleerungsterminen innerhalb von drei aufeinander folgenden Monaten festgestellt wird, dass die Befüllung des Abfallbehälters die Füllstandsmarkierung sichtlich überschreitet. Handelt es sich um ein Bioabfallgefäß nach § 11 Abs. 4 (genehmigte Eigenkompostierung), so stellt dieses Verhalten einen Grund für den Widerruf der Genehmigung dar.
- (11) Bioabfallgefäße, die nicht ordnungsgemäß gefüllt sind, bei denen insbesondere andere Abfälle als Bioabfälle eingefüllt wurden, werden von der Stadt nicht im Rahmen der regulären Leerungstour Bioabfall geleert, sondern es erfolgt auf Antrag eine gesonderte Zwischenleerung dieses Gefäßes. Hierfür werden gesonderte Gebühren entsprechend § 14 Abs. 10 Satz 2 und Satz 4 erhoben. Wird an drei Entleerungsterminen innerhalb von drei aufeinander folgenden Monaten festgestellt, dass das Bioabfallgefäß nicht ordnungsgemäß befüllt wurde, wurden insbesondere andere Abfälle als Bioabfälle eingefüllt, so haben die Anschluss- und Benutzungspflichtigen nach Anordnung durch die Stadt die erforderlichen zusätzlichen bzw. größeren Restabfallgefäße entgegenzunehmen und zu benutzen. Die Bioabfälle dürfen nur lose oder unter Verwendung von Papiertüten bzw. Zeitungspapier in die Bioabfallgefäße eingebracht werden. Die Verwendung von Kunststoff- oder Maisstärketüten (sogenannte Biobeutel) ist - vorbehaltlich zukünftiger Zulässigkeit - derzeit nicht gestattet.
- (12) Änderungen im Gefäßbedarf hat der Anschlusspflichtige unverzüglich schriftlich der Stadt mitzuteilen und auf Verlangen zu begründen.
- (13) Die Abfallgefäße sind sachgemäß und pfleglich zu behandeln und stets in sauberem und gebrauchsfähigem Zustand zu halten. Sind sie stark verschmutzt, müssen die Benutzer diese durch Spülen reinigen. Werden Rest-

oder Bioabfallgefäße abgemeldet oder umgetauscht, sind sie in gereinigtem Zustand zum Abholen bereitzustellen.

§ 9

Bereitstellung sperriger Abfälle

- (1) Sperrige Abfälle sind an dem von der Stadt dem Grundstückseigentümer mitgeteilten Termin an den Grundstücken zur Einsammlung so bereitzustellen, dass sie ohne Aufwand aufgenommen werden können. Die Regelungen des § 8 Abs. 3 und 4 sind entsprechend zu beachten.
- (2) Die zur Einsammlung bereitgestellten sperrigen Abfälle werden mit der Bereitstellung Eigentum der Stadt. Unbefugten ist es verboten, diese wegzunehmen, zu durchsuchen oder umzulagern.
- (3) Die Absätze 1 und 2 gelten auch für andere Abfälle, die in besonderen, von der Stadt öffentlich bekannt gemachten Einsammelaktionen und -terminen außerhalb von Abfallgefäßen, zum Beispiel gebündelt oder verpackt, zur Einsammlung bereitgestellt werden.

§ 10

Einsammlungstermine/Öffentliche Bekanntmachung

- (1) Der Magistrat bestimmt, wie oft und zu welchem Zeitpunkt der Abfall eingesammelt wird. Die Einsammlungstermine werden auf der Homepage des Bau & Service Oberursel, Eigenbetrieb der Stadt Oberursel (Taunus) (www.bso-oberursel.de) bekannt gemacht.
Werden Abfallgefäße nicht rechtzeitig bereitgestellt, so ist die Benutzungsgebühr gleichwohl zu entrichten.
Die Sammelfahrzeuge befahren ab 6.00 Uhr die Abfuhrbezirke.
- (2) Ist der Zeitpunkt der Müllabfuhr aus besonderen Gründen nicht einzuhalten, wird der neue Abfuhrplan nach Möglichkeit öffentlich bekannt gemacht.
- (3) Können die -Abfallgefäße aus einem von der Stadt nicht zu vertretenden Grund nicht entleert werden, so werden diese am nächsten regelmäßigen Abfuhrtag geleert. Auf Antrag können in Ausnahmefällen die Abfallgefäße gegen Zahlung einer Sondergebühr gemäß § 14 Abs. 10 entleert werden.
- (4) Die Stadt gibt nach Möglichkeit in ihrem in Abs. 1 genannten Mitteilungsorgan auch die Termine für die Einsammlung von Abfällen nach § 1 Abs. 4 HAKrWG ("Schadstoff-Kleinmengen") und anderen Abfällen bekannt, die nicht von ihr, sondern von Dritten zulässigerweise durchgeführt werden.

§ 11

Anschluss- und Benutzungszwang

- (1) Jeder Anschlusspflichtige ist verpflichtet, sein Grundstück an die öffentliche Abfallentsorgung anzuschließen, wenn dieses Grundstück bewohnt oder gewerblich genutzt wird oder hierauf aus anderen Gründen Abfälle anfallen. Das Grundstück gilt als angeschlossen, wenn das Restabfallgefäß (§ 7 Abs.3) und das Bioabfallgefäß (§ 8 Abs. 9) aufgestellt worden ist. Für die privaten Haushalte ist darüber hinaus die Aufstellung des Altpapiergefäßes erforderlich.

- (2) Von dem Zwang, auf dem anschlusspflichtigen Grundstück Gefäße entsprechend der Regelausstattung nach § 8 (9) zur Aufnahme von Bioabfällen aufzustellen, lässt der Magistrat auf schriftlichen Antrag des Anschlusspflichtigen eine Ausnahme zu, wenn der Anschlusspflichtige nachweist und schriftlich bestätigt, dass alle auf dem Grundstück anfallenden zur Eigenkompostierung geeigneten Abfälle ordnungsgemäß und schadlos selbst verwertet werden (Eigenkompostierung) und wenn für die Ausbringung des Kompostes eine eigene gärtnerisch genutzte Grundstücksfläche von mindestens 25 m² nachgewiesen wird.
Ein Transport von Bioabfällen über die Grundstücksgrenzen des Entstehungsortes ist unzulässig.
Zum Nachweis der fachgerechten Eigenkompostierung ist das Vorhandensein mindestens eines Komposthaufens oder eines Komposters mit in Rotte befindlichem Material erforderlich.
Eine Kompostierung von Speiseresten (gekochte Essensreste, Brot, Käse, fleischhaltige Lebensmittel, Knochen und Gräten, u.ä.) ist nicht zulässig. Hierfür ist auch bei einer Befreiung von der Regelausstattung nach § 8 Abs. 9 die Mindestausstattung für Eigenkompostierer nach Abs. 4 vorzuhalten.
- (3) Mit dem Antrag auf Eigenkompostierung ist die Zahl der Grundstücksbewohner zu benennen und es ist ein Grundstücksplan beizufügen, aus dem die Lage und Größe der gärtnerisch genutzten Fläche ersichtlich ist. Für die Bearbeitung des Antrags wird eine Verwaltungsgebühr in Höhe von 24,49 EUR erhoben.
- (4) Bei von der Stadt genehmigter Eigenkompostierung ist für Speisereste, die nicht kompostiert werden dürfen, folgende Ausstattung mit Bioabfallgefäßen erforderlich:
pro 60 l, 80 l oder 120 l Restabfallgefäß ein 120 l Abfallgefäß mit maximal zulässiger Befüllung bis zur 40 l-Füllstandsmarkierung,
pro 240 l Restabfallgefäß ein 120 l Abfallgefäß mit maximal zulässiger Befüllung bis zur 80 l-Füllstandsmarkierung,
pro 770 l oder 1.100 l Restabfallgefäß ein 240 l Abfallgefäß.
- (5) Bei Abfällen aus anderen Herkunftsbereichen als privaten Haushaltungen lässt der Magistrat auf schriftlichen Antrag des Anschluss- und Benutzungspflichtigen von dem Zwang, auf dem anschlusspflichtigen Grundstück Gefäße entsprechend der Regelausstattung nach § 8 Abs. 9 zur Aufnahme von Bioabfällen aufzustellen, eine Ausnahme zu, wenn die ordnungsgemäße Verwertung der auf dem Grundstück anfallenden Bioabfälle nachgewiesen wird. Eine Mindestausstattung nach Abs. 4 ist in diesen Fällen nicht erforderlich. Mit dem Antrag auf Befreiung vom Anschluss- und Benutzungszwang ist die ordnungsgemäße Verwertung der Bioabfälle nachzuweisen. Für die Bearbeitung des Antrags wird eine Verwaltungsgebühr in Höhe von 24,49 EUR erhoben.
- (6) Der Anschlusspflichtige nach Abs. 1 hat jeden Wechsel unverzüglich der Stadt mitzuteilen; diese Verpflichtung hat auch der neue Anschlusspflichtige.
- (7) Darüber hinaus hat der Anschlusspflichtige der Stadt alle für die Abfallentsorgung und Gebührenerhebung erforderlichen sachbezogenen Auskünfte zu erteilen.
- (8) Jeder Abfallerzeuger oder -besitzer ist verpflichtet, seine Abfälle, soweit sie nicht von der städtischen Abfallentsorgung gemäß § 3 Abs. 2 ausgeschlossen sind, der öffentlichen Abfallentsorgung zu überlassen und sich hierbei der angebotenen Systeme (Hol- und Bringsystem) zu bedienen. Dies gilt nicht für

- a) Abfälle aus privaten Haushaltungen, soweit ihre Erzeuger oder Besitzer selbst zu einer Verwertung in der Lage sind und diese beabsichtigen,
- b) Abfälle, die durch gemeinnützige oder gewerbliche Sammlungen einer ordnungsgemäßen und schadlosen Verwertung zugeführt werden,
- c) Abfälle zur Verwertung aus anderen Herkunftsbereichen als privaten Haushaltungen,
- d) Abfälle zur Beseitigung aus anderen Herkunftsbereichen, soweit ihre Erzeuger oder Besitzer diese in eigenen Anlagen beseitigen und keine überwiegenden öffentlichen Interessen eine Überlassung erfordern,
- e) pflanzliche Abfälle, deren Beseitigung gemäß der Verordnung über die Beseitigung von pflanzlichen Abfällen außerhalb von Abfallbeseitigungsanlagen vom 17.03.1975 (GVBl. I S. 174) zugelassen sind.

§ 12

Unterbrechung der Abfallabfuhr, Reklamationen

- (1) Bei vorübergehenden Einschränkungen, Unterbrechungen, Verspätungen oder Ausfällen der Abfuhr infolge von Betriebsstörungen, höherer Gewalt oder Streik besteht kein Anspruch auf Gebührenermäßigung.
- (2) Die bereits zur Abfuhr bereitgestellten Abfälle sind bei Störungen i.S. des Abs. 1, die länger als einen Tag andauern, von den Überlassungs-pflichtigen wieder zurückzunehmen. Müllbehälter sind an ihren gewöhnlichen Standplatz zurückzustellen.
- (3) Reklamationen wegen Nichtabholung oder nicht ordnungsgemäßer Abholung von Abfall, trotz rechtzeitiger Bereitstellung, müssen unverzüglich, spätestens binnen einer Ausschlussfrist von 2 Werktagen, erhoben werden. Nach Ablauf dieser Frist ist eine gebührenfreie Nachholung nicht mehr möglich

§ 13

Allgemeine Pflichten

- (1) Den Beauftragten der Stadt ist zur Prüfung, ob und wie die Vorschriften dieser Satzung befolgt werden, ungehinderter Zutritt zu den Grundstücken zu gewähren, auf denen überlassungspflichtige Abfälle anfallen. Ihre Anordnungen sind zu befolgen. Sie haben sich als Mitarbeiter des BSO entsprechend zu legitimieren.
- (2) Abfälle, die nicht in den satzungsgemäßen Gefäßen oder sonst satzungswidrig zur Abholung bereitgestellt werden, bleiben von der Einsammlung ausgeschlossen. Sie sind zum nächsten Abfuhrtermin unter Beachtung der Vorgaben dieser Satzung zur Einsammlung bereitzustellen.
- (3) Verunreinigungen durch Abfallgefäße, Abfallsäcke, bereitgestellte sperrige Abfälle oder sonstige Ursachen im Zusammenhang mit der Abfallentsorgung hat der Verursacher bzw. Anschlusspflichtige zu beseitigen.
- (4) Im Abfall vorgefundene Wertgegenstände werden als Fundsachen behandelt. Die Stadt ist nicht verpflichtet, im Abfall nach verlorenen Gegenständen suchen zu lassen.

§ 14
Einheitsgebühr und Zusatzgebühren im Holsystem

- (1) Zur Deckung des Aufwandes, der ihr bei der Wahrnehmung abfallwirtschaftlicher Aufgaben entsteht, erhebt die Stadt Gebühren.
- (2) Gebührenmaßstab für die Einheitsgebühr ist das jedem anschlusspflichtigen Grundstück gem. § 8 Abs. 6 zur Verfügung stehende Gefäßvolumen für Restabfall.

Es werden bei zweiwöchentlicher Abfuhr folgende monatliche Gebühren erhoben:

60 l-Gefäß:	15,03 EUR,
80 l-Gefäß:	17,79 EUR,
120 l-Gefäß:	23,32 EUR,
240 l-Gefäß:	43,27 EUR,
770 l-Gefäß:	129,29 EUR,
1.100 l-Gefäß:	180,39 EUR.

Bei von der Stadt genehmigter Eigenkompostierung nach § 11 Abs. 2 werden bei zweiwöchentlicher Abfuhr folgende monatliche Gebühren erhoben:

60 l-Gefäß:	14,19 EUR,
80 l-Gefäß:	16,12 EUR,
120 l-Gefäß:	19,97 EUR,
240 l-Gefäß:	36,58 EUR,
770 l-Gefäß:	109,22 EUR,
1.100 l-Gefäß:	150,28 EUR.

Bei von der Stadt erteilter Befreiung vom Anschluss- und Benutzungszwang nach § 11 Abs. 5 werden bei zweiwöchentlicher Abfuhr folgende monatliche Gebühren erhoben:

60 l-Gefäß:	12,52 EUR,
80 l-Gefäß:	14,45 EUR,
120 l-Gefäß:	18,30 EUR,
240 l-Gefäß:	33,24 EUR,
770 l-Gefäß:	99,19 EUR,
1.100 l-Gefäß:	140,25 EUR.

- (3) Mit diesen Gebühren sind auch die Aufwendungen der Stadt für die Entsorgung von Abfällen im Rahmen der Sperrabfall- und Grünabfallstraßensammlung, der Sonderabfallsammlung, Papier- und Bioabfallsammlung im Umfang der Regelzuteilung bzw. im Umfang der Zuteilung bei Eigenkompostierung im Holsystem abgegolten. Ebenfalls abgegolten ist die Anlieferung von kompostierbaren Gartenabfällen, Sperrabfall, Papier, Pappe, und Kartonagen, Altmetall, Altholz, Elektro- und Elektronikaltgeräten, Haushalts- und KFZ-Batterien und Textilien jeweils in haushaltsüblichen Mengen an den Wertstoffhof.
- (4) Abfallsäcke werden zum Stückpreis von 4,00 EUR sowie Gartenabfallsäcke gegen eine Gebühr von 1,00 EUR abgegeben.

- (5) Werden auf Wunsch des Anschlusspflichtigen Bioabfallgefäße oder zusätzliches -füllvolumen über die Regelausstattung hinaus zugeteilt oder wird auf Wunsch des Anschlusspflichtigen der Leerungsrhythmus für Restabfall (§ 7 Abs. 1) erhöht, werden folgende zusätzliche monatliche Gebühren erhoben:

a. für Bioabfallgefäße bei Zuteilung eines

120 l-Gefäß:	5,8 EUR,
240 l-Gefäß:	11,76 EUR;

bei 120 l Gefäßen, bei denen die Befüllung nur bis zur 40 l, 60 l oder 80 l Füllstand- markierung zulässig ist, kann das zulässige Füllvolumen jeweils in 20 l Schritten bis zur vollen Füllhöhe von 120 l aufgestockt werden. Je zusätzliche 20 l Füllvolumen wird eine monatliche Gebühr von 0,98 EUR erhoben

b. für Restabfall bei Änderung des Leerungsrhythmus von zweiwöchentlich auf wöchentlich

770 l-Gefäß:	137,10 EUR,
1.100 l-Gefäß:	194,41 EUR.

Änderungen sind nur auf schriftlichen Antrag des Anschluss- und Benutzungs-
pflichtigen möglich. Für die Bearbeitung des Antrags wird eine Verwaltungsgebühr in Höhe von 24,49 EUR erhoben. Eine Änderung des Leerungsrhythmus von zweiwöchentlich auf wöchentlich ist nur möglich, sofern es die Mitarbeiter- und Fahrzeugkapazitäten zulassen.“

- (6) Für An-, Ab- und Ummeldungen von Abfallgefäßen wird eine Gebühr von 14,38 EUR erhoben. Bei der erstmaligen Anmeldung aufgrund eines Wechsels des Grundstückseigentümers wird für die Anmeldung keine Gebühr erhoben. Werden bei einer An- und Ummeldung mehrere Gefäße getauscht, fällt die Gebühr nur einmal an. Für die Bearbeitung eines Antrags auf gemeinsame Nutzung der Restabfall-, Bioabfall- und Altpapiergefäße nach § 8 Abs. 6 wird eine Verwaltungsgebühr von 24,49 EUR erhoben.
- (7) Werden 240 l oder 1.100 l Restabfallgefäße oder 240 l Bioabfallgefäße bei öffentlichen Festen (Brunnenfest, Kerb etc.) zur Verfügung gestellt, so wird je Leerung eine Gebühr von 6,48 EUR für 240 l Bioabfallgefäße, von 12,36 EUR für 240 l Restabfallgefäße und 56,67 EUR für 1.100 l Restabfallgefäße zuzüglich einer einmaligen Transportgebühr von 55,56 EUR erhoben. Die Transportgebühr gilt für den Transport von jeweils bis zu 3 Abfallgefäßen.
- (8) Auf schriftlichen Antrag werden die Abfallgefäße gebührenpflichtig gereinigt. Diese Möglichkeit besteht an zwei Tagen im Jahr; die Reinigungstermine werden auf der Homepage des Bau & Service Oberursel, Eigenbetrieb der Stadt Oberursel (Taunus) bekannt gemacht. Die Gebühr pro Reinigung eines 2-Rad Gefäßes (60 l bis 240 l) beträgt 22,44 EUR und eines 4-Rad Gefäßes (770 l bis 1.100 l) beträgt 29,10 EUR. Soweit mehr Anträge für einen Reinigungstermin vorliegen, als erledigt werden können, erfolgt die Tourenplanung unter Berücksichtigung der zeitlichen Reihenfolge des Antragseingangs bei der Stadt.
- (9) Auf schriftlichen Antrag werden Elektrogroßgeräte gebührenpflichtig abgeholt. Die Geräte sind an dem von der Stadt dem Grundstückseigentümer mitgeteilten Termin an den Grundstücken zur Einsammlung so bereitzustellen, dass sie ohne Aufwand aufgenommen werden können. Die Regelungen des § 8 Abs. 3

und 4 sind entsprechend zu beachten. Für die Abholung von bis zu 3 Geräten wird eine Gebühr von 40,00 EUR erhoben.

- (10) Auf Antrag werden Sonderleerungen durchgeführt. Für eine gesonderte Anfahrt des Grundstücks im Rahmen einer Sonderleerung wird eine Gebühr von 43,13 EUR erhoben. Wird im Rahmen dieser Sonderleerung eine reguläre Leerung nachgeholt, so fallen keine weiteren zusätzlichen Gebühren an.
Wird keine reguläre Leerung nachgeholt, sondern eine zusätzliche Leerung oder eine Restabfall- anstelle einer Bioabfalleerung durchgeführt, so fallen neben der Gebühr nach Satz 1 die folgenden Gebühren an:

60 l-Gefäß:	5,58 EUR,
80 l-Gefäß:	6,31 EUR,
120 l-Gefäß:	7,79 EUR,
240 l-Gefäß:	12,21 EUR,
770 l-Gefäß:	31,72 EUR,
1.100 l-Gefäß:	43,88 EUR.

Wird im Rahmen einer regulären Sammeltour ausnahmsweise eine zusätzliche Leerung vorgenommen, so fallen nur die Gebühren nach Satz 4 an.

§ 15

Benutzungsgebühren Wertstoffhof

- (1) Die Gebühren für die Benutzung der Container auf dem Recyclinghof werden wie folgt festgesetzt:
- a) Baustellenabfälle
 - Eimer bis 20 l oder vergleichbare Größe 3,00 EUR,
 - Schubkarren oder vergleichbare Größe 12,00 EUR,
 - je angefangenem ¼ cbm 37,50 EUR,
 - b) Bauschutt mineralisch
 - unbelastet und aufbereitbar
 - Eimer bis 20 l oder vergleichbare Größe 2,00 EUR,
 - Schubkarren oder vergleichbare Größe 8,00 EUR,
 - je angefangenem ¼ cbm 25,00 EUR,
 - c) Altreifen
 - Pkw-Reifen ohne Felgen (Stück) 2,00 EUR,
 - Pkw-Reifen mit Felgen (Stück) 4,00 EUR,
 - Lkw-Reifen ohne Felgen (Stück) 10,00 EUR,
 - Lkw-Reifen mit Felgen (Stück) 30,00 EUR
 - Traktorreifen klein/Vorderrad (Stück) 20,00 EUR
 - Traktorreifen groß/Hinterrad (Stück) 40,00 EUR
- (2) Bei den Baustellen- und Bauschuttabfällen wird die Menge von der Stadt geschätzt.
- (3) Die Anlieferungen von sperrigen Abfällen, Altholz, Grünabfällen, Elektro- und Elektronikschrott und Altpapier ist nur in haushaltsüblichen Mengen zulässig. Einer haushaltsüblichen Menge entspricht 1 m³ der jeweiligen Abfallart. Diese Mengen dürfen pro Anschlusspflichtigen einmal innerhalb eines Wochentages angeliefert werden. Sperrige Abfälle sollen zerlegt angeliefert werden. Grünabfälle dürfen nicht länger als 1 m sein. Für die Anlieferung haushaltsüblicher Mengen wird keine gesonderte Gebühr erhoben.

§ 16

Gebührenpflichtige, Entstehen und Fälligkeit der Gebühr

- (1) Gebührenpflichtig ist im Hinblick auf die Gebühren nach § 14 Abs. 2, Abs. 5 und Abs. 6 der Anschlusspflichtige. Diese Gebühren ruhen als öffentliche Last auf dem Grundstück. Der Anschlusspflichtige ist verpflichtet, die gesamten Abfallgebühren, die auf sein Grundstück (wirtschaftliche Einheit) entfallen, zu bezahlen.
- (2) Bei den Gebühren nach § 14 Abs. 4 ist der Erwerber der Abfallsäcke, bei den Gebühren nach § 15 Abs. 1 der Anlieferer, bei den Gebühren nach § 14 Abs. 7 der Ausrichter des öffentlichen Festes und bei den Gebühren nach § 11 Abs. 3 und Abs. 5 und § 14 Abs. 8 bis Abs. 10 der Antragsteller gebührenpflichtig.
- (3) Mehrere Gebührenpflichtige haften als Gesamtschuldner. Bei einem Wechsel der Anschlusspflicht haften alter und neuer Anschlusspflichtiger bis zum Eingang der Mitteilung nach § 11 Abs. 6 dieser Satzung gemeinsam.
- (4) Die Gebührenpflicht nach § 14 Abs. 2 und Abs. 5 entsteht mit der Aufstellung und endet mit der Abholung der Abfallgefäße. Wird das Abfallgefäß vor dem 15. oder am 15. eines Monats aufgestellt oder abgeholt, entsteht oder endet die Gebührenpflicht mit Beginn dieses Monats. Wird das Abfallgefäß ab dem 15. eines Monats aufgestellt oder abgeholt, entsteht oder endet die Gebührenpflicht mit dem Beginn des folgenden Monats.
- (5) Die Gebühren nach § 14 Abs. 2 und Abs. 5 werden nach vollen Monatsbeiträgen berechnet und durch schriftlichen Bescheid festgesetzt. Der Bescheid gilt auch für die folgenden Kalenderjahre. Er hat so lange Gültigkeit, bis ein neuer Bescheid erteilt wird. Die Gebühren werden vierteljährlich fällig und sind für Januar bis März spätestens am 15. Februar, für April bis Juni spätestens am 15. Mai, für Juli bis September spätestens am 15. August und für Oktober bis Dezember spätestens am 15. November zu zahlen.
- (6) Die Gebühren nach § 14 Abs. 4 entstehen mit Anforderung der Abfallsäcke und sind sofort fällig. Die Gebühren nach § 15 Abs. 1 entstehen mit der Anlieferung der Abfälle und sind ebenfalls sofort fällig. Die Gebühren nach § 14 Abs. 7 entstehen mit Anforderung der Abfallgefäße und sie werden 14 Tage nach Erlass des Gebührenbescheides fällig. Die Gebühren nach § 11 Abs. 3 und Abs. 5 und § 14 Abs. 8 und Abs. 10 entstehen mit Antragstellung und sie werden 14 Tage nach Erlass des Gebührenbescheides fällig. Die Gebühren nach § 14 Abs. 9 entstehen mit Antragstellung und sind sofort fällig.
- (7) Stellt die Erhebung der Gebühr im Einzelfall eine besondere Härte dar, so kann der Magistrat sie aus Billigkeitsgründen ganz oder teilweise erlassen.

§ 17

Verarbeitung personenbezogener Daten

- (1) Zum Zwecke der Bedarfsplanung, der Gebührenbedarfskalkulation und der Festsetzung und Betreibung nach Maßgabe des kommunalen Abgabengesetzes ist es zulässig, Angaben über die anschlusspflichtigen Personen mit Name und Adresse sowie Angaben über die angeschlossenen, anschlusspflichtigen und anschließbaren Grundstücke automatisiert zu erheben, zu speichern und zu verarbeiten. Dies geschieht auf Grundlage der Datenschutzverordnung (DS-GVO) Art. 4 Nr. 2.

- (2) Über Grundstücke im Stadtgebiet werden folgende Kategorien personenbezogener Daten erhoben, die verarbeitet werden:

- Adresse,
- Anzahl, Größe, Gefäßnummer der Abfallgefäße,
- Leerungen und sonst. Meldungen zu den Gefäßen,
- Sperrmüllaufträge,
- Dokumente wie Vollmachten, Sepa-Lastschriftmandate,
- Formulare oder Anträge zu Gefäßen, Gebührenbescheide,
- Name, Adresse, Telefonnummer, E-Mailadresse und Ansprechpartner/in bzw. Empfangsbevollmächtigte/r der Grundstückseigentümer/innen oder sonst dinglich Berechtigten an dem Grundstück,
- Name, Adresse, Telefonnummer und E-Mailadresse und Ansprechpartner/in bzw. Empfangsbevollmächtigte/r von anderen Anschlusspflichtigen als den/die dinglich Berechtigte/n.

Die Daten werden solange gespeichert, wie sie für die obengenannten Zwecke erforderlich sind bzw. die Stadt Oberursel (Taunus) auf Grund gesetzlicher Aufbewahrungs- und Verjährungsfristen hierzu verpflichtet ist.

- (3) Den von einer Datenerhebung betroffenen Personen steht das Recht auf Auskunft nach Art. 15 Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) zu sowie das Recht auf Berichtigung falscher Daten (Art. 16 DS-GVO).“

§ 18 Ordnungswidrigkeiten

- (1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig
- a) entgegen den § 5 Abs. 4 und Abs. 5 und § 6 Abs. 2 andere als die zugelassenen Abfälle in die Sammelbehälter oder Abfallgefäße eingibt,
 - b) entgegen § 7 Abs. 2 den Restabfall nicht in den ihm zugeteilten Restabfallgefäßen sammelt.
 - c) entgegen § 7 Abs. 5 Abfälle zur Verwertung nicht in die dafür vorgesehenen Sammelgefäße nach § 5 Abs. 4 und Abs. 5 sondern in das Restabfallgefäß eingibt,
 - d) entgegen § 8 Abs. 2 Abfallgefäße zweckwidrig verwendet, insbesondere diese überfüllt,
 - e) entgegen § 8 Abs. 3 zur Abfuhr bereitgestellte Abfälle oder Abfallgefäße zu früh bereitstellt oder geleerte Abfallgefäße und bereitgestellte Abfälle entgegen § 8 Abs. 3 oder § 12 Abs. 2 nicht unverzüglich auf sein Grundstück zurückstellt,
 - f) entgegen § 8 Abs. 12 Änderungen im Bedarf an Abfallgefäßen der Stadt nicht unverzüglich mitteilt,
 - g) entgegen § 9 Abs. 2 zur Einsammlung bereitgestellte sperrige Abfälle unbefugt wegnimmt, durchsucht oder umlagert,
 - h) entgegen § 11 Abs. 1 sein Grundstück nicht an die öffentliche Abfalleinsammlung anschließt,

- i) entgegen § 11 Abs. 6 den Wechsel im Grundeigentum nicht der Gemeinde mitteilt,
 - j) entgegen § 11 Abs. 8 überlassungspflichtige Abfälle, die er besitzt, nicht der öffentlichen Abfallentsorgung überlässt,
 - k) entgegen § 13 Abs. 1 den Beauftragten der Gemeinde den Zutritt zum Grundstück verwehrt,
 - l) entgegen § 13 Abs. 3 Verunreinigungen nicht beseitigt.
- (2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu 50.000,00 EUR geahndet werden. Die Geldbuße soll den wirtschaftlichen Vorteil, den der Täter aus der Ordnungswidrigkeit gezogen hat, übersteigen. Reicht das satzungsmäßige Höchstmaß hierzu nicht aus, so kann es überschritten werden.
- (3) Das Bundesgesetz über Ordnungswidrigkeiten in der jeweils gültigen Fassung findet Anwendung; zuständige Verwaltungsbehörde im Sinne des § 36 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten ist der Magistrat.

§ 19

In-Kraft-Treten/Außer-Kraft-Treten

Diese Abfallsatzung tritt am 01.07.2019 in Kraft.

Oberursel (Taunus), den 29.05.2019

Der Magistrat

Hans-Georg Brum
Bürgermeister

Öffentlich bekannt gemacht durch Hinweisbekanntmachung in der Taunus Zeitung am 29.05.2019